



Emily O'Reilly
Europäische Bürgerbeauftragte

Dr. Johannes Ludwig

johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Straßburg, 06/01/2014

**Entscheidung der Europäischen Bürgerbeauftragten zum Abschluss ihrer
Untersuchung zur Beschwerde 2290/2012/VL gegen die Europäische
Kommission**

Sehr geehrter Herr Dr. Ludwig,

am 28. November 2012 haben Sie bei der Europäischen
Bürgerbeauftragten eine Beschwerde gegen die Europäische Kommission
eingereicht.

Ihrer Beschwerde entnahm ich den folgenden Beschwerdepunkt und die
folgenden Forderungen:

Beschwerdepunkt:

Die Kommission habe es versäumt, Ihren Antrag bzw. Ihre Anträge auf Zugang
zu Dokumenten gemäß der Verordnung 1049/2001 korrekt zu behandeln¹.

Forderungen:

1. Die Kommission sollte Ihnen den Zugang zu den angefragten Dokumenten
gewähren.
2. Die Kommission sollte sich für das Versäumnis, Ihren Antrag bzw. Ihre
Anträge korrekt zu behandeln, entschuldigen.

¹ Dieser Beschwerdepunkt stützt sich augenscheinlich auf folgende Argumente:

1. Die Kommission habe Ihren Antrag auf Zugang zu Dokumenten vom 3. August 2011 zu Unrecht als
nicht hinreichend bestimmt interpretiert und Hilfeleistung bei der Bestimmung Ihres Antrags unterlassen.
2. Die Kommission habe es versäumt, den Empfang Ihres Antrags bzw. Ihrer Anträge zeitig zu bestätigen
und diese zu registrieren sowie innerhalb der in der Verordnung 1049/2001 gesetzten Fristen zu
beantworten.
3. Die Kommission habe es versäumt, von Ihrem Antrag bzw. Ihren Anträgen eindeutig umfasste
Dokumente zu berücksichtigen - selbst solche, zu welchen sie den öffentlichen Zugang vorher gewährt
hatte.
4. Die Kommission habe Dokumente mit Schwärzungen freigegeben, welche nicht adäquat begründet
waren.
5. Die Kommission habe - jenseits der Frage der vermeintlichen Unbestimmtheit Ihres Antrags -
Versagungsgründe vorgetragen, die inadäquat und nicht von der Verordnung 1049/2001 gedeckt waren.



Am 21. Februar 2013 teilte ich Ihnen mit, dass ich eine Untersuchung zu Ihrer Beschwerde eingeleitet habe, die sich auf die Bewertung Ihrer Argumente sowie der Antworten der Kommission, die Sie Ihrer Beschwerde beigelegt hatten, bezog. In jenem Brief informierte ich Sie auch über meine vorläufige Bewertung und bat Sie um Klarstellung hinsichtlich bestimmter Punkte Ihrer Beschwerde. Am 7. März 2013 schickten Sie mir Ihre Anmerkungen.

Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und im Statut der Europäischen Bürgerbeauftragten sind die Bedingungen für die Zulässigkeit einer Beschwerde genau festgelegt. Die Bürgerbeauftragte kann nur dann mit einer Untersuchung beginnen, wenn diese Bedingungen erfüllt sind.

Eine dieser Bedingungen lautet:

Artikel 228 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union:

"Der Bürgerbeauftragte führt im Rahmen seines Auftrags (...) Untersuchungen durch, die er für gerechtfertigt hält;"

Nach sorgfältiger Prüfung Ihrer Beschwerde und aller einschlägigen Argumente bin ich zu der Auffassung gelangt, dass keine Gründe vorliegen, die es rechtfertigen würden, weitere Untersuchungen zu diesem Fall durchzuführen. Die Gründe hierfür sind wie folgt.

Betreffend Ihr Argument 1

In Bezug auf Ihr erstes Argument setzt die Kommission im Wesentlichen auf das Argument, dass (a) Ihr Antrag nicht hinreichend präzise war, wobei sie auf Artikel 6, Absatz 1 und 2 der Verordnung 1049/2001 Bezug nahm, und dass (b) ihr Datenspeichersystem die Identifizierung der von Ihnen angegebenen Dokumente nicht ermöglicht.

Ihr Antrag bezog sich auf sämtliche *"bei [der Kommission] im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn [X.] vorhandenen Dokumente"*. Da Sie keine weiteren Angaben machten, bin ich der Auffassung, dass die Position der Kommission, dass Ihr Antrag nicht hinreichend präzise war, nicht unvernünftig ist. Deshalb und im Hinblick auf die Beurteilung Ihrer weiteren Argumente liegen keine Gründe für weitere Untersuchungen vor.

Betreffend Ihr Argument 2

Soweit dieses Argument eventuelle Verzögerungen bei der Bearbeitung Ihres Antrags auf Zugang zu denjenigen Dokumenten betrifft, die Ihnen bereits zugänglich gemacht wurden, ist darauf hinzuweisen, dass die Kommission in der Zwischenzeit über Ihren Zweit Antrag entschieden hat. Da ich zudem vor kurzem eine Untersuchung aus eigener Initiative eröffnet habe, welche unter anderem die Probleme systemischer Natur bei der Einhaltung der in der Verordnung 1049/2001 vorgeschriebenen Fristen betrifft (OI/6/2013/KM), bin ich der Ansicht, dass kein Grund für weitere Untersuchungen zu diesem Aspekt Ihrer Beschwerde vorliegt.

Was Ihren Antrag auf Zugang zu weiteren Dokumenten, welchen die Kommission als nicht hinreichend präzise betrachtet hat, um registriert zu werden, ist auf meine Ausführungen zu Ihrem Argument 1 zu verweisen.



Betreffend Ihr Argument 3

Ich weise darauf hin, dass zwei Arten von Dokumenten von Ihrem Argument betroffen sind: (a) Jene, die bereits offengelegt wurden, und (ii) jene, die noch nicht offengelegt wurden.

In Bezug auf (a) haben Sie keine neuen Elemente vorgelegt. Folglich erhalte ich meine ursprüngliche Beurteilung, dass die Position der Kommission überzeugend erscheint, aufrecht.

In Bezug auf (b) ist es gefestigte Rechtsprechung, dass für jede Erklärung der Organe hinsichtlich der Nichtexistenz von angeforderten Dokumenten eine Rechtmäßigkeitsvermutung gilt. Folglich ist mit dieser Erklärung eine Wahrheitsvermutung verbunden (vgl. in diesem Sinne das Urteil in den verbundenen Rechtssachen T-110/03, T-150/03 und T-405/03 *Sison/Rat*, Randnr. 29). Es handelt sich allerdings um eine einfache Vermutung, die in jeder Weise aufgrund schlüssiger und übereinstimmender Indizien widerlegt werden kann (vgl. in diesem Sinne die Urteile in den Rechtssachen T-123/99, *JT's Corporation/Kommission*, Randnr. 58, und T-311/00 *British American Tobacco [Investments]/Kommission*, Randnr. 35).

In Ihren Anmerkungen verwiesen Sie auf bestimmte Dokumente, welche die Kommission Ihrer Meinung nach nicht offengelegt hat. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass Sie der Auffassung der Kommission, wonach Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten sehr umfangreich ist, nicht widersprochen haben. Die Kommission berief sich darüber hinaus auf praktische Schwierigkeiten, sämtliche von Ihnen verlangten Unterlagen offenzulegen. Auf den ersten Blick erscheinen diese Erklärungen überzeugend. Deshalb halte ich es für die am besten geeignete Vorgehensweise, wenn Sie zunächst die Aufmerksamkeit der Kommission gezielt auf alle Dokumente lenken würden, welche unter Ihren Antrag/ Anträgen fallen sollten. Daraus folgt, dass keine Gründe für weitere Untersuchungen in Bezug auf diesen Aspekt Ihrer Beschwerde vorliegen.

Betreffend Ihr Argument 4

Ich unterstreiche, dass Sie in Ihren Anmerkungen lediglich Ihre Ansicht wiederholten, dass die Kommission es im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten versäumt habe, die dritte Person, von welcher die Dokumente stammen, zu konsultieren, und dass die betroffene Person höchstwahrscheinlich keine Probleme in der Herausgabe der einschlägigen Dokumente gehabt hätte. Daher halte ich an meiner ursprünglichen Feststellung fest, dass die Position der Kommission nicht unvernünftig ist. Ich folgere daher, dass keine Gründe für weitere Untersuchungen zu diesem Aspekt Ihrer Beschwerde vorliegen.

Was den Schutz der geschäftlichen Interessen betrifft, so scheint es, dass Sie das Argument, dass das betroffene Unternehmen nicht mehr existiert, der Kommission noch nicht vorgelegt haben. Daher ist dieser Aspekt Ihrer Beschwerde gemäß Artikel 2, Absatz 4 meines Statuts unzulässig.

Während es Zweifel hinsichtlich der Bezugnahme der Kommission auf die Ausnahme zum Schutz des Entscheidungsprozesses geben könnte, weise ich darauf hin, dass Sie erklärten, durch den Bürgerbeauftragten bereits Zugang zu einschlägigen Dokumenten erhalten zu haben. Daraus folgt, dass keine Gründe



vorliegen, welche weitere Untersuchungen zu diesem Aspekt rechtfertigen würden.

Im Hinblick auf die oben dargelegten Gründe besteht meines Erachtens nach keine Notwendigkeit, die Substanz Ihrer Aussage, dass Sie keinen einzigen Fall kennen, in welchem die Kommission ein überwiegendes Interesse an der Verbreitung akzeptiert habe, zu behandeln.

Betreffend Ihr Argument 5

Da Sie in Ihren Anmerkungen in Bezug auf diesen Punkt weder angeben, welche der von der Kommission angegebenen Argumente Sie anfechten möchten noch Gründe dafür nennen, halte ich weitere Untersuchungen zu diesem Aspekt nicht für gerechtfertigt.

Mit freundlichen Grüßen

Emily O'Reilly

From: Johannes Ludwig [<mailto:johannes.ludwig@haw-hamburg.de>]

Sent: 19 November 2012 09:29

To: Euro-Ombudsman

Subject: Beschwerde gegen die Europäische Kommission, wegen (Nicht-)Zugang zu Dokumenten

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diamandouros,

wie Ihnen bekannt ist beschäftige ich mich seit einiger Zeit mit dem Thema Whistleblowing und auch dem Fall des EU-Beamten Guido Strack. Sie hatten mir in diesem Zusammenhang bereits mehrfach recht unkompliziert Zugang zu Dokumenten gewährt, die sich mit diesem Fall beschäftigen, wofür ich Ihnen zunächst nochmals ganz herzlichst danken möchte.

Im letzten Sommer, genauer am 3.8.2011, habe ich mich mit einem Antrag auf Zugang zu Dokumenten zum Fall Strack an die Europäische Kommission gewandt, musste in der Folge aber leider ganz andere Erfahrungen im Hinblick auf die Transparenzbereitschaft europäischer Institutionen machen. Diese nehme ich zum Anlass mich heute erneut an Sie zu wenden, diesmal mit einer Beschwerde gegen die Europäische Kommission hinsichtlich der Behandlung meines Antrages vom 3.8.2011 bzw. meiner in der Folge gestellten weiteren Anträge auf Zugang zu allen Dokumenten über die die Europäische Kommission im Fall des EU-Beamten Guido Strack verfügt.

Ich begehre nach wie vor den Zugang zu all jenen Dokumenten, die bereits von meinem Ausgangsantrag umfasst und meiner Meinung nach auch schon in diesem - jedenfalls aber in meinen weitere Emails an die EU-Kommission, z.B. meiner Email vom 26.8.2011 - hinreichend bestimmt oder zumindest für die Europäische Kommission bestimmbar beschrieben waren. Ich bitte Sie mir dabei zu helfen diesen Zugang auch zu erlangen.

Darüber hinaus bitte ich Sie ein mehrfaches Verwaltungsfehlverhalten der EU-Kommission festzustellen, dahingehend, dass diese meinen Antrag bzw. meine Anträge:

- mehrfach zu Unrecht als nicht hinreichend bestimmt missinterpretiert hat,
- nicht oder nicht umgehend als zugegangen und registriert bestätigt hat,
- des Öfteren nicht innerhalb der in der Verordnung Nr. 1049/2001 vorgesehenen Fristen beantwortet, ja diese Fristen gleichsam ignoriert hat,
- die ihrerseits für den Fall eines nicht hinreichend bestimmten Aspektes meines Antrages geschuldete Hilfeleistung unterlassen hat,
- hinsichtlich der davon betroffenen Dokumente entgegen mehrfacher Klarstellungen und Erläuterungen meinerseits inkorrekt interpretiert und unvollständig bearbeitet und von meinen Anträgen eindeutig umfasste Dokumente somit nicht einbezogen hat,
- selbst in jenen wenigen Teilen, in denen sie ihnen angeblich entsprochen hat nicht alle selbst nach der Klassifizierung der EU-Kommission zu übermittelnden Dokumente übermittelt hat,
- in den übermittelten Dokumenten unzulässige Auslassungen und Schwärzungen vorgenommen und die Auslassungen und Schwärzungen auch nicht hinreichend begründet hat,
- soweit überhaupt jenseits der angeblichen Unbestimmtheit Begründungen für die Nichtübermittlungen von Dokumenten gegeben wurden, diese unzureichend und nicht von den Versagungsgründen der Verordnung Nr. 1049/2001 gedeckt waren und
- die EU-Kommission auf meine diversen entsprechenden Vorhaltungen hin ihr rechtswidriges Verhalten keineswegs eingestellt oder sich dafür entschuldigt, sondern im Gegenteil beharrlich fortgesetzt hat.

Insgesamt stellt sich mir das Verhalten der EU-Kommission so dar, dass Sie meinen ersten Antrag und mein Begehren sehr wohl hätte verstehen müssen und können, in der Folge aber, vor allem mittels vorgeschobener ungerechtfertigter Präzisierungsverlangen und künstlichen Aufteilungen des Antragsgegenstandes

alles getan hat um mich durch immer neue Unterverfahren hinzuhalten und zu zermürben um so meinen, aus meiner Sicht bestehenden, Rechtsanspruch letztlich zu vereiteln.

Wegen der näheren Einzelheiten verweise ich Sie, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diamandouros, auf die beigefügte PDF-Datei, in der ich mich bemüht habe, den Schriftwechsel zwischen mir und der Europäischen Kommission seit dem 3.8.2011 möglichst vollständig zu dokumentieren.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.
Mit freundlichem Gruß

Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35
22081 Hamburg
040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

28.11.2012

2290-2012-VL-

E2012-165857

MORAIS BISMARQUE GASPAR Ana Gloria

From: Johannes Ludwig [johannes.ludwig@haw-hamburg.de]
Sent: 28 November 2012 17:28
To: Euro-Ombudsman
Subject: Re: Beschwerde Nr 2290/2012/VL

Attachments: Anlage_Beschw_gg_KOM_.pdf

Ich bitte um Entschuldigung, falls das Dokument nicht angehängt und/oder nicht in Ihren Briefkasten gepasst haben sollte.

Hier jetzt nochmals!

MfG
 Prof. Dr. Johannes Ludwig

Am 28.11.2012 10:36, schrieb Euro-Ombudsman:

Sehr geehrter Herr Ludwig,

ich beziehe mich auf die obige Beschwerde, die Sie am 19. November 2012 einreichten. Darin erwähnten Sie eine .pdf Datei, die wir jedoch nicht erhalten haben.

Des Weiteren wäre es für uns notwendig Kopien der Korrespondenz mit der Kommission prüfen zu können, auf die Sie sich in Ihrer Beschwerde beziehen. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie uns die vorerwähnten Dokumente zukommen lassen könnten.

Mit freundlichen Grüßen,

Vukasin Loncarevic



European Ombudsman

Vukasin Loncarevic

Directorate B - Complaints and Inquiries Unit 3
 T. + 32 (0)2 284 10 30
vukasin.loncarevic@ombudsman.europa.eu

Rue Wiertz
 MTS 07X038
 B-1047 Brussels
 F. + 32 (0)2 284 49 14
www.ombudsman.europa.eu

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
 Hochschule für Angewandte Wi.

Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
 Finkenau 35
 22081 Hamburg
 040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
 Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
 03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

05/12/2012

Übersicht über den Schriftwechsel

Gegenstand	Datum	Seite
Mein Ausgangsantrag	03.08.2011	2
Erste Reaktion der Kommission	10.08.2011	4
Meine erste Klarstellung	15.08.2011	7
Reaktion der Kommission	26.08.2011	9
Meine Reaktion mit ausführlicher Auflistung von Aktenzeichen	26.09.2011	13
Reaktion der Kommission	04.10.2011	20
Weitere Reaktion der Kommission mit Herausgabe weniger einzelner Dokumente	07.11.2011	25
Meine Reaktion mit weiterer Antragskonkretisierung	28.11.2011	146
Zweit Antrag hinsichtlich der Dokumente vom 7.11.2011	28.11.2011	147
Reaktion der Kommission auf den Zweit Antrag vom 28.11.2011	06.01.2012	149
Meine Reaktionen darauf	23.01.2012	153
Antwort der Kommission	27.01.2012	159
Weitere Reaktion der Kommission	16.02.2012	164
Weitere Reaktion der Kommission mit Herausgabe weniger einzelner Dokumente	02.05.2012	166
Meine Erinnerung an meinen Erstantrag vom 23.1.2012	12.06.2012	216
Letzte Reaktion der Kommission	03.08.2012	220

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Whistleblowing

Datum: Wed, 3 Aug 2011 16:46:38 +0200

Von: Johannes Ludwig <johannes.ludwig@haw-hamburg.de>

An: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu <SG-ACC-DOC@ec.europa.eu>

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beschäftige mich seit einiger Zeit mit dem Thema Whistleblowing und bin dabei u.a. auf den Fall des EU-Beamten Guido Strack gestoßen.

Unsere bisherigen Arbeiten dazu können Sie einsehen unter

www.ansTageslicht.de/whistleblower

bzw. auch

www.ansTageslicht.de/Strack

So weit ich in Erfahrung bringen konnte, hat Herr Strack bei Ihnen bereits einige Anträge, Verwaltungsbeschwerden und auch Klagen gegen die Kommission eingebracht, die z.T. bereits abgeschlossen, z.T. aber wohl auch noch anhängig sind.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission und auch auf Artikel 15 AEUV und Artikel 42 EU-Grundrechtscharta, möchte ich Sie hiermit um Übersendung aller bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente (jeweils einschließlich aller Anlagen) bitten. Dies sollte sowohl die Eingaben des Herrn Strack, als auch die Reaktionen und Aktionen der jeweils beteiligten Kommissionsdienststellen, als auch Stellungnahmen Dritter und alle diesbzgl. in Ihrem Hause erstellten Dokumente umfassen.

Klarstellen möchte ich, dass von meinem vorstehenden Antrag unter anderem umfasst sind:

- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet

wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356.

Bevorzugen würde ich dabei eine Übersendung in elektronischer Form, z.B. auf einer CD-Rom. Sollten hierbei Kosten für die öffentliche Hochschule entstehen, darf ich Sie um eine vorherige Kostenabschätzung und Rückbestätigung bitten.

Sollten Sie im Hinblick auf den vorstehenden Antrag Probleme bezüglich der Persönlichkeitsrechte von Herrn Strack oder dritten Personen sehen, so bitte ich Sie schon jetzt, deren Einverständnis mit der Herausgabe der Dokumente an mich einzuholen. Andernfalls bitte Sie darum, mir konkret mitzuteilen wie eine entsprechende Einwilligungserklärung von Herrn Strack ausgestaltet sein müsste, falls Sie eine solche für notwendig erachten sollten.

Schließlich verweise ich darauf, dass ich alle angefragten Dokumente zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Umgangs der EU-Kommission mit Whistleblowern am Beispiel des Falls Strack zu verwenden und zu veröffentlichen gedenke und bitte, falls dies nötig sein sollte, schon jetzt um ihre Zustimmung zur nicht kommerziellen Veröffentlichung aller mir im Rahmen dieses Antrages zu überlassender Dokumente. Es ist spätestens seit der Anhörung im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments im Mai 2011 außerdem offensichtlich, dass an der o.g. Aufarbeitung auch ein erhebliches öffentliches Interesse besteht, welches im Rahmen Ihrer Bescheidungen ebenfalls zu berücksichtigen ist und aus meiner Sicht auch dazu führen muss, Dokumente selbst dann herauszugeben, wenn oder soweit sie Herrn Strack bisher verweigert wurden. Insoweit verweise ich auch auf die jüngste Rechtsprechung.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Schließlich darf ich Sie noch bitten mir den Eingang dieser Email und die Registrierung meines Antrages baldmöglichst zu bestätigen.

Mit freundlichem Gruß
Prof. Dr. Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35
22081 Hamburg
040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu [Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu]
Gesendet: Mittwoch, 10. August 2011 11:27
An: Ludwig, Johannes
Betreff: RE: Whistleblowing

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben hinsichtlich Ihres Antrages auf Zugang zu Dokumenten.

Mit freundlichen Grüßen,

Paul SIMON

Europäische Kommission

Generalsekretariat

Referat SG.B.5 "Transparenz, Beziehungen zu interessierten Kreisen und externen Organisationen"

From: Johannes Ludwig [<mailto:johannes.ludwig@haw-hamburg.de>]
Sent: Wednesday, August 03, 2011 4:47 PM
To: SG ACCES DOCUMENTS
Subject: Whistleblowing

...



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz, Beziehungen zu Interessengruppen und externe Organisationen

Brüssel, den
SG.B.5/MKU/psi – Ares(2011)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-2081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Betreff : Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten - Ihre Email vom 3. August 2011

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich beziehe mich auf Ihre Email vom 3. August 2011, in dem sie mit Bezugnahme auf die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ (im Folgenden: Verordnung 1049/2001) um die Übersendung *"aller bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente (jeweils einschließlich aller Anlagen)"* bitten. Weiter nach Ihrer genannten Email soll dies *"sowohl die Eingaben des Herrn Strack, als auch die Reaktionen und Aktionen der jeweils beteiligten Kommissionsdienststellen, als auch Stellungnahmen Dritter und alle diesbezüglich in Ihrem Hause erstellten Dokumente"* umfassen.

Sie führen weiter aus, dass von Ihrem Antrag *unter anderem* folgendes umfasst sein soll:

"- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;

¹ ABl. L 145 vom 31.05.2001, S.43

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente;

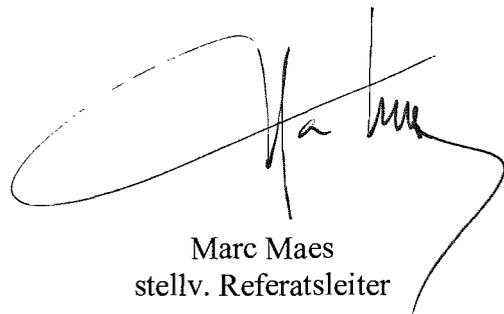
- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356."

Nach erster Prüfung Ihres Antrages muss ich Ihnen mitteilen, dass im Hinblick auf die großen Zahl der Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die, wie Sie zu Recht ausführen, nicht auf die von Ihnen genannte Liste beschränkt sind und die potentiell eine Vielzahl von Kommissionsdiensten betreffen, es uns aufgrund der von Ihnen gelieferten Beschreibung nicht möglich ist, alle Dokumente zu ermitteln, die von Ihrem Antrag umfasst sein können.

Gemäß Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung 1049/2001 müssen Anträge auf Zugang zu einem Dokument "(...) so präzise formuliert sein, dass das Organ das betreffende Dokument ermitteln kann." Ist dies nicht der Fall, kann das Organ gemäß Artikel 6 Absatz 2 den Antragsteller auffordern, den Antrag zu präzisieren. Gemäß Artikel 2 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1049/2001² beginnt die Beantwortungsfrist erst zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kommission über die zusätzliche Informationen verfügt.

Wir möchten Sie daher in Anwendung des genannten Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung 1049/2001 darum bitten, Ihren Antrag zu präzisieren, und uns insbesondere mitteilen, aus welchen Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und/oder Gerichtsverfahren Sie Dokumente beantragen.

Mit freundlichen Grüßen,



Marc Maes
stellv. Referatsleiter

² ABl. L 345 vom 29.12.2001, S. 94

Von: Ludwig, Johannes
Gesendet: Montag, 15. August 2011 10:38
An: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu
Betreff: AW: Whistleblowing

Sehr geehrte Damen und Herren!

1) Danke für die schnelle Antwort.

2) Hierzu darf ich zunächst klarstellen, dass ich an meinem Antrag vom 3.8.2011 unverändert festhalte. Aus meiner Sicht weist mein Ausgang vom 3.08.2011 sehr wohl eine hinreichende Präzision auf. Das Wort "alle" war umfassend gemeint und ist durchaus auch so zu verstehen.

3) Ich habe mich darüber hinaus bemüht, durch die Formulierung "unter anderem" wichtige Bereiche - soweit dies mir möglich war - schon im Ausgangsantrag explizit zu benennen. Im Gegensatz zur Kommission sind mir die Vorgänge nicht bereits im Einzelnen bekannt. Diese Kenntnis will ich mit dem Dokumentenzugangsantrag ja gerade erst erlangen.

4) Außerdem gehe ich bei meinem Antrag davon aus, dass es sich bei der Europäischen Kommission um eine ordnungsgemäße Verwaltung handelt, die Verwaltungsvorgänge in einer Art und Weise speichert, die ihr ein leichtes Auffinden ermöglicht. Sollte dies nicht der Fall sein, so kann dies jedenfalls nicht in meiner Verantwortung liegen.

5) Gibt es einen Grund, dass Sie bei Ihrem Zitat aus Art. 6 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001 die Formulierung

"und leistet ihm dabei Hilfe",

aus denen sich eine Unterstützungspflicht der Verwaltung ergibt, weder zitieren noch dieser - sicher ja wohl als Anforderung gemeinten - Formulierung durch Ihr Schreiben gerecht werden?

6) Aus dem mit "Nach erster Prüfung..." beginnenden Absatz Ihres Schreibens kann ich entnehmen, dass Sie offenbar eine 'größere' Anzahl von Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren identifiziert haben?

Ich möchte Sie daher bitten, mir hinsichtlich jener von Ihnen bereits identifizierten Verfahren und der damit im Zusammenhang stehenden Dokumente Zugang zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen!

Prof. Dr. Johannes Ludwig

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Fakultät Design, Medien und Information (DMI)
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg
Stiftstr. 69, 20099 Hamburg
T/F: 040 - 428 75 - 76 11

www.johannesludwig.de
mail@johannesludwig.de

privat: Keplerstr. 13
15831 Mahlow-Waldblick (120 M. vor Berlin)
03379 - 31 38 77

www.ansTageslicht.de

www.waechterpreis.de

www.whistleblowerinfo.de

www.recherchieren.org

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu [Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu]
Gesendet: Mittwoch, 10. August 2011 11:27
An: Ludwig, Johannes
Betreff: RE: Whistleblowing

...

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu [Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu]

Gesendet: Freitag, 26. August 2011 16:31

An: Ludwig, Johannes

Betreff: Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten - Ihre Emails vom 3. und 15. August

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben hinsichtlich Ihres Antrages auf Zugang zu Dokumenten.

Mit freundlichen Grüßen,

Madeleine Bluriot-Puebla

SG-B-5 - "Transparenz, Beziehungen zu interessierten Kreisen und externen Organisationen"

From: Johannes Ludwig [<mailto:johannes.ludwig@haw-hamburg.de>]

Sent: Wednesday, August 03, 2011 4:47 PM

To: SG ACCES DOCUMENTS

Subject: Whistleblowing

...

Ludwig2 - DE final.pdf

336 K Ansehen Herunterladen



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5

Transparenz, Beziehungen zu Interessengruppen und externe Organisationen

Brüssel, den
SG.B.5/MKU/psi – Ares(2011)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-2081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Betreff : Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten - Ihre Emails vom 3. und 15. August 2011

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich beziehe mich auf Ihre Email vom 15. August 2011 in Antwort auf unser Schreiben vom 10. August, in dem wir Sie gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ (im Folgenden: Verordnung 1049/2001) aufgefordert haben, Ihren Antrag auf Zugang zu Dokumenten vom 3. August 2011 zu präzisieren. Dieser Antrag vom 3. August 2011 betraf die Übersendung "*aller bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente (jeweils einschließlich aller Anlagen)*". Dies sollte "*sowohl die Eingaben des Herrn Strack, als auch die Reaktionen und Aktionen der jeweils beteiligten Kommissionsdienststellen, als auch Stellungnahmen Dritter und alle diesbezüglich in Ihrem Hause erstellten Dokumente*" umfassen.

In Ihrer Email vom 3. August führten weiter aus, dass von Ihrem Antrag *unter anderem* folgendes umfasst sein soll:

"- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;

¹ ABl. L 145 vom 31.05.2001, S.43

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente;

- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356."

In unserem Schreiben vom 10. August 2011 haben wir hierzu mitgeteilt dass nach einer ersten Prüfung des Antrages im Hinblick auf die großen Zahl der Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die, wie Sie zu Recht ausführen, nicht auf die von Ihnen genannte Liste beschränkt sind und die potentiell eine Vielzahl von Kommissionsdiensten betreffen, es uns aufgrund der von Ihnen gelieferten Beschreibung nicht möglich ist, alle Dokumente zu ermitteln, die von Ihrem Antrag umfasst sein können.

Wir haben Sie daher gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung 1049/2001 aufgefordert, den Antrag zu präzisieren und uns insbesondere mitteilen, aus welchen Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und/oder Gerichtsverfahren Sie Dokumente beantragen.

In Ihrer Antwort vom 15. August 2011 teilen Sie uns mit, dass Sie an Ihrem Antrag unverändert festhalten. Sie sind der Auffassung, dass dieser eine hinreichende Präzision aufweist und gehen davon aus, dass die Kommission Verwaltungsvorgänge in einer Art und Weise speichert, die ihr ein leichtes Auffinden ermöglicht. Weiterhin entnehmen Sie unserer Antwort, dass die Kommission "*offenbar eine 'größere' Anzahl von Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren identifiziert [hat]*" und bitten darum, hinsichtlich der bereits identifizierten Verfahren und der damit im Zusammenhang stehenden Dokumente Zugang zu gewähren.

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass, auch in Anbetracht Ihrer Ausführungen in Ihrer Email vom 15. August 2011, Ihr Antrag es uns nach wie vor nicht ermöglicht, im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung 1049/2001 die betroffenen Dokumente zu ermitteln. Insbesondere ermöglichen die bestehenden Speichersysteme der Kommission keine Identifizierung nach den von Ihnen genannten Kriterien. Auch der Umstand, dass bekanntermaßen eine große Zahl von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren bezüglich Herrn Strack existiert, erlaubt uns nicht, festzustellen, auf welche Verfahren sich Ihr Antrag bezieht, zumal Sie betonen, an Ihrem Antrag vom 3. August 2011 vollumfänglich festzuhalten.

Allerdings sind bereits aufgrund früherer Anträge nach Verordnung 1049/2001 Dokumente aus bestimmten Verwaltungs- und Gerichtsverfahren betreffend Herrn Strack verbreitet worden. Diese Dokumente sind aufgrund ihrer Freigabe nach Verordnung 1049/2001 identifizierbar und können Ihnen daher auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden. Sollten Sie an der Übersendung dieser Dokumente interessiert sein, bitten wir Sie um Mitteilung, so dass wir Ihren Antrag in dieser Form registrieren können.

Sollten Sie in anderer Form Hilfestellung bei der Präzisierung Ihres Antrages wünschen, bitten wir Sie ebenfalls um entsprechende Mitteilung.

Mit freundlichen Grüßen,



Gérard Legris
Referatsleiter

Betreff: Ihr Schreiben vom 26.08.2011 [ARES(2011)912369]
Datum: Mon, 26 Sep 2011 18:34:13 +0200
Von: Johannes Ludwig <johannes.ludwig@haw-hamburg.de>
An: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Sehr geehrter Herr Legris,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.08.2011

[ARES(2011)912369], zu dem ich wie folgt Stellung nehmen möchte:

I. Am Ende Ihres o.g. Schreibens führen Sie aus:

"Allerdings sind bereits aufgrund früherer Anträge nach Verordnung 1049/2001 Dokumente aus bestimmten Verwaltungs- und Gerichtsverfahren betreffend Herrn Strack verbreitet worden. Diese Dokumente sind aufgrund ihrer Freigabe nach Verordnung 1049/2001 identifizierbar und können Ihnen daher auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden." Zum Verfahren schlagen Sie sodann vor: "Sollten Sie an der Übersendung dieser Dokumente interessiert sein, bitten wir Sie um Mitteilung, so dass wir Ihren Antrag in dieser Form registrieren können."

Hierzu stelle ich fest:

1. Ja, ich bin an der Übersendung dieser Dokumente interessiert.
2. Ich bin nicht damit einverstanden, dass Sie meinen Ursprungsantrag vom 03.08.2011 als auf jene Dokumente reduziert registrieren.
3. Ich schlage insoweit vor, dass Sie dieses heutige Schreiben als Dokumentenzugangsantrag hinsichtlich der mir nunmehr zur Übersendung angebotenen Dokumente ansehen und bin, soweit eine ungeschwärzte und vollständige Übersendung jener Dokumente erfolgen wird, bereit meinen Ursprungsantrag vom 03.08.2011 um diese Dokumente zu reduzieren.
4. Ich darf Sie um eine umgehende Registrierungsbestätigung hinsichtlich des somit dann "ausgekoppelten" Antragsteils bitten.

II. Im übrigen halte ich an meinem Ursprungsantrag vom 03.08.2011 fest und nehme Bezug auf den letzten Satz Ihres o.g. Schreibens in der Sie Ihre Hilfe bei dessen Präzisierung anbieten.

Also lassen Sie uns doch einmal gemeinsam versuchen den Antrag zu präzisieren, damit auch Sie verstehen, was gemeint ist:

Ein Anhaltspunkt ergibt sich dabei bereits aus der unter I. zitierten Passage Ihres Schreibens. Demnach sind Ihnen frühere Anträge nach Verordnung 1049/2001 betreffend bestimmter Dokumente bekannt. Dies erlaubt meinen Ausgangsantrag dahingehend zu präzisieren, dass dieser unter anderem, aber keineswegs ausschließlich, umfasst: Die Anträge nach Verordnung 1049/2001 auf die Sie sich mit Ihrer Formulierung aus o.g. Schreiben bezogen haben und dabei: die Erst- und ggfls. vorhandene Zweit-Anträge selbst und sämtlicher anlässlich der Beantwortung der Anträge intern oder extern geführter Schriftwechsel, inklusive des sämtlichen internen oder externen Schriftwechsel von sich auf diese Anträge beziehenden Beschwerde- oder Gerichtsverfahren, sowie auf sämtliche Dokumente zu denen mit jenen Anträgen Dokumentenzugang beantragt wurde (mit Ausnahme jener Dokumente zu denen mir bereits nach I. vollständig und ungeschwärzt Zugang gewährt wird). Falls Sie dies gerne möchten, wäre ich auch hinsichtlich dieses aus meiner Sicht spätestens jetzt bestimmten Teil meines Ausgangsantrages zu einer Auskopplung gemäß dem Vorschlag unter I. bereit, demnach könnte dann auch dieser Teil als separater Dokumentenzugangsantrag auf der Basis des heutigen Schreibens gewertet und aus dem Ausgangsantrag herausgenommen werden. Wenn Sie dieses Vorgehen bevorzugen sollten, darf ich Sie um eine entsprechende Bestätigung bitten.

Was die weitere Präzisierung meines Ausgangsantrages angeht, liefern Sie ebenfalls wertvolle Hinweise. Demnach räumen Sie selbst ein, dass "bekanntermaßen eine große Zahl von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren bezüglich Herrn Strack existiert". Ich darf Sie also im Rahmen Ihrer Hilfeleistungspflicht bitten, jene zu identifizieren und mir die entsprechenden Aktenzeichen mitzuteilen. Jene Aktenzeichen werde ich dann zur von Ihnen gewünschten weiteren Präzisierung meines Antrages benutzen. Ich selbst habe auch schon einmal versucht entsprechende Aktenzeichen zu identifizieren und bin dabei gestoßen auf:

1. Die Personalakte des Herrn Strack (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))
2. Die medizinische Akte des Herrn Strack (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))
3. Die PMO-Akte zu Herrn Stracks Antrag vom 07.03.2005 auf Leistungen im Hinblick auf seine berufsbedingte Erkrankung nach Art. 73 des Beamtenstatuts (Personal-Nr.: (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär)) Aktenzeichen: 20550855)
4. Die Akten zu den Ombudsmann-Beschwerdeverfahren (dortige Aktenzeichen nachfolgend) des Herrn Strack und die diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen internen Verwaltungsvorgängen, insbesondere:

140-2004-(BB)PB

1434-2004-PB

3402-2004-PB

0144-2005-PB

3002-2005-PB

0723-2006-(WP)PB

0828-2006-WP

1213-2006-(WP)PB

3591-2006-(WP)PB

0056-2007-PB

0429-2007-PB

0672-2007-(WP)PB

1330-2007-PB

0491-2008-PB

1116-2008-PB

1821-2008-PB

2458-2009-PB

0488-2010-PB

2069-2010-PB

0267-2011-PB

0268-2011-PB

5. Die Akten zu den Gerichtsverfahren des Herrn Strack (dortige Aktenzeichen nachfolgend) und die diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen internen Verwaltungsvorgängen, insbesondere:

T-85/04

T-394/04

T-4/05

T-225/05 = F-44/05

C-237/06 P

F-37/06

T-392/07

F-118/07

F-119/07

F-120/07

F-121/07

F-132/07

T-221/08

T-526/08 P

F-61/09

F-62/09

F-44/05 RENV

T-197/11 P

T-198/11 P

T-199/11 P

T-268/11 P

6. Was damit und mit der Formulierung "diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen" internen Verwaltungsvorgängen gemeint ist, möchte ich kurz am Beispiel der Gerichtsverfahren F-121/07 und F-132/07 illustrieren.

Bei F-121/07 sind von meine Antrag auf Dokumentenzugang u.a. umfasst: die in Rn. 1 des Urteils vom 20.01.2011 genannten "Entscheidungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 12. Januar, 26. Februar und 20. Juli 2007", die jenen Entscheidungen zu Grunde liegenden Anträge bzw. Schreiben des Herrn Strack an die Kommission z.B. vom 16.10.2006 und 22.12.2006, all jene Dokumente, zu denen Herr Strack am 22.12.2006 ausweislich von Rn. 12 des Urteils selbst Zugang beantragt hat (egal ob und inwieweit ihm dieser Zugang gewährt wurde oder nicht), die Beschwerde von Herrn Strack vom 09.04.2007 (Rn. 15), die Klageschrift des Herrn Strack vom 22.10.2007, die Unterlagen und Protokolle zur Güteverhandlung vom 04.12.2007, die Klageerwiderung der Kommission, der

Schriftsatz der Kommission vom 29.05.2008 (Rn.21), die Aufforderung der Kammer vom 12.06.2008 (Rn. 22), die Reaktion des Herrn Strack (dies meint in allen Fällen auch jene seiner Anwälte) vom 19.06.2008, den Beschluss des Präsidenten des Gerichts vom 08.10.2008, die Schreiben des Herrn Strack vom 02.04.2009, 28.05.2009, 15.01.2010, 25.06.2010 und 02.07.2010, alle Schreiben der Kanzlei des Gerichtshofs in jenem Verfahren inklusive des vorbereitenden Sitzungsberichts, alle zu den soeben genannten Dokumenten und dem Verfahren insgesamt bei der Kommission vorliegenden weiteren Schriftsätze und internen Vermerke. Zu einem Dokument gehören dabei nach meinem Verständnis immer auch seine sämtlichen Anlagen.

Bei F-132/07 sind von meine Antrag auf Dokumentenzugang ebenso alle Verfahrensschriftsätze und vorbereitenden Schriftwechsel umfasst, so u.a. auch der von Herrn Strack am 09.04.2007 gestellte Antrag und die diesem beigefügte CD-ROM. Natürlich auch die Schreiben von Herrn Strack vom 11.05.2007 und vom 11.10.2007 und die Reaktionen der Kommission darauf u.a. vom 19.06.2007 und 20.07.2007.

Ich hoffe spätestens jetzt ist Ihnen klar, dass das Wort "aller" in meinem Ausgangsantrag vom 03.08.2011 auch durchaus so umfassend gemeint war und ist.

III. Abschließend setze ich Sie davon in Kenntnis, dass ich beabsichtige auch den im Zusammenhang mit meinem Dokumentenzugangsantrag vom 03.08.2011 bereits geführten und zukünftig noch zu führenden Schriftwechsel unter <http://ansTageslicht.de/strack> öffentlich zu machen. Ich gehe davon aus, dass Ihrerseits hiergegen keine Bedenken bestehen, da ja auch die Europäische Kommission sicherlich daran

interessiert ist, den Bürgerinnen und Bürgern einen realistischen
Einblick in die Art und Weise zu gewähren wie sie Verwaltungstransparenz
in der Praxis ausgestaltet.

Schließlich noch der Hinweis, dass keine Äußerung dieses Schreibens
bezweckt oder so interpretiert werden sollte, meinen Ursprungsantrag vom
03.08.2011 zurückzunehmen oder einzugrenzen (jedenfalls nicht über eine
bloße Auskopplung von Antragsgegenständen in neue Unteranträge hinaus),
ich gehe davon aus, dass dieser in vollem Umfang hinreichend bestimmt
war bzw. jedenfalls mit den jetzt vorliegenden Ergänzungen hinreichend
bestimmt bzw. im Rahmen Ihrer Hilfeleistungspflicht bestimmbar ist.

Mit freundlichem Gruß

Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35
22081 Hamburg
040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77
skype: Ludwig_Waldblick

----- Original-Nachricht -----

Betreff: RE: Ihr Schreiben vom 26.08.2011 [ARES(2011)912369]

Datum: Tue, 4 Oct 2011 17:03:46 +0200

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An: Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben hinsichtlich Ihres Antrages auf Zugang zu Dokumenten.

Mit freundlichen Grüßen,

Carlos Remis

SG.B.5.

Transparence & accès aux documents.

Berl. 05/329.

-----Original Message-----

From: Johannes Ludwig [mailto:johannes.ludwig@haw-hamburg.de]

Sent: Monday, September 26, 2011 6:34 PM

To: SG ACCES DOCUMENTS

Subject: Ihr Schreiben vom 26.08.2011 [ARES(2011)912369]

...



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz, Beziehungen zu Interessengruppen und externe Organisationen

Brüssel, den 04.10.2011
SG.B.5/MKU/rc – Ares(2011)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-22081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Betreff : Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten - Ihre E-Mails vom 3. und 15. August sowie vom 26. September 2011

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich beziehe mich auf Ihre E-Mail vom 26. September 2011 in Antwort auf unser Schreiben vom 26. August, in dem wir Sie gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ (im Folgenden: Verordnung 1049/2001) aufgefordert haben, Ihren Antrag auf Zugang zu Dokumenten vom 3. August 2011 zu präzisieren. Ich beziehe mich ebenfalls auf Ihre E-Mail vom 15. August 2011 in Antwort auf unser Schreiben vom 10. August 2011.

In Ihrer E-Mail vom 26. September 2011 haben Sie, in Antwort auf die Bitte in unseren Schreiben vom 10. und 26. August 2011, Ihren ursprünglichen Antrag auf Zugang zu Dokumenten vom 3. August wie folgt präzisiert:

1. Sie gehen auf unseren Vorschlag in unserem Schreiben vom 26. August 2011 ein und beantragen Zugang zu den Dokumenten aus Verwaltungs- und Gerichtsverfahren bezüglich Herrn Strack, die bereits aufgrund früherer Anträge auf Zugang zu Dokumenten verbreitet wurden (Punkt I. Ihrer E-Mail vom 26. September 2011).

¹ ABl. L 145 vom 31.05.2001, S.43

2. Sie halten darüber hinaus an Ihrem weitergehenden Antrag vom 3. August 2011 fest, den Sie wie folgt präzisieren:

- a. Hinsichtlich früherer Anträge nach Verordnung 1049/2001 bezüglich Verwaltungs- und Gerichtsverfahren betreffend Herrn Strack: *"die Erst- und ggfls. vorhandene Zweit-Anträge selbst und sämtlicher anlässlich der Beantwortung der Anträge intern oder extern geführter Schriftwechsel, inklusive des sämtlichen internen oder externen Schriftwechsel von sich auf diese Anträge beziehenden Beschwerde- oder Gerichtsverfahren, sowie auf sämtliche Dokumente zu denen mit jenen Anträgen Dokumentenzugang beantragt wurde (mit Ausnahme jener Dokumente zu denen mir bereits nach I. vollständig und ungeschwärzt Zugang gewährt wird)"*
- b. *"Die Personalakte des Herrn Strack (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))"*
- c. *"Die medizinische Akte des Herrn Strack (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))"*
- d. *"Die PMO-Akte zu Herrn Stracks Antrag vom 07.03.2005 auf Leistungen im Hinblick auf seine berufsbedingte Erkrankung nach Art. 73 des Beamtenstatuts (Personal-Nr.: (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))Aktenzeichen: 20550855)"*
- e. *"Die Akten zu den Ombudsmann-Beschwerdeverfahren (dortige Aktenzeichen nachfolgend) des Herrn Strack und die diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen internen Verwaltungsvorgängen, insbesondere:*

*140-2004-(BB)PB
1434-2004-PB
3402-2004-PB
0144-2005-PB
3002-2005-PB
0723-2006-(WP)PB
0828-2006-WP
1213-2006-(WP)PB
3591-2006-(WP)PB
0056-2007-PB
0429-2007-PB
0672-2007-(WP)PB
1330-2007-PB
0491-2008-PB
1116-2008-PB
1821-2008-PB
2458-2009-PB
0488-2010-PB
2069-2010-PB*

0267-2011-PB
0268-2011-PB"

- f. *"Die Akten zu den Gerichtsverfahren des Herrn Strack (dortige Aktenzeichen nachfolgend) und die diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen internen Verwaltungsvorgängen, insbesondere:*

T-85/04

T-394/04

T-4/05

T-225/05 = F-44/05

C-237/06 P

F-37/06

T-392/07

F-118/07

F-119/07

F-120/07

F-121/07

F-132/07

T-221/08

T-526/08 P

F-61/09

F-62/09

F-44/05 RENV

T-197/11 P

T-198/11 P

T-199/11 P

T-268/11 P"

3. Weiterhin halten Sie auch an Ihrem ursprünglichen Antrag vom 3. August 2011 in seiner ursprünglichen Fassung fest und betrachten diesen auch als solchen als ausreichend präzise.

Zu diesen Punkten Ihrer E-Mail vom 26. September 2011 nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Ihren Antrag auf Zugang zu den bereits freigegebenen Dokumenten (Punkt 1.) haben wir unter der Nummer GestDem 2011/5070 registriert. Sie werden eine Antwort innerhalb von 15 Arbeitstagen, also bis zum 25/10/2011 erhalten. Bitte beachten Sie, dass dieser Antrag die bereits freigegebenen Dokumente in der Form betrifft, wie sie freigegeben wurden (ggf. mit Schwärzungen); zu dem weitergehenden Antrag auf vollständigen Zugang zu den ungeschwärzten Dokumenten zugleich unter Punkt 2.

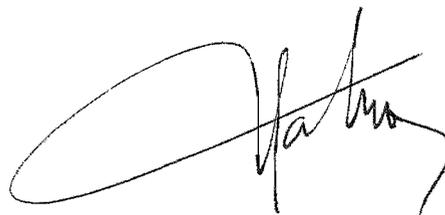
2. Hinsichtlich Ihres weitergehenden, in Ihrer E-Mail vom 26. September 2011 präzisierten Antrages (oben unter Punkt 2. ausgeführt), der auch den Zugang zu den ungeschwärzten Fassungen der bereits freigegebenen Dokumente enthält, muss ich Ihnen mitteilen, dass dieser aufgrund seines offensichtlich übermäßigen Umfangs die betreffenden Kommissionsdienste für eine erhebliche Zeit auslasten und so die Funktionsfähigkeit der Kommission erheblich beeinträchtigen würde.

Allein die Verfahrensakte eines Gerichtsverfahrens in der Art der von Ihnen genannten beinhalten gewöhnlich weit über 100 Seiten (ohne vorangehendes Verwaltungsverfahren), bei denen in der Mehrzahl persönliche Daten enthalten sind, die einzeln geschwärzt werden müssen. Angesichts dieses Arbeitsaufwands würde die Bearbeitung Ihres Antrages einen unangemessenen Verwaltungsaufwand bedeuten; in diesem Fall ist die Kommission gehalten, das Interesse der geordneten Verwaltung zu wahren.

Wir möchten Sie daher bitten, Ihren oben unter Punkt 2. wiedergegebenen Antrag in Hinblick darauf zu überdenken, inwieweit er mit dem öffentlichen Interesse an einer funktionsfähigen Verwaltung in Einklang gebracht werden kann.

3. Ihr über die Präzisierungen in Punkt 2. hinausgehender Antrag vom 3. August 2011, den Sie in Ihrer E-Mail vom 26. September 2011 ebenfalls aufrechterhalten (oben unter Punkt 3.) erscheint uns, wie bereits in unseren Schreiben vom 10. und 26. August ausgeführt, weiterhin zu unbestimmt und kann daher in dieser Form nicht registriert werden.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maes', with a large, sweeping initial stroke.

Marc Maes
stellv. Referatsleiter

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Your application for access to documents under Regulation (EC) N° 1049-2001 -
GESTDEM 2011/5070

Datum: Mon, 7 Nov 2011 14:00:41 +0100

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An: Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Dear Mr Ludwig,

Kindly find the answer to your application concerning your request for access to documents pursuant to Regulation (EC) N° 1049/2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents (GESTDEM 2011/5070) .

Yours sincerely,

Carlos Remis

SG-E.3.

Transparence & accès aux documents.

Berl. 05/388.



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz

Brüssel, den 07.11.2011
SG.B.5/MKU/rc – Ares(2011)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-22081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 - GestDem Nr. 2011/5070

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich beziehe mich auf Ihre E-Mail vom 26. September 2011, registriert als Erstantrag gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ (im Folgenden: Verordnung 1049/2001). In dem Teil Ihrer Email, der unter der oben genannten Nummer als Erstantrag registriert wurde, beantragen Sie Zugang zu den Dokumenten aus Verwaltungs- und Gerichtsverfahren bezüglich Herrn Strack, die bereits aufgrund früherer Anträge auf Zugang zu Dokumenten verbreitet wurden. Wie in unserem Schreiben vom 4. Oktober 2011 erläutert, ist Ihr Antrag hinsichtlich der bereits zuvor freigegebenen Dokumente registriert worden.

Nach Prüfung Ihres Antrages habe ich die folgenden Dokumente als von diesem umfasst identifizieren können:

1. Freigegeben unter GestDem Nr. 2004/2748
 - a. Mitteilung des Generalsekretärs an Herrn Brüner, OLAF-Generaldirektor, vom 1. März 2004, Az. D(2004) 1908

¹ ABl. L145 vom 31.5.2001, S.43.

- b. Mitteilung des Generalsekretärs an Vizepräsident Kinnock und andere, vom 1. März 2004, Az. D(2004) 1909

2. Freigegeben unter GestDem Nr. 2006/4606

- a. Schreiben von Herrn Peter Hustinx, Europäischer Datenschutzbeauftragter, an Herrn Strack vom 30. Oktober 2006, Az. D(2006) 1145
- b. Schreiben von Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, an Frau Deshayes, Direktorin beim PMO, vom 15. Mai 2006, Az. D(2006) 482
- c. Schreiben des PMO an Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, vom 2. Juni 2006, Az. D(2006) 13484
- d. Schreiben von Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, an das PMO, vom 27. Juli 2006, Az. D(2006) 808
- e. Schreiben des PMO an Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, vom 7. September 2006, Az. D(2006) 20051, sowie begleitendes Telefax
- f. Schreiben von Herrn Peter Hustinx an das PMO vom 4. Oktober 2006, Az. D(2006) 1014

3. Freigegeben unter GestDem Nr. 2008/0591

- a. Mitteilung an Herrn Brüner, JUR (2005) 30124
- b. Informationsvermerk, JUR (2006) 30384
- c. Informationsvermerk, JUR (07) 45367

4. Freigegeben unter GestDem Nr. 2009/5013

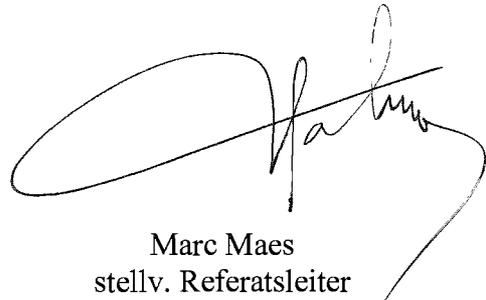
- a. E-Mailaustausch zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission hinsichtlich der Koordination der Antworten an Herrn Strack.

- b. Interner E-Mailaustausch der Kommission hinsichtlich der Antwort auf einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten von Herrn Strack.
5. Freigegeben unter GestDem Nr. 2010/5520 und 2011/95 - Erstantrag: siehe Liste in Anhang 1
6. Freigegeben unter GestDem Nr. 2010/5520 und 2011/95 - Zweitantrag:
 - a. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1411
 - b. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1438
 - c. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439
 - d. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1440

Da all diese Dokumente bereits Gegenstand einer Freigabe waren, kann ich sie Ihnen vollständig, so wie ursprünglich freigegeben, übersenden.

Außerdem hat sich ergeben, dass auch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) Dokumente aus Verwaltungs- und Gerichtsverfahren bezüglich Herrn Strack freigegeben hat. Da OLAF Zugangsanträge in eigener Verantwortung bearbeitet, haben wir Ihren Antrag hinsichtlich der dort freigegebenen Dokumente dorthin weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen,

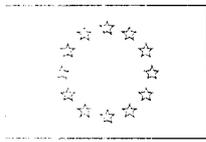


Marc Maes
stellv. Referatsleiter

GESTDEM 2011/0095 - Freigegeben aufgrund Erstantrags

Nr. gemäß Antrag	Aktenzeichen	Datum	Bezeichnung
1(1)	JUR(2010)45741	24.9.2010	Informationsvermerk
1(2)	siehe oben		E-Mail vom 30.9.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die Mailbox des Juristischen Dienstes "SJ NOTE INFO ARRET" als Anschreiben für Dokument Nr. 1(1)
6(1)	JUR(2010)45729	15.9.2010	Vermerk an GD HR und GD OP
6(2)	siehe oben		E-Mail vom 16.9.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD HR und das Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 6(1)
9(1)	KEINE	14.9.2010	E-Mail der GD HR " <i>Rechtssache F-62/09, Guido Strack - gütliche Beilegung (Anfertigung eines Ad-hoc-Arbeitszeugnisses)</i> "
11(1)	JUR(2010)45637	12.8.2010	Vermerk an GD HR, GD ENTR, GD ESTAT, EPSO und Amt für Veröffentlichungen
11(3)	siehe oben		E-Mail vom 16.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an GD HR, GD ENTR, EUROSTAT, EPSO und das Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 11(1)
12(1)	JUR(2010)45636	12.8.2010	Vermerk an EPSO
12(3)	siehe oben		E-Mail vom 13.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an EPSO als Anschreiben für Dokument Nr. 12(1)
13	Ares(2010)506034 / LETT(2010)45099	11.8.2010	Vermerk an PMO
14(1)	JUR(2010)45633	11.8.2010	Vermerk an GD ESTAT
14(3)	siehe oben		E-Mail vom 11.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an EUROSTAT als Anschreiben für Dokument Nr. 14(1)
15(1)	JUR(2010)45634	11.8.2010	Vermerk an GD ENTR
15(3)	siehe oben		E-Mail vom 11.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD ENTR als Anschreiben für Dokument Nr. 15(1)
18(1)	JUR(2010)45562	14.7.2010	Vermerk an GD HR und Amt für Veröffentlichungen
18(3)	siehe oben		E-Mail vom 15.7.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD HR und das Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 18(1)
21(1)	JUR(2010)45522	1.7.2010	Schreiben betrifft " <i>Rechtssache F-62/09 RA Guido Strack gegen Europäische Kommission</i> "
21(2)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument JUR(2010)45522 per Fax am 1.7.2010
21(3)	siehe oben		E-Mail vom 1.7.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an Herrn Wägenbaur als Anschreiben für Dokument Nr. 21(1)
21(4)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument JUR(2010)45522 nach Luxemburg am 1.7.2010
25(1)	JUR(2010)45357	20.5.2010	Brief betrifft " <i>RS F-62/09 RA Strack/Kommission der EG - Ihr Schreiben Nr. 441 vom 6. Mai 2010</i> "
25(2)	siehe oben		Bestätigung über den Versand von Dokument JUR(2010)45357 per Fax am 20.5.2010
25(3)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument 25(1) nach Luxemburg am 21.5.2010
28(1)	JUR(2010)45229	8.4.2010	Vermerk an GD HR und Amt für Veröffentlichungen
28(2)	siehe oben		E-Mail vom 8.4.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD HR und Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 28(1)
30(1)	JUR(2010)45205	29.3.2010	Brief betrifft " <i>Rechtssache F-62/09 RA Guido Strack/Europäische Kommission</i> " (deutsche und französische Fassung)
30(2)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument JUR(2010)45205 per Fax
30(3)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument Nr. 30(1) nach Luxemburg am 29.3.2010
31	JUR(2010)45188	24.3.2010	Vermerk an GD HR und Amt für Veröffentlichungen
33(1)	JUR(2009)45736	26.10.2009	Brief betrifft " <i>Rs. F-62/09, Strack / Kommission, Korrigendum zur Klagebeantwortung</i> " (deutsche und französische Fassung)
33(2)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument Nr. 33(1) nach Luxemburg am 26.10.2009
37	LETT(2009)45060	9.7.2009	Vermerk an den Juristischen Dienst, Az.: ADMMIN.B.2/LN/jmt- D(09)Recart90-546/08/17
38	JUR(2009)45535	9.7.2009	E-mail vom 9.7.2009 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die Mailbox "ADMIN MAIL B2" mit dem Antrag von Herrn Strack in der Rechtssache " <i>F-62/09 Guido Strack gegen Kommission</i> "
39	JUR(2009)45835	10.12.2009	Anschreiben für die " <i>Unterschiedlichen Verträge über Rechtsberatung SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1440 und SJ/2009/1439</i> ", die vom Juristischen Dienst an Herrn Wägenbaur gesandt wurden
40	JUR(2009)45838	9.12.2009	<i>Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1412</i>

Nr. gemäß Antrag	Aktenzeichen	Datum	Bezeichnung
41	JUR(2009)45794	20.11.2009	Anschreiben für "Verträge über Rechtsberatung SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1440 und SJ/2009/1439", die vom Juristischen Dienst an Herrn Wägenbaur gesandt wurden
42	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1411 (nicht unterzeichnet)
43	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1438 (nicht unterzeichnet)
44	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1440 (nicht unterzeichnet)
45	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1439 (nicht unterzeichnet)
46(1)	JUR(2009)45649	21.9.2009	Anschreiben für den "Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1412" , der vom Juristischen Dienst an Herrn Wägenbaur gesandt wurde
46(2)	siehe oben		Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1412
47	JUR(2009)45598	24.8.2009	E-Mail des Juristischen Dienstes an Herrn Wägenbaur zur Übermittlung von zwei Entwürfen der "Verträge Strack F-61/09 und F-62/09" zur Genehmigung
48	JUR(2009)45545	14.7.2009	E-Mail des Juristischen Dienstes an Herrn Wägenbaur zur Übermittlung des Antrags von Herrn Strack in der Rechtssache "F-62/09, Strack / Commission MESSAGE 1 SUR 2" mit der Frage, ob er den Fall übernehmen könne
49	JUR(2009)45545	14.7.2009	E-Mail des Juristischen Dienstes an Herrn Wägenbaur zur Übermittlung des Antrags von Herrn Strack in der Rechtssache "F-62/09, Strack / Commission MESSAGE 2 SUR 2" mit der Frage, ob er den Fall übernehmen könne
50	JUR(2009)000636	17.9.2009	Vollmacht
53	LETT(2010)005947	12.7.2010	Rechnung 18/2010
55	LETT(2010)05502	15.12.2009	Gebührenrechnung Nr. 2009/163
B (2)		11.8.2010	E-Mail betreffend "Rechtssache F-62/09 Guido Strack gegen Kommission - gütliche Beilegung bei der informellen Sitzung vom 6. Juli 2010"
C		11.8.2010	Austausch von fünf E-Mails betreffend "Rechtssache F-62/09 Guido Strack gegen Kommission - gütliche Beilegung bei der informellen Sitzung vom 6. Juli 2010 "



EUROPEAN COMMISSION

LEGAL SERVICE

Brussels, 14 avril 2005
JUR (2005) 30124 CL/sm

*Opinion of the Legal Service**

NOTE L'ATTENTION de M. BRÜNER

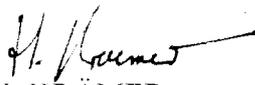
M. CHÊNE

Objet: Affaire T-04/05, Guido Strack c. Commission

Vous trouverez ci-joint la requête de M. Strack.

Nous demanderons une prolongation du délai de réponse. Vos observations éventuelles devraient nous parvenir pour le 10 mai.

Après un premier examen, nous envisageons la possibilité de soulever une exception d'irrecevabilité formelle de ce recours, sans nous prononcer sur le fond.


H. KRÄMER


C. LADENBURGER

Cc: M. Fitch (Cab. M. Kallas – avec copie de la requête mais sans ses annexes)



Bruxelles, le 17.07.2006
JUR (2006) 30384 CL/nb

NOTE D'INFORMATION

relative à une Ordonnance - Irrecevabilité du Tribunal de première instance des Communautés européennes prononcée le 22-03-2006

Domaines	PERSONNEL ET STATUT, OLAF
Affaire	T-4/05 - Guido Strack c/ Commission
Objet	Annulation de la décision de la Commission concernant une enquête de l'OLAF engagée suite aux allégations de fraude portées par le requérant
Mots-clés	Enquête, Fraude, Olaf, Whistleblowing
Dispositif	1) Le recours est rejeté comme irrecevable.2) Chacune des parties supportera ses propres dépens.
Observations	Cette ordonnance clarifie que le « <u>Whistleblower</u> », à savoir un fonctionnaire qui communique à l'OLAF des informations sur des éventuels cas de fraude ou manquements graves aux obligations des fonctionnaires, ne peut pas introduire un recours en annulation contre la décision de l'OLAF de clôturer sans suite une enquête conduite sur ces informations (ni, faudra-t-il conclure <i>a fortiori</i> , contre une décision de l'OLAF de ne pas ouvrir d'enquête).

Faits : Le requérant a informé l'OLAF par e-mail du 30 juillet 2002 de sa version des faits relative à certains comportements de fonctionnaires de l'Office des publications (auprès duquel il avait été fonctionnaire, avant de rejoindre une autre DG) et d'un prestataire extérieur qui lui paraissaient susceptibles de constituer un cas de fraude et/ou manquement grave au sens de la décision « Whistleblowing » de la Commission de 2002 (maintenant reprise en substance dans les articles 22 bis et ter du nouveau Statut). L'OLAF a ouvert une enquête interne le 18 octobre 2002 et en a informé le requérant.

Le 7 janvier 2004, le requérant a communiqué au Médiateur européen les informations qu'il avait transmises à l'OLAF. Le Médiateur a ouvert une procédure de plainte, qu'il a close le 6 juin 2005 en se déclarant incompétent pour connaître des griefs faisant l'objet du présent recours compte tenu de la procédure juridictionnelle en cours devant le Tribunal. Le Médiateur a toutefois relevé que le fait pour l'OLAF de n'avoir pas informé le requérant, en application de la décision « Whistleblowing » de la Commission (voir maintenant l'article 22 ter du statut), du délai fixé par

l'OLAF pour engager l'action qui s'imposait constituait un cas de mauvaise administration.

Par lettre du 5 février 2004, l'OLAF a informé le requérant qu'il avait décidé de clore l'enquête. Le requérant a par la suite demandé à obtenir une copie du rapport d'enquête, et l'OLAF lui a communiqué une version non confidentielle de celui-ci. Ce rapport concluait que l'enquête interne de l'OLAF n'avait pas permis d'identifier d'irrégularités et qu'il y avait donc lieu de la clore. Par son recours (précédé d'une réclamation), le requérant a demandé l'annulation de la décision de l'OLAF de clore l'enquête et le rapport final d'enquête.

Raisonnement du TPI :

Le TPI rejette comme irrecevable le recours en annulation pour absence d'acte faisant grief, en suivant le raisonnement exposé dans l'exception d'irrecevabilité soulevée par la Commission.

Il considère que la décision de l'OLAF de clore l'enquête ainsi que le rapport final d'enquête de l'OLAF sur la base duquel cette décision a été prise ne produisent aucun effet juridique contraignant à l'égard du requérant (attendu 36).

En outre, rappelant la jurisprudence constante selon laquelle un fonctionnaire n'est pas habilité à agir dans l'intérêt de la loi, le TPI relève que *« les enquêtes de l'OLAF sont exclusivement menées dans l'intérêt général de la Communauté de lutter contre la fraude et les activités illégales qui portent atteinte à ses intérêts financiers et non pour satisfaire à l'intérêt personnel d'un fonctionnaire (...) Le requérant ne saurait contester les actes attaqués en arguant de sa qualité de fonctionnaire pour prétendre faire respecter les dispositions relatives aux enquêtes internes effectuées par l'OLAF. Cela reviendrait, en effet, à priver l'OLAF des prérogatives qui lui sont reconnues par la réglementation applicable.»* (att. 37 – 39).

Le TPI ajoute un *obiter dictum*, inhabituel dans le cadre d'une ordonnance rendue suite à une exception d'irrecevabilité: *« Il convient d'ailleurs de relever que, contrairement à ce que soutient le requérant, le rapport final d'enquête du 5 février 2004 a été réalisé à l'issue d'une enquête approfondie et d'une analyse détaillée des faits en cause. ... Dès lors, c'est à tort et contrairement à ce que révèlent les faits de l'espèce que le requérant reproche à l'OLAF de ne pas avoir rempli ses obligations en matière d'enquête, qu'il soutient que les informations qu'il a fournies n'ont pas donné lieu à des suites régulières, mais ont été escamotées, et qu'il allègue que la Commission a agi de manière abusive et arbitraire. La thèse du requérant, selon laquelle la réalisation régulière de l'enquête aurait permis de constater une grave violation du droit, est dépourvue de tout fondement et de toute rationalité. Cela équivaudrait à préjuger du résultat de l'enquête en admettant comme fondées les allégations du requérant, et ce sans tenir compte des pouvoirs d'appréciation de l'OLAF dans le cadre de l'enquête interne.»* (atts. 40 – 41).

Enfin, le TPI rejette plusieurs arguments avancés par le requérant, et en particulier l'argument selon lequel la situation juridique personnelle du requérant serait affectée par les actes attaqués en ce qu'ils affecteraient les

droits du « whistleblower » consacrés par les articles 22 bis et 22 ter du statut.

« 43. En effet, il ressort de l'article 22 bis, paragraphe 3, du statut que, pour autant qu'il ait agi de bonne foi, le fonctionnaire qui a communiqué à l'OLAF des informations relatives à des comportements éventuellement répréhensibles ne subit aucun préjudice de la part de son institution. De même, le fonctionnaire qui a divulgué de telles informations aux personnes visées à l'article 22 ter, paragraphe 1, du statut, au nombre desquelles figure le Médiateur, et ce conformément aux conditions prescrites par cette disposition, ne doit pas non plus subir de préjudice de la part de l'institution à laquelle il appartient.

44. Or, contrairement à ce qu'allègue le requérant, ces garanties statutaires ne sont nullement remises en cause dans l'hypothèse où, comme en l'espèce, l'OLAF décide de clore l'enquête ouverte sur la base des informations qu'il lui a transmises. Même dans cette hypothèse, en effet, le requérant continue d'être protégé par les garanties définies par les articles 22 bis et 22 ter du statut, s'il satisfait aux conditions posées par ces dispositions, et il dispose le cas échéant des voies procédurales appropriées pour demander, sur le fondement des articles 90 et 91 du statut, à l'administration ou à défaut au Tribunal de s'assurer qu'il ne subit aucun préjudice du fait des actes attaqués de la part de l'institution à laquelle il appartient

46. Cependant, le requérant ne peut valablement soutenir que le non-respect de l'obligation de l'informer du délai fixé par l'OLAF pour engager l'action qui s'impose affecte directement et immédiatement sa situation juridique personnelle. En effet, il convient de relever que le fait que l'OLAF n'ait pas informé le requérant du délai qu'il avait fixé pour engager l'action qui s'impose, compte tenu de la complexité de l'affaire, ne lui a pas porté préjudice en tant que tel et ne l'a nullement empêché de divulguer les informations en cause au Médiateur. »

Agents de la Commission KRAEMER, LADENBURGER

Destinataires le Cabinet du Président
 le Porte-parole
 les juristes du Service



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 22 mai 2007
 JUR (07) 45367 HK/cd

NOTE D'INFORMATION

relative à une ordonnance de la Cour de justice des Communautés européennes (chambre 05) prononcée le 8 mars 2007

Domaines PERSONNEL ET STATUT / OLAF

Affaire C-237/06 P – G. STRACK

Objet Pourvoi visant à l'annulation de l'ordonnance du TPI du 22 mars 2006, Strack/Commission (T-4/05, non publiée au Recueil), par laquelle ce dernier a rejeté comme irrecevable son recours tendant, d'une part, à l'annulation de la décision de l'Office européen de lutte antifraude (OLAF), du 5 février 2004, clôturant une enquête interne (n° OF/2002/356) qui avait été ouverte suite à des allégations faites par le requérant ainsi que du rapport final d'enquête, du 5 février 2004, sur lequel repose la décision de clôture, et, d'autre part, à la réouverture de l'enquête de l'OLAF

Mots-clés Pourvoi – Fonction publique – Décision de clôturer une enquête de l'OLAF – Allégations de fraude portées par un fonctionnaire – Qualité pour agir

Juge Rapporteur : Ilešič

Avocat général : MENGOZZI

Dispositif 1) Le pourvoi est rejeté.
 2) M. Strack est condamné aux dépens.

Observations Cette affaire concerne le traitement, par l'OLAF, d'allégations de fraude portées par un (ancien) fonctionnaire à l'encontre de son (ancien) service d'affectation. L'ordonnance confirme entièrement les positions défendues par la Commission dans son mémoire n réponse au pourvoi.

a) Sur la délimitation *ratione temporis* des compétences du TPI et du Tribunal de la fonction publique de l'UE (TFP)

Le premier moyen du pourvoi était tiré de la violation de l'article 3, paragraphe 3, lu en combinaison avec l'article 4, second alinéa, de ladite décision de la décision 2004/752/CE, Euratom du Conseil, du 2 novembre 2004, instituant le TFP, qui fixent à la date d'entrée en vigueur de l'article 1er de l'annexe I du statut de la Cour de justice (soit au 12 décembre 2005) le transfert au TFP des

affaires pendantes devant le TPI. Par acte déposé le 4 juillet 2005, la Commission avait soulevé une exception d'irrecevabilité, en vertu de l'article 114, paragraphe 1, du règlement de procédure du TPI. Le 2 septembre 2005, le requérant a présenté ses observations sur cette exception et a conclu au rejet de celle-ci. Selon le requérant, le 12 décembre 2005, la procédure écrite n'était pas encore parvenue à son terme au sens de l'article 52 du règlement de procédure du TPI.

La Cour rejette ce moyen comme manifestement non fondé. Elle considère que la notion de «procédure écrite [qui] n'est pas encore arrivée à son terme», figurant à l'article 3, paragraphe 3, de la décision 2004/752, se rattache aux dispositions de l'article 52 du règlement de procédure du TPI (ci-après le "RP-TPI"), et notamment à celles prévoyant la présentation d'un rapport préalable par le juge rapporteur dans les conditions prévues au paragraphe 1 de cet article 52, à savoir après que toutes les parties intéressées ont déposé leurs observations écrites, celles-ci pouvant, selon les articles 47, 52 et 76 bis, paragraphe 2, du RP-TPI et, selon le cas, revêtir la forme d'un mémoire en défense ou d'une duplique. Ainsi, la clôture de la procédure écrite après le dépôt des observations de toutes les parties intéressées ou après la renonciation de ces dernières à leur droit de présenter une réplique ou une duplique assure le caractère contradictoire de la procédure écrite devant ce Tribunal. Il ressort de l'article 114 du RP-TPI que le TPI statue sur une exception d'irrecevabilité sur demande, introduite par acte séparé, de l'une des parties et au regard des conclusions ainsi que des arguments de fait et de droit présentés par l'autre partie. Ledit Tribunal ne poursuit donc l'examen de l'exception d'irrecevabilité qu'après le dépôt des observations écrites de toutes les parties. A l'instar de la procédure au fond, le dépôt des observations de l'autre partie intéressée sur l'exception d'irrecevabilité clôture la procédure écrite sur cette exception en vertu de l'article 114 du RP-TPI, les intérêts des parties intéressées dans le cadre d'un incident de procédure, tel que l'exception d'irrecevabilité, étant donc protégés de la même manière que dans la procédure au fond. Il s'ensuit que, la procédure écrite sur l'exception d'irrecevabilité étant arrivée à son terme par le dépôt des observations du requérant le 2 septembre 2005, soit antérieurement au 12 décembre 2005, c'est à bon droit que le TPI a considéré qu'il était compétent pour statuer sur ce litige, le fait que l'ordonnance attaquée a été rendue le 22 mars 2006 étant dépourvu de toute incidence sur sa compétence.

b) Sur la recevabilité du recours

De manière générale, la Cour confirme la jurisprudence constante selon laquelle constituent des actes faisant grief, au sens de l'article 90, paragraphe 2, du statut, seuls les actes affectant directement et individuellement la situation juridique des intéressés (voir, notamment, arrêt du 21 janvier 1987, Strogili/Cour des comptes, 204/85, Rec. p. 389, point 6; ordonnance du 16 juin 1988, Progoulis/Commission, 372/87, Rec. p. 3091, point 10, et arrêt du 3 décembre 1992, Moat/Commission C-32/92 P, Rec. p. I-6379, point 9) et que des intérêts qui font abstraction de toute lésion de la situation juridique de ceux qui les invoquent ne sauraient fonder la recevabilité d'un recours, puisqu'un fonctionnaire ou agent n'est pas habilité à agir dans l'intérêt de la loi ou des institutions et ne peut faire valoir, à l'appui d'un recours, que les griefs qui lui sont personnels. Par ailleurs, «les intérêts moraux» d'un fonctionnaire tendant à l'élucidation de la vérité et au contrôle de l'exactitude de ses déclarations ne sauraient suffire à lui reconnaître un intérêt à agir à l'encontre des actes attaqués. Il en est de même, de la prétendue atteinte à la carrière et à la santé du

requérant, laquelle n'est pas non plus de nature à rendre recevable le recours en annulation desdits actes.

Concernant, plus spécifiquement, une décision clôturant une enquête interne de l'OLAF ouverte suite à des allégations faites par un fonctionnaire (ci-après: la "décision de clôture"), la Cour rejette l'argument du requérant selon lequel la qualification d'une telle décision d'«acte faisant grief» – et donc d'acte modifiant de manière caractérisée la situation juridique de ce fonctionnaire – découlerait des articles 22 bis et 22 ter du statut, lus en combinaison avec les articles 90 et 91 du même statut ainsi qu'avec le règlement n° 1073/1999. En particulier, ne saurait donc être déduite de la protection octroyée à l'informateur par les articles 22 bis et 22 ter du statut une "garantie individuelle" voire un droit, pour les informateurs, que les informations données donneront lieu à l'ouverture et à l'exécution en bonne et due forme d'une enquête de l'OLAF. De même, l'omission d'informer le fonctionnaire ayant transmis lesdites informations dans le délai prescrit de 60 jours du déroulement de l'enquête diligentée à la suite des informations qu'il a fournies (cf. article 22 ter, paragraphe 1, sous b), du statut) ne constitue pas un acte faisant grief mais a seulement pour conséquence que l'informateur a la possibilité de transmettre les informations relatives à un comportement éventuellement répréhensible à l'une des personnes visées à l'article 22 ter, paragraphe 1, du statut, sans qu'une telle transmission soit susceptible de causer un préjudice à ce fonctionnaire. Le même raisonnement vaut pour la notion d'«action qui s'impose» en vertu de l'article 22 ter, paragraphe 1, du statut, qui ne comporte aucune «obligation de l'OLAF à l'égard du dénonciateur d'engager une action dans le cadre d'un bon exercice de son pouvoir d'appréciation et susceptible de représenter un traitement convenable des faits rapportés par le dénonciateur». De même, des prétendues irrégularités commises lors de l'enquête interne, à les supposer même établies, ne sauraient conduire à considérer qu'une décision de clôture fait grief à l'informateur, car ce serait admettre que les allégations de ce dernier sont fondées, et ce en méconnaissance du pouvoir d'appréciation qui est celui de l'OLAF au cours d'une telle enquête. Des préjudices éventuels causés tant à la santé psychique qu'à la réputation de l'informant en le faisant apparaître, en raison du fait que l'OLAF n'aurait pas donné la suite qui s'imposait aux informations qu'il lui avait fournies, comme quelqu'un qui a accusé des tiers à tort ne permettent pas non plus de reconnaître qu'une décision de clôture constitue un acte faisant grief à l'informateur. Finalement, des éventuels vices de procédure dont une décision de clôture pourrait être entachée ne sont pas de nature à conférer à celle-ci le caractère d'«acte faisant grief», au sens des articles 90, paragraphe 2, et 91, paragraphe 1, du statut.

Quant au droit à une protection juridictionnelle, celui-ci est invoqué par le requérant en vue de contester l'éventuelle illégalité de la décision litigieuse dans le cadre d'un recours postérieur concernant les perspectives de carrière de l'intéressé et, notamment, sa notation et sa promotion. La Cour rappelle sa jurisprudence constante selon laquelle les conditions de recevabilité des recours doivent être interprétées à la lumière du principe d'une protection juridictionnelle effective en tenant compte des diverses circonstances qui sont de nature à individualiser un requérant, mais qu'une telle interprétation ne saurait aboutir à écarter la condition selon laquelle une personne physique ou morale ne peut former un recours contre une décision que si elle est concernée non seulement directement, mais également individuellement, condition qui est expressément prévue par le traité CE (arrêts du 25 juillet 2002, *Unión de Pequeños Agricultores/Conseil*, C-50/00 P, Rec. p. I-6677, point 44, et du 1er avril 2004, *Commission/Jégo-Quéré*, C-263/02 P, Rec. p. I-3425, point 36). Ainsi, les conditions de recevabilité d'un recours en annulation ne sauraient être

écartées en raison de l'interprétation que fait le requérant du droit à une protection juridictionnelle effective.

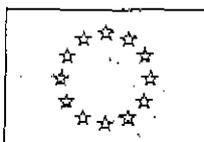
Concernant l'obligation pour le TPI de motiver ses décisions, la Cour rappelle que cette obligation ne saurait être interprétée comme impliquant que celui-ci soit tenu de répondre dans le détail à chaque argument invoqué par le requérant, en particulier s'il ne revêt pas un caractère suffisamment clair et précis et ne repose pas sur des éléments de preuve circonstanciés (voir arrêt Connolly/Commission, point 121).

En ce qui concerne le principe de protection de la confiance légitime afin de bénéficier d'un prétendu droit à l'exécution en bonne et due forme d'une enquête de l'OLAF, invoqué par le requérant dans le but de démontrer que le TPI a commis une erreur de droit en ne pas prendre en compte ce grief pour l'analyse des critères requis pour l'appréciation de l'existence d'un «acte faisant grief», la Cour estime que, eu égard aux prérogatives reconnues à l'OLAF, même dans l'hypothèse où des assurances, qui incluraient implicitement l'exécution en bonne et due forme d'une enquête par l'OLAF, auraient été données au requérant, de telles assurances ne pourraient faire naître chez ce dernier des espérances fondées. Par conséquent, l'argument tiré de la fourniture d'assurances qui incluraient implicitement le droit à l'exécution en bonne et due forme d'une enquête de l'OLAF est sans pertinence pour apprécier la recevabilité des arguments du requérant.

De même, le devoir d'assistance à son égard en vertu des articles 12 bis et 24 du statut, n'implique pas le droit d'un fonctionnaire à l'exécution en bonne et due forme de l'enquête interne.

Agents de la Commission KRAEMER, LADENBURGER

Destinataires le Cabinet du Président (Mme Martinez Alberola)
 le Cabinet de M. le Vice-Président Kallas (M. Fitch)
 le Secrétariat général (Mme Claeys Bouuaert)
 la DG ADMIN
 l'IDOC (M. Van Lier)
 l'OLAF
 le Porte-parole
 les juristes du Service

RESTREINT UE

COMMISSION EUROPÉENNE
 Secrétariat Général

Le Secrétaire général

Ce document a été
 déclassé par décision
 du Secrétaire général

Le 23/02/2005

Bruxelles, le 04-03-2004
 SG/DOS/SSP/D(2004) 1908

NOTE A L'ATTENTION DE M. BRÜNER
DIRECTEUR GENERAL DE L'OLAF

Objet: Rapport final d'enquête interne OLAF: affaire OF/2002/0356
(«Alleged misadministration of contract in OPOCE»)
 Votre note 2456 du 19 février 2004, enregistrée SG A/1938

Flam.

Je vous remercie pour votre courrier susmentionné me communiquant le rapport final relatif à l'enquête reprise en objet. Selon ce rapport, aucun élément à charge ne pouvant être retenu à l'encontre des personnes concernées, l'enquête a été classée sans suite.

Vous me communiquez également avoir informé de la clôture de cette enquête le Vice-président KINNOCK et M. COX, Président du Parlement européen; ainsi que M. LAZARO, Président de la Cour de Comptes; M. VAN LIER, Directeur de l'IDOC; M. BARNETT, Chef de l'unité B2 de la DG ADMIN et M. STRACK, plaignant.

J'ignore cependant si vous avez avisé, comme prévu par la décision de la Commission du 2 juin 1999¹, les fonctionnaires ou agents de l'OPOCE mis en cause. Je vous saurais gré de bien vouloir m'en informer.

David O'Sullivan

David O'SULLIVAN

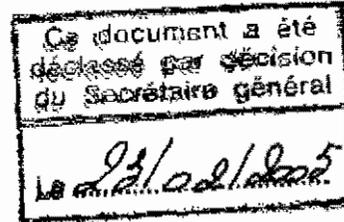
Copies (avec annexe): M. Kinnock,
 Mmes Reding et Schreyer,
 MM. Reichenbach et Cranfield

¹ Article 5 de la Décision de la Commission du 2 juin 1999 relative aux conditions et modalités des enquêtes internes en matière de lutte contre la fraude, la corruption et toute autre activité illégale préjudiciable aux intérêts des Communautés (1999/396/CE, CECA, Euratom).

RESTREINT UE

RESTREINT UE**COMMISSION EUROPÉENNE**
SECRETARIAT GÉNÉRAL

Le Secrétaire général

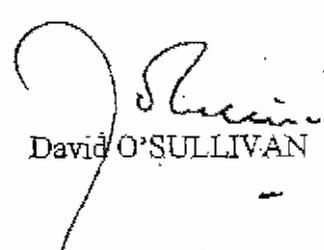
Bruxelles, le 01-03-2004
SG/DOS/SSP/D(2004) 1908

NOTE A L'ATTENTION DE
M. KINNOCK, VICE-PRESIDENT,
MMES REDING ET SCHREYER, MEMBRES DE LA COMMISSION,
M. REICHENBACH, DIRECTEUR GENERAL DE LA DG ADMIN,
M. CRANFIELD, DIRECTEUR GENERAL DE L'OPOCE

Objet : Rapport final d'enquête interne OLAF: affaire OF/2002/0356
(«Alleged misadministration of contract in OPOCE»)
Note de l'OLAF 2456 du 19 février 2004, enregistrée SG A/1938

Conformément au «Memorandum of Understanding» entre l'OLAF et la Commission relatif au code de conduite concernant les échanges d'informations, je vous prie de bien vouloir trouver ci joint copie du rapport final de l'OLAF concernant le classement sans suite de l'enquête mentionnée en objet, ainsi que de l'accusé de réception que je lui ai réservé.

Dans le cadre de la mise en œuvre du «Memorandum of Understanding» entre l'OLAF et la Commission, je vous prie de bien vouloir traiter ces informations de manière confidentielle.


David O'SULLIVAN

Copie: M. Brüner, Directeur général de l'OLAF

Annexes: 2

RESTREINT UE

Commission européenne, B-1049 Bruxelles - Belgique. Téléphone : (32-2)299.11.11.
Bureau : BREY 11/100. Téléphone : ligne directe (32-2)295.09.43. Télécopieur : (32-2)299.32.29

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general



PETER HUSTINX
SUPERVISOR

Mr Guido STRACK
Tanusstrasse 29a
D-51105 Köln

Brussels, 30 October 2006
PH/ab D(2006)1145 C 2006-0390

Dear Mr Strack,

I am writing, further to my letter of 13 October and email message of 27 October, to inform you about my decision as to your request for access to documents in our files, as submitted under point 5 of your letter of 28 July 2006.

Earlier than expected, I can now also inform you about my conclusion and decision as to your request for revision of 28 July 2006, under points 1 to 4, about the way in which the first part of your initial complaint of 9 March 2006 has been dealt with. This part of your initial complaint relates to the fact that you were not allowed access to certain documents relating to you at the European Commission PMO.

For practical purposes, I will first deal with your complaint, and subsequently with your request for access. However, let me also mention that the second part of your initial complaint is currently still under investigation. A conclusion as to this part of your complaint is likely to be reached by mid November. In any case, you will be informed about this conclusion as soon as possible.

1. Access to documents at PMO (first part of initial complaint)

As mentioned in my letter of 13 October, I have requested PMO to send me a copy of the full text of any documents – relevant in the context of your request for revision – to which you were not granted access.

It has become quite clear to me, that this part of your initial complaint is focussed on the medical report by Dr Helmer. At the time of your visit to PMO on 2 March 2006, this report was only available in a preliminary version and still waiting for input from a medical expert. Meanwhile, the report has been submitted in a final version. After a careful scrutiny of this final report, I have found no reason why you should not be allowed full access to it. Therefore, I will recommend to PMO to provide such access as soon as possible, and I have reasons to believe that PMO will follow this recommendation.

Postal address: rue Wiertz 60 - B-1047 Brussels

Offices: rue Montoyer 63

E-mail : cdps@cdps.europa.eu - Website: www.cdps.europa.eu

Tel.: 02-283 19 00 - Fax : 02-283 19 50

As to the preliminary version, let me point out here that Article 13 of Regulation (EC) 45/2001 provides for a right of the data subject to have access to personal data relating to him. However, Article 20 of the Regulation also provides for restrictions of this right, if the conditions for such restrictions have been fulfilled. If a restriction is relied upon to deny access to the data subject, it is the task of the European Data Protection Supervisor (EDPS), according to Article 20 (4), to investigate, in full confidentiality, whether the relevant provisions have been respected.

Some of the conditions for imposing a restriction may also be relevant in situations, such as yours, where a medical report is being prepared about the question whether someone's physical or mental condition is related to professional circumstances, more specifically whether a certain condition qualifies for recognition as an occupational disease. This may in particular be the case if that report is available in a preliminary version, reflecting only a part of the work considered necessary to reach a conclusion on the issue.

It was against this particular background that our letter of 27 July 2006 mentioned that your personal data had been processed correctly. This letter did not contain a detailed analysis of the relevant provisions, because this was not felt relevant or appropriate at that time. However, circumstances have changed, and I will now also recommend to PMO to reconsider carefully whether there still is a sufficient need to restrict access to the preliminary version of the report.

Finally, it should be noted that transmission to a medical doctor, of the staff member's choice, is standard procedure at PMO when the report is of a sensitive nature. This is a general rule which is applicable to all staff members in such cases and which PMO intends to follow in your case as well, in accordance with Article 20(1)(c) of the Regulation, which provides for restrictions necessary to prevent undue harm of the data subject. There is no reason to think that this would be inappropriate in your case.

Let me also mention that Article 46 sub (a) of Regulation 45/2001 contains a duty for the EDPS to hear and investigate complaints, and to inform the data subject of the outcome within a reasonable period. Article 32(2) provides furthermore that in the absence of a response of the EDPS within six months, the complaint shall be deemed to have been rejected. This latter provision is designed to enable a complainant to take further steps, if a response within six months has not been given. However, the way in which your complaint of 9 March 2006 has been dealt with has remained well within these limits. This also applies to the second part of that complaint since you have been informed at regular intervals about its progress.

Your letter of 28 July also points at the fact that our letter of 27 July to you has been marked as confidential. This was only aiming at third parties and not intended to limit you in any way.

2. Request for access to documents at EDPS

As to your request for access to documents in our files, let me mention first that your reference to Article 255 of the EC Treaty and therefore implicitly also to Regulation 1049/2001, suggests that it should be considered as a request for *public* access under these provisions. If such a request relates to sensitive personal files, it is likely to meet certain restrictions, especially those designed to protect the privacy of individuals to whom these documents relate. However, if a request is made by a data subject and is designed to exercise his right of access under Article 13 of Regulation 45/2001, it should be considered

accordingly, unless special circumstances indicate otherwise. Therefore, I have decided to deal with your request in a way most favourable to your position.

Case 2006-0120

As to our case file relating to your complaint of 9 March 2006, we have distinguished three categories of documents:

a. documents exchanged between yourself and my office

These documents will not be made available to you, since they are already in your possession. A detailed list of these documents is laid down in annex A.

b. documents exchanged between my office and PMO

These documents are relevant for the investigation of your complaint. As to the first part of your complaint, some elements have been received under strict confidentiality. As to the second part of your complaint, the investigation is still ongoing. Most of these elements have been excluded from access, because they are covered either by Article 4(2) of Regulation 1049/2001 or the confidentiality which is inherent in the role of the EDPS further to Article 20(4) of Regulation 45/2001. This obligation is expressed in Article 45 of Regulation 45/2001. Disclosing them would undermine the supervisory task of the EDPS. A further decision will be taken as soon as the second part of your complaint has been dealt with.

All other documents or relevant parts are attached and have been listed in annex A. In some cases you have had access to certain documents before. In such cases they have not been attached again.

c. documents for internal use within my office

These documents are excluded from access, because they are covered by Article 4(3) second paragraph of Regulation 1049/2001 or Article 45 of Regulation 45/2001. This relates to documents containing opinions for internal use as part of deliberations and preliminary consultations within the institution. Disclosing them, either now or at a later stage, would seriously undermine the decision making process. However, please note that relevant elements have been included in the final versions of documents sent to you earlier or made available now.

Case 2005-0015

As to our case file on your complaint of 26 January 2005, we have distinguished two categories of documents:

a. documents exchanged between yourself and my office

These documents will not be made available to you, since they are already in your possession. A detailed list of these documents is laid down in annex B.

b. documents for internal use within my office

These documents are excluded for similar reasons as mentioned above. However, please note again that relevant elements have been included in the final versions of documents sent to you earlier.

Finally, it should be noted that a preliminary evaluation of your complaint in this case led to the conclusion that no further action should be taken. As you know, a copy of our letter of 19 May 2005 has been sent to the Data Protection Officers of the European Commission and OLAF for their information. Other documents have not been exchanged in this case.

3. Conclusions

The preceding considerations lead to the following conclusions and decisions:

- Your complaint of 28 July 2006, as to the first part of your initial complaint, is partially justified in view of present circumstances. PMO will be recommended to provide access to the final version of the report by Dr. Helmer, and to reconsider whether there still is a sufficient need to restrict access to the preliminary version of the report (see point 1).
- Your request for access to documents in case files 2006-0120 and 2005-0015 will be granted in part (see point 2 and annexed documents). A further decision will be taken when the second part of your initial complaint in case 2006-0120 has been dealt with.

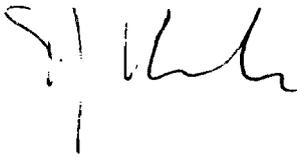
If you do not agree with these decisions, you could take the following actions.

As to the decision on your request for revision, you could ask the Court of First Instance to annul it. This should be done within two months after you received this decision.

As to the decision on your request for access to our case files, you could ask for reconsideration. This should be done within 15 working days of receiving this letter.

A copy of this letter and annex A has been sent to PMO and the Data Protection Officer of the European Commission for their information.

Sincerely yours,



Peter HUSTINX

Annex A – Case file 2006-0120

Documents exchanged between Mr Strack and EDPS (already available)

09 Mar 2006 Email Mr. Strack to EDPS sent at 08:09
06 Apr 2006 Email Mr. Szabó to Mr. Strack sent at 11:07
06 Apr 2006 Email Mr. Strack to Mr. Szabó sent at 17:31 with attachments
25 June 2006 Email Mr. Strack to Mr Szabó sent at 12:05 with attachments
27 June 2006 Email Mr. Szabó to Mr. Strack sent at 12:35
27 July 2006 Letter Mr Bayo Delgado to Mr Strack

Documents exchanged between EDPS and PMO (if made available)

15 May 2006 Letter Mr Bayo Delgado to Director PMO
02 June 2006 Letter PMO to Mr Bayo Delgado *
27 July 2006 Letter Mr Bayo Delgado to PMO *
07 Sep 2006 Letter PMO to Mr Bayo Delgado with annexes *
13 Sep 2006 Fax PMO to Mr Szabó
04 Oct 2006 Letter Mr Hustinx to PMO

* made available only partially

Annex B – Case file 2005-0015

Documents exchanged between Mr Strack and EDPS (already available)

26 Jan 2005 Letter Mr. Strack to EDPS with 7 annexes (EN/DE)
26 Jan 2005 Email Mr. Strack to EDPS sent at 08:35
16 Mar 2005 Letter Mr. Sjönell to Mr. Strack
19 May 2005 Letter Mr. Sjönell to Mr. Strack
20 May 2005 Email Mr. Strack to Mr. Sjonell sent at 21:40
23 May 2005 Email Mr. Sjönell to Mr. Strack sent at 08:52
23 May 2005 Email Mr. Strack to Mr. Sjönell sent at 11:52
23 May 2005 Email Mr. Sjönell to Mr. Strack sent at 14:47
23 May 2005 Email Mr. Strack to Mr. Sjönell sent at 16:46
27 May 2005 Letter Mr. Sjönell to Mr. Strack



EUROPEAN DATA
PROTECTION SUPERVISOR

JOAQUIN BAYO DELGADO
ASSISTANT SUPERVISOR - LE CONTROLEUR ADJOINT

Mrs Dominique DESHAYES
Director
Office for administration and payment of
individual entitlements
European Commission
BRU SC27 04/020
B-1049 Brussels

Brussels, 15 May 2006
JBD/kt/ D(2006) 482 C 2005-0015

Dear Mrs Dominique Deshayes,

The European Data Protection Supervisor is currently dealing with a complaint regarding denial of access to and transfer of personal data. Mr. Guido Strack lodged a complaint with the EDPS concerning data processing carried out by the Office for administration and payment of individual entitlements (PMO). He claims that the PMO has denied him full access to his personal data processed by the PMO. He was also not allowed to make notes or copies of the documents relating to him. Further he states that the PMO has unlawfully transferred his health related data to the private insurance company AXA-Belgium.

On the basis of Article 41 (2) of the Regulation (EC) No 45/2001 of the European Parliament and of the Council, the EDPS is responsible for monitoring and ensuring the application of the provisions of that Regulation and any other Community act relating to the protection of the fundamental rights and freedoms of natural persons with regard to the processing of personal data by a Community institution or body. The EDPS is obliged to hear and investigate complaints and inform the data subject of the outcome within a reasonable period in accordance with Article 46 (a) of the Regulation.

On the basis of Article 47 (2) a) of the Regulation the EDPS has the power to obtain from a controller or Community institution or body access to all personal data and to all information necessary for his enquiries. PMO is in charge of dealing with pensions, sickness and accident insurance, pensions and relations with former staff. Because the PMO is considered to be the controller in the context of this complaint I address this letter to you.

Adresse postale: rue Wiertz 60 - B-1047 Bruxelles

Bureaux: rue Montoyer 63

E-mail : edps@edps.eu.int - Site Web: www.edps.eu.int

Tél.: 02-283 19 00 - Fax : 02-283 19 50

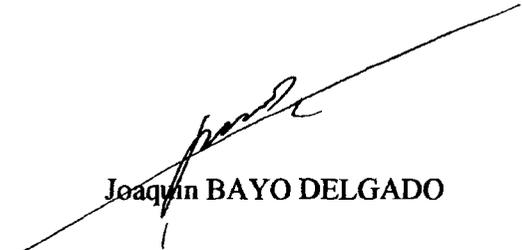
In order to assess the merits of the complaint we would appreciate your answers to the following questions:

- Is the complainant in your view correct in stating that he was denied to have a full access to the documents in possession of the PMO and that he was not permitted to take copies of the documents in question ?
- If he was not provided with full access to documents or data, relating to him, which documents and/or data were not shown to him ?
- Why did you deny access to documents/data if it was the case ?
- Does the PMO process the medical statement from Dr. Helmer, referred to by the complainant ? Is the PMO in possession of other documents containing personal data relating to the complainant stemming from the correspondence between the doctor, the Commission and AXA-Belgium insurance company ?
- As Mr. Strack has stated that he had no access to these documents, what was the reason for doing so, if you have denied access to them ?
- According to the complainant, the PMO has transferred the complainant's health-related data to AXA-Belgium. If so, which data, relating to the complainant, were transferred to the insurance company and what was the purpose of the transfer ?

I would appreciate receiving your reaction, including any additional comments that you may find useful, within six weeks after this letter.

If any part of your comments should be regarded as confidential, please indicate this clearly and give reasons, so that these parts could be dealt with accordingly, where appropriate.

Best regards,



Joaquin BAYO DELGADO



EUROPEAN COMMISSION
OFFICE FOR THE ADMINISTRATION AND SETTLEMENT OF INDIVIDUAL
ENTITLEMENTS

PMO.3 - Sickness and accident insurance

-> Endre



Brussels, 2nd June 2006
PMO.3/LP/Is D(2006) 13484

EDPS - Incoming mail
DATE: 20.06.2006
DR: A- 939
CR: 2006-0120
U/EO: JBD

M. J. Bayo Delgado
European Data Protection
Supervisor
rue Montoyer 63
1047 Bruxelles

Subject: Complaint of pens. n°134756 regarding to a denial of access to and the transfer of personal data

Dear Sir,

With reference to your letter of 15 May 2006 regarding the complaint lodged by Mr Guido Strack, please find below the responses to the questions which you posed to PMO.

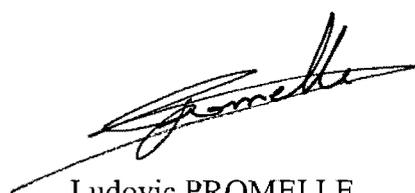
Mr Strack visited our offices on 2 March 2006 and was shown the complete file held by PMO. He was not permitted to make photocopies (see below).

The file Mr Strack asked (and was given) access to, concerns his request under Article 73 of the Staff Regulations (recognition of occupational disease).

Dr Helmer, one of the Commission's medical officers, has examined Mr Strack.

Please do not hesitate to contact me should you require further information.

Yours faithfully,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ludovic Promelle', written in a cursive style with a long horizontal stroke extending to the right.

Ludovic PROMELLE
Head of Unit

Copy : Mrs. D. Deshayes – Director PMO



EUROPEAN DATA
PROTECTION SUPERVISOR

JOAQUIN BAYO DELGADO
ASSISTANT SUPERVISOR

Mr Ludovic PROMELLE
Head of Unit
The European Commission
(PMO)
BRU-SC27 03/056
B-1049 Brussels

STAFF MATTER

Brussels, 27 July 2006
JBD/ES/ktl/ D(2006)808 C 2006-0120

Dear Mr PROMELLE,

Thank you for your letter of 2 June 2006 in which you provided useful information about Mr Strack's complaint.

As I already explained in my letter, Mr Strack lodged a complaint with the EDPS on two grounds. First he complained that his request for access to his personal file and other documents containing his personal data had been denied with respect to some of the documents on file. Second, he also complained that his personal data have been unlawfully transferred to the private insurance company AXA, in violation of Article 10 of the Regulation No 45/2001.

"An official shall have the right, even after leaving the service, to acquaint himself with all the documents in his file and to take copies of them" - as provided in Article 26 of the Staff Regulations. Right of access is also foreseen in Article 13 of the Regulation (EC) No 45/2001. This right, however, can be limited if one of the conditions listed in Article 20 so requires.

The report about Mr Strack's state was still being prepared at the time when the PMO responded to EDPS' request for further information. Considering the sensitive nature of the case, the EDPS does not find the restriction of the complainant's right of access unlawful. The EDPS recognises that the restriction applied in accordance with Article 20 (1) (c) was justified on grounds that it aimed to protect the mental health of the data subject. We have answered the data subject bearing in mind the specificity of this restriction.

Postal address: rue Wiertz 60 - B-1047 Brussels

Offices: rue Montoyer 63

E-mail : edps@edps.europa.eu - Website: www.edps.europa.eu

Tel.: 02-283 19 00 - Fax : 02-283 19 50

Therefore regarding the first point of the complaint, the EDPS has closed its investigation and informed the complainant as follows:

The EDPS reviewed the legal position of the European Commission PMO and concluded that your personal data had been processed correctly. The European Commission PMO has confirmed the information included in your complaint that Dr. Helmer is preparing a medical certificate about your state. They added, however, that there is no final document available yet.

The EDPS draws your attention to the standard procedure in similar cases: once the report is finalised, you should be provided access via your doctor without delay. We request the controller to inform you about the moment you can have access as soon as possible.

Finally, if any part of your comments should be regarded as confidential, please indicate this clearly and state the reasons therefore, so that these parts could be dealt with accordingly, where appropriate.

Best regards,



Joaquín BAYO DELGADO

Cc : Mr. Philippe RENAUDIERE, Data Protection Officer, European Commission



EUROPEAN COMMISSION
OFFICE FOR THE ADMINISTRATION AND SETTLEMENT OF INDIVIDUAL
ENTITLEMENTS

PMO.3 - Sickness and accident insurance



EDPS - Incoming mail

DATE: 22.09.2006

DR: A- 1414

CR: 2006.0120

UIEO E2

Brussels, 07/09/06
PMO.3/LP D(2006) 20051

M. J. Bayo Delgado
European Data Protection
Supervisor
rue Montoyer 63
1047 Bruxelles

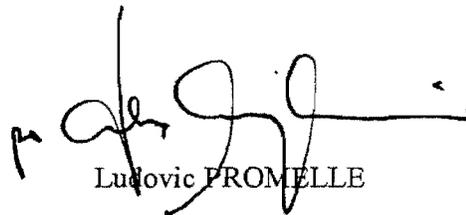
Subject: Complaint regarding denial of access to and transfer of personal data

Dear Sir,

With reference to your letter of 27 July 2006, you will find enclosed an overview of the documents held in Mr. Strack's file, which include the correspondence with AXA Mr Strack has had access to all of these documents when he consulted his file in our offices on 2 March 2006. You will also find enclosed a copy of the contract between PMO and AXA, which unfortunately only exists in French. Please note that Mr. Strack has already received a copy of this contract through a procedure lodged under Regulation 1049/2001.

I would also like to draw your attention to the fact that Mr. Strack has lodged a new procedure under Regulation 1049/2001 and is now requesting access to the correspondence exchanged between my service and yourself. I enclose a copy of the reply that was sent to Mr Strack, in which we denied access to this correspondence as we are of the opinion that Regulation 1049/2001 cannot be applied to documents that are exchanged in view of a procedure under Regulation 45/2001 (application of the exception of art. 4(1)(b) of Regulation 1049/2001).

Yours sincerely,



Ludovic PROMELLE

c.c.: Ms. D. Deshayes - Director PMO
Mr. P. Renaudiere

Commission européenne, B-1049 Bruxelles / Europese Commissie, B-1049 Brussel - Belgium. Telephone: (32-2) 299 11 11.
Office: Sc-27 03/56. Telephone: direct line (32-2) 292954451. Fax: (32-2) 292956639.

E-mail: ludovic.promelle@ec.europa.int

1. Letter of PMO to AXA of 09.03.2005 – Notification of the request entered by Mr Strack
2. Letter of PMO to Dr. Jadot of 09.03.2005 – Notification of the request entered by Mr Strack
3. Letter of PMO to IDOC of 01.07.2005
4. Second letter of PMO to Dr Jadot of 01.07.2005
5. Letter of PMO tot AXA of 04.07.2005 – Communication of information on the file transmitted to IDOC
6. Letter from Dr. Jadot to PMO of 11.07.2005 – Information on Mr. Strack's request
7. Letter of PMO to AXA of 28.07.2005 – Communication of the information received from Dr. Jadot
8. Letter of AXA to PMO of 05.08.2005 – Confirmation of receipt of the request
9. Letter of AXA to PMO of 30.09.2005 – Second confirmation of receipt
10. Exchange of e-mails between AXA and PMO on an administrative matter (the reference number to be used) of November 2005
11. Letter of IDOC to PMO of 06.02.2006
12. E-mail of Dr. Helmer to PMO of 21.02.2006



EUROPEAN COMMISSION
OFFICE FOR THE ADMINISTRATION AND SETTLEMENT OF INDIVIDUAL
ENTITLEMENTS



PMO.3 - Sickness and accident insurance

Brussels, 13th September 2006
PMO/3/ls D(2006)

FAX

To:	M. Szabo European Data Protection Supervisor	Telephone:	
		Fax:	02/283.19.50
From:	Laurence SCHOLLAERT PMO/3 Sc-27 03/53	Telephone:	(32-2) 2969622
		Fax:	(32-2) 2956639
Number of pages:	2		
Subject:	Reply from Mr. Promelle		

Message:

Dear Mr. Szabo,

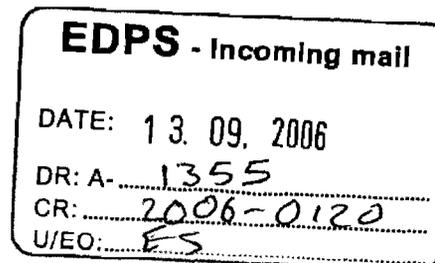
Following our telephone conversation, please find hereafter a minute of the letter that we sent to Mr. Bayo Delgado.

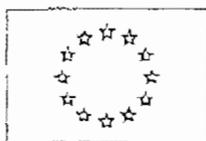
Best Regards

Laurence SCHOLLAERT

Contact:

Laurence SCHOLLAERT, Telephone:(32-2) 2969622





EUROPEAN COMMISSION
OFFICE FOR THE ADMINISTRATION AND SETTLEMENT OF INDIVIDUAL
ENTITLEMENTS

PMO.3 - Sickness and accident insurance



Brussels, 07/09/06
PMO.3/LP D(2006) 20051

M. J. Bayo Delgado
European Data Protection
Supervisor
rue Montoyer 63
1047 Bruxelles

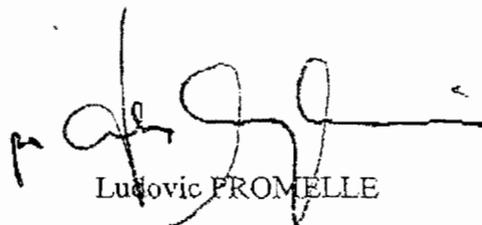
Subject: Complaint regarding denial of access to and transfer of personal data

Dear Sir,

With reference to your letter of 27 July 2006, you will find enclosed an overview of the documents held in Mr. Strack's file, which include the correspondence with AXA. Mr. Strack has had access to all of these documents when he consulted his file in our offices on 2 March 2006. You will also find enclosed a copy of the contract between PMO and AXA, which unfortunately only exists in French. Please note that Mr. Strack has already received a copy of this contract through a procedure lodged under Regulation 1049/2001.

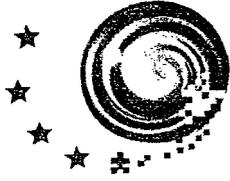
I would also like to draw your attention to the fact that Mr. Strack has lodged a new procedure under Regulation 1049/2001 and is now requesting access to the correspondence exchanged between my service and yourself. I enclose a copy of the reply that was sent to Mr. Strack, in which we denied access to this correspondence as we are of the opinion that Regulation 1049/2001 cannot be applied to documents that are exchanged in view of a procedure under Regulation 45/2001 (application of the exception of art. 4(1)(b) of Regulation 1049/2001).

Yours sincerely,



Ludovic PROMELLE

c.c.: Ms. D. Deshayes - Director PMO
Mr. P. Renaudiere



EUROPEAN DATA
PROTECTION SUPERVISOR

PETER HUSTINX
SUPERVISOR

Mr Ludovic PROMELLE
Head of Unit
PMO
European Commission
BRU-SC27 03/056
B-1049 Brussels

Brussels, 4 October 2006
PH/ES/ab D(2006)1014 C2006-0120

Dear Mr Promelle,

Thank you for your letter of 7 September 2006 which we have read carefully. I would now like to request some further information so that we can come to a conclusion in our investigation.

We have reviewed the contract between the European Commission and AXA Royale Belge insurance company. The contract indeed includes provisions regarding information to be handed over to AXA. The knowledge of the contractual clauses set forth in the agreement is useful. However, we also need to know whether the data transfer has been carried out according to the relevant provisions. Therefore, in accordance with Article 47(2)(a) of Regulation (EC) No 45/2001, I kindly request you to make available to us a copy of all the documents and their annexes sent by the PMO to AXA, that contain data on Mr. Strack.

As regards the other point of Mr. Strack's complaint, I want to inform you that he has asked for reconsideration of the decision taken on this part of his complaint, namely his access to the report on him. To be able to assess the merits of Mr. Strack's new request and on the same legal basis, I also request you to send us a copy of the full text of the report to which the complainant was not granted access (including any annexes and attachments).

We expect to receive all documents referred to above at your earliest convenience, but not later than two weeks after this letter (i.e. latest by 18 October).

Finally I would like to ask you to apply all necessary security measures when sending the requested documents to us, in order to ensure continued full confidentiality.

Thank you for your cooperation.

Best regards,

Peter HUSTINX

cc: Mr Philippe RENAUDIÈRE, Data Protection Officer, European Commission

Postal address: rue Wiertz 60 - B-1047 Brussels
Offices: rue Montoyer 63
E-mail : edps@edps.europa.eu - Website: www.edps.europa.eu
Tel.: 02-283 19 00 - Fax : 02-283 19 50



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1411

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wagenbaur,
Cabinet d'avocats Kemmler Rapp Böhlke
 Rond-Point Schuman 9/9
 1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-61/09 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - Objet du contrat:

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, ci-après « les agents » de la Commission.

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 7.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte Nr. [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

B

5.000 € pour la procédure écrite

2.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à ... Bruxelles, le ... 9/12/2009 et en double exemplaire

Pour la Commission

Pour le Contractant

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations effectivement jouées jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement - Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service Juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter le TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 - Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 - Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde.

Article 11 - Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.

B



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1438

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

**Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhlke*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles**

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-118/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - Objet du contrat:

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 8.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte Nr. [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

B

7.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

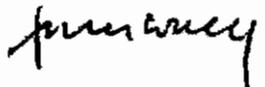
Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

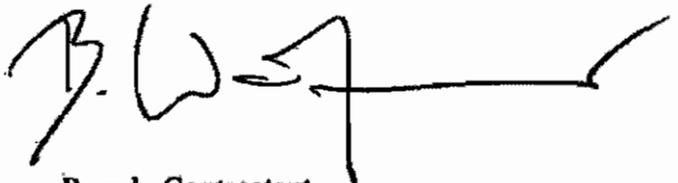
B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à Bruxelles, le 9/12/2009 et en double exemplaire


Pour la Commission


Pour le Contractant

B

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contra les intérêts des institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, le totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement - Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 - Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'événement signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 - Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde.

Article 11 - Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurent dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.

.....

18



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhlke*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-121/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - Objet du contrat:

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 4.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte Nr. [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

3.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

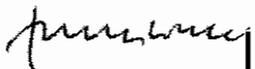
Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

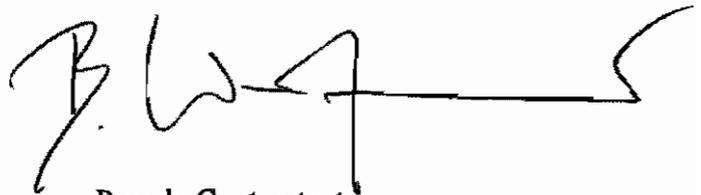
3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à Bruxelles, le 9/12/2009 et en double exemplaire



Pour la Commission



Pour le Contractant

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'Intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement – Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 – Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 – Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 – Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1440

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhlke*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-132/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - **Objet du contrat:**

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 5.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte Nr. [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

4.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

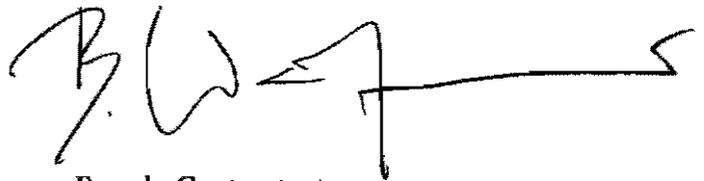
3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à Bruxelles, le 9/12/2009 et en double exemplaire



Pour la Commission



Pour le Contractant



CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement – Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 – Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendamment de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 – Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 – Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.

From: LORENZ Norbert [norbert.lorenz@europarl.europa.eu]
Sent: lundi 16 novembre 2009 14:47
To: FEKETE CSILLA (CONSIL); COSTA DE OLIVEIRA Piedade (SJ); MAES Marc (SG); ITURRITZA FERNANDEZ DE LANDA Maria Isabel (SJ); CAUS GALVEZ Maria Jesus (EP); THOMSEN JAKOB (CONSIL); TEN DAM Caroline (SJ)
Cc: JANSSEN MICHELINE (CONSIL); RUFAS QUINTANA Jose Luis (EP); CHRIST Marinus (SJ); BALSEIRO Margarida (SG)
Subject: RE: Re(2): Re(2): Re(2): demandes de M. [REDACTED] / Coordination réponses
Attachments: Défense C-301-06 signed.pdf; Rejoinder signed.pdf; Observations-EP-C-301-06.pdf



Défense C-301-06
signed.pdf (1...



Rejoinder



Observations-EP-C-
301-06.pdf (...

Csilla,
please find annexed the EP's documents lodged in case C-301/06 in a format (i.e. without handtaken signature) which you can disclos in reply to the request of Mr. [REDACTED]. In our opinion, no exception of Reg. 1049/2001 applies. However, I would like to draw your attention to Annexes 1 and 2 of the Rejoinder which are based on information provided by the Council. For us, there is no reason not to disclose them but, maybe, the Council has a different analysis of this document.
Norbert

Norbert LORENZ
Parlement européen / European Parliament
Service juridique / Legal Service
KAD 6 C 009
L-2929 Luxembourg

tél.: ++352 4300 20364
e-mail : norbert.lorenz@europarl.europa.eu

L'opinion exprimée ici est un avis personnel qui ne reflète pas nécessairement le point de vue officiel et définitif du Service juridique. S'il vous est parvenu par erreur, merci de le signaler, puis de le faire disparaître.

This mail contains the personal opinions of the author and does not necessarily reflect the official definitive position of the Legal Service. If you have received it in error, please contact the sender and then delete this message.

-----Original Message-----

From: Fekete Csilla [mailto:csilla.fekete@consilium.europa.eu]
Sent: 13 November 2009 11:03
To: LORENZ Norbert; Piedade.Costa-De-Oliveira@ec.europa.eu; Marc.Maes@ec.europa.eu; Isabel.Iturritza@ec.europa.eu; CAUS GALVEZ Maria Jesus; jakob.thomsen@consilium.europa.eu; Caroline.TEN-DAM@ec.europa.eu
Cc: Janssen Micheline; RUFAS QUINTANA Jose Luis; Marinus.Christ@ec.europa.eu; Margarida.Balseiro@ec.europa.eu
Subject: Re(2): Re(2): Re(2): demandes de M. [REDACTED] / Coordination réponses

Chers Collègues,

Nous avons lancé les consultations ce matin. On espère pouvoir vous transmettre les résultats avec un projet de réponse à M. [REDACTED] déjà vers la fin de la semaine prochaine.

Norbert, est-ce que chaque institution n'envoie pas ses propres mémoires soi-meme au demandeur?

Bien à vous,

Csilla

LORENZ Norbert (13/11/2009 10:06):

>Bounjour à tous,

>je suis tout à fait d'accord avec la proposition de Piedade.

>Mes collègues m'ont signalé qu'il n'auront probablement pas de problème avec une divulgation complète. J'attends leur réaction définitive pour aujourd'hui.

>Une petite chose: Nous avons développé l'habitude de divulguer une version sans signature manuscrite des agents. Je vais transmettre une telle version à Csilla si tous sont d'accord sur la procédure.

>Je suis toujours disponible pour une réunion mardi après-midi, le 17 novembre.

>Norbert

>

>

>Norbert LORENZ

>Parlement européen / European Parliament

>Service juridique / Legal Service

>KAD 6 C 009

>L-2929 Luxembourg

>

>tél.: ++352 4300 20364

>e-mail : norbert.lorenz@europarl.europa.eu

>

>L'opinion exprimée ici est un avis personnel qui ne reflète pas nécessairement le point de vue officiel et définitif du Service juridique. S'il vous est parvenu par erreur, merci de le signaler, puis de le faire disparaître.

>

>This mail contains the personal opinions of the author and does not necessarily reflect the official definitive position of the Legal Service. If you have received it in error, please contact the sender and then delete this message.

>

>

>-----Original Message-----

>From: Piedade.Costa-De-Oliveira@ec.europa.eu [mailto:Piedade.

Costa-De-Oliveira@ec.europa.eu]

>Sent: 13 November 2009 09:52

>To: csilla.fekete@consilium.europa.eu; LORENZ Norbert; Marc.Maes@ec.europa.eu; Isabel.Iturritza@ec.europa.eu; CAUS GALVEZ Maria Jesus; jakob.thomsen@consilium.europa.eu; Caroline.TEN-DAM@ec.europa.eu

>Cc: micheline.janssen@consilium.europa.eu; RUFAS QUINTANA Jose Luis; Marinus.Christ@ec.europa.eu; Margarida.Balseiro@ec.europa.eu

>Subject: RE: Re(2): Re(2): demandes de M. [REDACTED] / Coordination réponses

>

>Chers collègues,

>

>Sur la séquence des événements, je propose que

>- que le Conseil consulte, comme convenu

>- qu'il prépare un projet de réponse et nous le transmette avec indication, si possible, de la date de transmission des documents

>- que nous (PE et Commission) fassions une simple lettre informant M. [REDACTED]

qu'il va recevoir (aura reçu, le cas échéant, si on peut attendre que le Conseil envoie sa réponse) une réponse globale du Conseil.

>

>Est-ce que cela vous va?

>

>Piedade

>

>-----Original Message-----

>From: Fekete Csilla [mailto:csilla.fekete@consilium.europa.eu]

>Sent: Wednesday, November 11, 2009 10:35 AM

>To: COSTA DE OLIVEIRA Piedade (SJ); LORENZ Norbert (EP); MAES Marc (SG); ITURRITZA FERNANDEZ DE LANDA Maria Isabel (SJ); CAUS GALVEZ Maria Jesus (EP); THOMSEN JAKOB (CONSIL); TEN DAM Caroline (SJ)

>Cc: JANSSEN MICHELINE (CONSIL); RUFAS QUINTANA Jose Luis (EP); CHRIST Marinus (SJ); BALSEIRO Margarida (SG)

>Subject: Re(2): Re(2): demandes de M. [REDACTED] / Coordination réponses

>

>Merci, Piedade et Norbert. Alors nous consulterons les EM et le CEPD.

>

>Je vous tiendrai au courant.

>

>Bien à vous,
>
>Csilla
>
>Piedade.Costa-De-Oliveira@ec.europa.eu (11/11/2009 10:30):
>>Merci Norbert,
>>
>>Je partage tes propositions (sauf pour le rapport d'audience - sachant que
>c'est un document public auprès de la Cour, nous les divulguons régulièrement).
>>
>>Ta suggestion en point 2 me semble une solution élégante pour s'en sortir car
>sachant que les EM sont partagés sur la question, je vois mal comment Csilla
>pourrait convaincre les délégations de suivre la ligne proposée par la
>Commission.
>>
>>Bien à vous,
>>
>>Piedade
>>
>>-----Original Message-----
>>From: LORENZ Norbert [mailto:norbert.lorenz@europarl.europa.eu]
>>Sent: Wednesday, November 11, 2009 10:10 AM
>>To: FEKETE CSILLA (CONSIL); MAES Marc (SG); ITURRITZA FERNANDEZ DE LANDA Maria
>Isabel (SJ); CAUS GALVEZ Maria Jesus (EP); THOMSEN JAKOB (CONSIL); COSTA DE
>OLIVEIRA Piedade (SJ); TEN DAM Caroline (SJ)
>>Cc: RUFAS QUINTANA Jose Luis (EP); CHRIST Marinus (SJ); BALSEIRO Margarida
>(SG); JANSSEN MICHELINE (CONSIL)
>>Subject: RE: Re(2): demandes de M. [REDACTED] / Coordination réponses
>>
>>Chers tous,
>>
>>bien que le règlement 1049 n'est pas entrée en vigueur hier, la demande de M.
> [REDACTED] montre bien, que nous sommes loin de la routine.
>>
>>Je n'ai pas encore de réponse de mes collègues qui étaient agent mais pour
>l'analyse qui suit je me base dans l'hypothèse que nous appliquons la
>jurisprudence API et qu'aucune autre exception du 1049 n'est applicable.
>>
>>A mon avis, nous avons les questions suivantes à résoudre:
>>
>>1) Quels sont les documents concernés ? Il demande accès à la requête et à
>tous les "autre documents de procédure" ("Klageschrift und alle weiteren
>Prozessdokumente")
>>- je propose de se limiter aux mémoires déposés (défenses + dupliques CSL et
>PE) observations de la COM, observations du CSL et du PE sur les mémoires en
>intervention (dans la mesure où ils existent)
>>- en ce qui concerne les conclusions et l'arrêt, on peut renvoyer le demandeur
>sur le site de la Cour
>>- pas de divulgation des lettres de transmission, et autre correspondance,
>telle que désignation de la chambre, composition de la chambre, extension des
>délais, ordonnance admettant les interventions etc.
>>- Rapport d'audience ? - je serais en faveur d'un renvoi du demandeur à la
>Cour (comme pour les conclusions et l'arrêt)
>>
>>2) Je partage les doutes de Csilla sur la possibilité d'exclure les mémoires
>des EM et du CEPD du champ d'application. Si ma mémoire est bonne, la COM
>plaide ceci aussi dans le pourvoi API et, en plus, elle a proposé cette
>position pour le futur 1049. Pour ne pas mettre la COM dans une situation
>délicate, j'aimerais proposer que le CSL consulte les EM et le CEPD comme
>proposé par Csilla (vous avez l'expérience en la matière) et prépare la
>divulgation de tous les docs entièrement. La COM et le PE pouvaient faire une
>réponse formelle dans laquelle on renvoie simplement à la réponse du CSL qui
>inclut la divulgation de leurs mémoires.
>>
>>En ce qui concerne une réunion: Je ne suis pas disponible cette semaine. Je
>propose mardi 17 novembre après-midi.
>>
>>Norbert
>>
>>Norbert LORENZ
>>Parlement européen / European Parliament

>>Service juridique / Legal Service

>>KAD 6 C 009

>>L-2929 Luxembourg

>>

>>tél.: ++352.4300 20364

>>e-mail : norbert.lorenz@europarl.europa.eu

>>

>>L'opinion exprimée ici est un avis personnel qui ne reflète pas nécessairement
>le point de vue officiel et définitif du Service juridique. S'il vous est
>parvenu par erreur, merci de le signaler, puis de le faire disparaître.

>>

>>This mail contains the personal opinions of the author and does not
>necessarily reflect the official definitive position of the Legal Service. If
>you have received it in error, please contact the sender and then delete this
>message.

>>

>>

>>-----Original Message-----

>>From: Fekete Csilla [mailto:csilla.fekete@consilium.europa.eu]

>>Sent: 11 November 2009 09:59

>>To: Marc.Maes@ec.europa.eu; Isabel.Iturritza@ec.europa.eu; CAUS GALVEZ Maria
>Jesus; jakob.thomsen@consilium.europa.eu; Piedade.Costa-De-Oliveira@ec.europa.
>eu; Caroline.TEN-DAM@ec.europa.eu

>>Cc: RUFAS QUINTANA Jose Luis; LORENZ Norbert; Marinus.Christ@ec.europa.eu;

>>Margarida.Balseiro@ec.europa.eu; Janssen Micheline

>>Subject: Re(2): demandes de M. [REDACTED] / Coordination réponses

>>

>>Dear Colleagues,

>>

>>We are ready to give access to the Council's statement of defence and its
>>rejoinder.

>>

>>As regards the EP's statement of defence and rejoinder and the Commission's
>>intervention, we could reply to the applicant in the terms agreed by the
>>respective institutions. In case the reply was positive, we could indicate
>>that

>>the relevant documents will be sent to the applicant by the respective
>>institutions.

>>

>>As regards the documents submitted by other parties than the three
>>institutions

>>(ie. application by IE, intervention by ES, NL, SK and the EDPS and report for
>>the hearing) I'm not convinced that we can argue that they do not fall under
>>the scope of the Regulation. In our practice, we have already given access to
>>MSs' interventions in one earlier case, after obtaining the the MSs prior
>>agreement, in accordance with Art. 4(5) of the Reg. We intend to proceed to
>>consultations in the present case also. If you agree, we could take charge of
>>consulting the MS regarding their documents and also the EDPS.

>>

>>As regards the report for the hearing, I imagine that we can send that to the
>>applicant without any prior consultation, since it was publicly available on
>>the day of the hearing.

>>

>>Best regards,

>>

>>Csilla

>>

>>

>>Marc.Maes@ec.europa.eu (9/11/2009 13:58):

>>>Chers collègues,

>>>

>>>La solution 1.2) me semble un peu absurde, même si elle est conforme à la
>>législation. De toutes façons, comme M. [REDACTED] a adressé une demande identique
>>aux 3 institutions, celles-ci se sont tenues de se consulter en vertu du
>>Memorandum of Understanding. Elles sont donc par la force des choses informées
>>des damnes adressées aux 2 autres institutions.

>>>

>>>Je suggère la solution suivante, à convenir entre les trois institutions:

>>>

>>>*

>>> pour les documents qu'il est convenu de divulguer: chaque institution

>>>
>>>
>>>
>>> From: COSTA DE OLIVEIRA Piedade (SJ)
>>> Sent: Wednesday, November 04, 2009 12:38 PM
>>> To: CAUS GALVEZ Maria Jesus (EP); MAES Marc (SG); FEKETE CSILLA
>(CONSIL);
>> THOMSEN JAKOB (CONSIL)
>>> Cc: RUFAS QUINTANA Jose Luis (EP); LORENZ Norbert (EP); CHRIST Marinus
>> (SJ); ITURRITZA FERNANDEZ DE LANDA Maria Isabel (SJ)
>>> Subject: RE: [REDACTED]

>>> Et voici la même demande qui nous a été adressée. Ce serait bien de
>> coordonner nos réponses.

>>> Piedade

>>>
>>> From: CAUS GALVEZ Maria Jesus [mailto:maria.caus@europarl.
europa.
>> eu]
>>> Sent: Tuesday, November 03, 2009 5:05 PM
>>> To: COSTA DE OLIVEIRA Piedade (SJ); MAES Marc (SG); FEKETE
CSILLA
>> (CONSIL); THOMSEN JAKOB (CONSIL)
>>> Cc: RUFAS QUINTANA Jose Luis (EP); LORENZ Norbert (EP)
>>> Subject: [REDACTED]

>>> Est-ce qu'il vous a fait la même demande?

>>> Demande de documents auprès du Parlement Européen

>>>Date formulaire : 01/11/2009 00:00:00
>>>Numéro formulaire : INTERNET 10268
>>>Date traitement formulaire : 01/11/2009 00:20:15
>>>Accusé de réception : Envoyé à [REDACTED]
>>>Référence : PRES-E-REGISTRE_A(2009)24738

>>>Document(s) demandé(s) : Klageschrift und alle weiteren Prozessdokumente
>> aller Parteien im Verfahren C-301/06 vor dem EuGH Irland/Rat u. Parlament
>>>Titre : M.
>>>Nom du demandeur : [REDACTED]
>>>Prénom du demandeur : [REDACTED]
>>>E-mail : [REDACTED]
>>>Organisme : ()
>>>Profession : Enseignement (Etudiant) (10)
>>>Adresse : [REDACTED]
>>>Code postal : [REDACTED]
>>>Ville : [REDACTED]
>>>Pays : Allemagne
>>>Téléphone :
>>>Livraison : Electronique
>>>Langue de livraison : EN

>>>
>>>
>>>
>>>
>>>
>>>Csilla FEKETE
>>Council of the European Union

>>Legal Service - Institutional questions
>>
>>Office: JL 20 40 GM 22
>>Rue de la Loi 175, B-1048 Brussels, Belgium
>>Tel: +32 2 281.77.51
>>Fax: +32 2 281.73.93
>>E-mail: csilla.fekete@consilium.europa.eu

>>* * *
>>

>>This mail contains only personal opinion of the author and as such can not in
>>any case and under any circumstances be considered as the official position of
>>the Council of the European Union.

>>Les avis exprimés n'engagent que leur auteur et ne peuvent en aucun cas être
>>considérés comme une position officielle du Conseil de l'Union européenne.

>>* * *
>>

>Csilla FEKETE
>Council of the European Union
>Legal Service - Institutional questions

>Office: JL 20 40 GM 22
>Rue de la Loi 175, B-1048 Brussels, Belgium
>Tel: +32 2 281.77.51
>Fax: +32 2 281.73.93
>E-mail: csilla.fekete@consilium.europa.eu

>* * *
>

>This mail contains only personal opinion of the author and as such can not in
>any case and under any circumstances be considered as the official position of
>the Council of the European Union.

>Les avis exprimés n'engagent que leur auteur et ne peuvent en aucun cas être
>considérés comme une position officielle du Conseil de l'Union européenne.

>* * *
>

Csilla FEKETE
Council of the European Union
Legal Service - Institutional questions

Office: JL 20 40 GM 22
Rue de la Loi 175, B-1048 Brussels, Belgium
Tel: +32 2 281.77.51
Fax: +32 2 281.73.93
E-mail: csilla.fekete@consilium.europa.eu

* * *

This mail contains only personal opinion of the author and as such can not in
any case and under any circumstances be considered as the official position of
the Council of the European Union.

Les avis exprimés n'engagent que leur auteur et ne peuvent en aucun cas être
considérés comme une position officielle du Conseil de l'Union européenne.

* * *

ITURRITZA FERNANDEZ DE LANDA Maria Isabel (SJ)

From: SG DOSSIERS ACCES
Sent: mercredi 4 novembre 2009 9:52
To: SJ ACCES DOCS
Subject: FW: Request for access to documents --- GESTDEM n° 2009/4400

Bonjour,

Je vous prie de bien vouloir traiter la demande d'accès aux documents ci-dessous.

Je me permets de vous rappeler que le délai impératif de réponse est de 15 jours ouvrables à partir de l'enregistrement de la demande (délai : 25/11/2009).

Pour toute information complémentaire, veuillez me contacter.

Pour rappel : Conformément à la note SEC(2007)1616, je vous informe qu'il n'est plus nécessaire de faire parvenir au SG une copie de votre réponse.

Bonne journée,

Madeleine Bluriot-Puebla
SG-E-3 - Transparence, cellule 'Accès aux Documents'

From: SG ACCES DOCUMENTS
Sent: Wednesday, November 04, 2009 9:49 AM
To: [REDACTED]
Subject: RE: Request for access to documents --- GESTDEM n° 2009/4400

Dear Mr. [REDACTED]

Thank you for your e-mail dated 01/11/2009, registered on 04/11/2009 (ref. GESTDEM n° 2009/4400). I hereby acknowledge receipt of your request for access to documents.

In accordance with Regulation 1049/2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents, you will receive a response to your request within 15 working days.

Yours sincerely,

Madeleine Bluriot-Puebla
SG-E-3 - Transparence, cellule 'Accès aux Documents'

From: [REDACTED]
Sent: Sunday, November 01, 2009 12:28 AM
To: SG ACCES DOCUMENTS
Subject: Request for access to documents

Dear Sir, Dear Madam,

please provide me with the following documents according to regulation 1049/2001:

9/12/2009

all documents of all parties available at the Commission in relation to the court case C-301/06 Ireland/.Council & EP

If possible please provide me per email with electronic documents in DE (else EN , FR or any other language or paper).

If this leads to any costs please tell me how much and ask for my prior consent.

Please confirm reception of this request.

Best regards,

A large black rectangular redaction box covering the signature area.

9/12/2009

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: jeudi 30 septembre 2010 14:11
To: SJ NOTE INFO ARRET
Cc: SOUKA Irene (HR); BERSCHIED Gerard (SJ); CURRALL Julian (SJ)
Subject: F-62/09RA - Note d'information

1(2)

Attachments: [Untitled].pdf



[Untitled].pdf
(270 KB)

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: jeudi 16 septembre 2010 11:41
To: [REDACTED] (HR); [REDACTED] (HR); [REDACTED] (HR);
[REDACTED] (OP)
Cc: CURRALL Julian (SJ); BERSCHIED Gerard (SJ); 'Bertrand Wagenbaur'
Subject: F-62/09, Guido STRACK c/Commission - non-exécution alléguée des arrêts du TPI dans
les affaires T-85/04 et T-394/04

Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif
(518 KB)

[Redacted] (SJ)

From: [Redacted] (SJ)
Sent: lundi 16 août 2010 12:51
To: [Redacted] (HR); [Redacted] (HR); [Redacted] (HR);
 [Redacted] (ENTR); [Redacted] (ESTAT); [Redacted] (ESTAT);
 [Redacted] (EPSO); [Redacted] (EPSO);
 [Redacted] (OP)
Cc: CURRALL Julian (SJ); BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: Affaire F-62/09, Guido STRACK - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010 (établissement d'un "certificat de travail" ad hoc)

Importance: High

Follow Up Flag: Reply
Due By: vendredi 20 août 2010 18:00
Flag Status: Flagged

Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif
(145 KB)

[Redacted] (SJ)

From: [Redacted] (SJ)
Sent: vendredi 13 août 2010 12:07
To: [Redacted] (EP SO) [Redacted] (EP SO)
Cc: BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: F-62/09, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010 (établissement d'un "certificat de travail" ad hoc)

Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif
(160 KB)

Tracking:

Recipient	Read
[Redacted] (EP SO)	
[Redacted] (EP SO)	
BERSCHEID Gerard (SJ)	Read: 13/08/2010 12:22

[Redacted] (SJ)

From: [Redacted] (SJ)
Sent: mercredi 11 août 2010 16:20
To: [Redacted] (ESTAT)
Cc: [Redacted] (HR); [Redacted] (ESTAT); CURRALL Julian (SJ); BERSCHIED Gerard (SJ)
Subject: Affaire F-62/09, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Importance: High
Follow Up Flag: Reply
Due By: vendredi 20 août 2010 18:00
Flag Status: Flagged
Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif
(132 KB)

Tracking:

Recipient	Read
[Redacted] (ESTAT)	
[Redacted] (HR)	
[Redacted] (ESTAT)	
CURRALL Julian (SJ)	
BERSCHIED Gerard (SJ)	Read: 11/08/2010 16:20

[Redacted] (SJ)

From: [Redacted] (SJ)
Sent: mercredi 11 août 2010 16:21
To: [Redacted] (ENTR)
Cc: [Redacted] (HR); CURRALL Julian (SJ); BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: Affaire F-62/09, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Importance: High

Follow Up Flag: Read
Due By: vendredi 20 août 2010 18:00
Flag Status: Flagged

Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif
(134 KB)

Tracking:	Recipient	Read
	[Redacted] (ENTR)	
	[Redacted] (HR)	
	CURRALL Julian (SJ)	
	BERSCHEID Gerard (SJ)	Read: 11/08/2010 16:21

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: jeudi 15 juillet 2010 9:31
To: JANSEN Bernhard (HR); [REDACTED] (HR); [REDACTED] (HR);
[REDACTED] (HR); [REDACTED] (OP)
Cc: CURRALL Julian (SJ); BERSCHIED Gerard (SJ); 'Bertrand Wagenbauer'
Subject: Affaire F-62/09, Guido STRACK - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du
6 juillet 2010

Importance: High

Follow Up Flag: Follow up
Due By: mercredi 15 septembre 2010 18:00
Flag Status: Flagged

Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif
(361 KB)

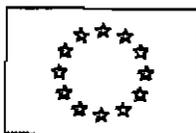
From: [REDACTED] (SJ)
Sent: jeudi 1 juillet 2010 16:02
To: 'Bertrand Wagenbaur'
Cc: CURRALL Julian (SJ); BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: Affaire F-62/09RA, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable

Attachments: [Untitled].tif



[Untitled].tif (44
KB)

27(4)



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

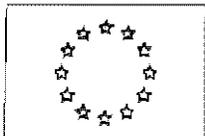
Bruxelles, le 01.07.2010

**A L'ATTENTION DE MADAME LE GREFFIER
DU TRIBUNAL DE LA FONCTION PUBLIQUE**

EXPEDITION PAR NAVETTE BRUXELLES-LUXEMBOURG

AFFAIRE N° F-62/09 RA
PARTIES Guido STRACK c/Commission
N° JUR (2010) 45522
TYPE DE DOCUMENT Courrier
ORIGINAL + COPIES CONFORMES 1

AGENT(S) MM. J. CURRALL / G. BERSCHIED /
ME D. WAGENBAUR
SECRETAIRE Mme [REDACTED]
BUREAU BERL 02/009 **Tél.** [REDACTED]



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

25(3)

Bruxelles, le 21 mai 2010

**A L'ATTENTION DE MADAME LE GREFFIER
DU TRIBUNAL DE LA FONCTION PUBLIQUE**

EXPEDITION PAR NAVETTE BRUXELLES-LUXEMBOURG

AFFAIRE N°	F-62/09 RA
PARTIES	STRACK/COMMISSION
DOCUMENT N°	JUR(10)45357
TYPE DE DOCUMENT	Lettre
- ORIGINAL	1

AGENT(S) M. J. CURRALL, M. G. BERSCHIED

SECRETAIRE Mme [REDACTED]

BUREAU BERL 2/009

Tél. [REDACTED]

[Redacted] (SJ)

From: [Redacted] (SJ)
Sent: jeudi 8 avril 2010 16:09
To: JANSEN Bernhard (HR); [Redacted] (HR); [Redacted] (HR); [Redacted] (OPOCE)
Cc: CURRALL Julian (SJ); BERSCHIED Gerard (SJ), 'Bertrand Wagenbauer'
Subject: Affaire F-62/09 RA, Guido STRACK c/Commission - audience informelle en vue d'un arrangement à l'amiable éventuel

Importance: High

Attachments: [Untitled].tif; [Untitled].tif



[Untitled].tif (35 KB)



[Untitled].tif (194 KB)



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

30(3)

Bruxelles, le 29 mars 2010

**A L'ATTENTION DE MADAME LE GREFFIER
DU TRIBUNAL DE LA FONCTION PUBLIQUE**

EXPEDITION PAR NAVETTE BRUXELLES-LUXEMBOURG

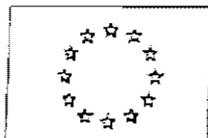
AFFAIRE N°	F-62/09 RA
PARTIES	Strack/Commission
DOCUMENT N°	JUR(10)45205
TYPE DE DOCUMENT	Lettre
- ORIGINAL	1

AGENT(S) M. J. CURRALL, M. G. BERSCHIED

SECRETAIRE Mme [REDACTED]

BUREAU BERL 2/25

Tél. [REDACTED]



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

33(2)

Date 26 octobre 2009

**A L'ATTENTION DE MONSIEUR LE GREFFIER
DU TRIBUNAL DE LA FONCTION PUBLIQUE**

EXPEDITION PAR NAVETTE BRUXELLES-LUXEMBOURG

AFFAIRE N°	F-62/09
PARTIES	STRACK/COMMISSION
DOCUMENT N°	JUR(09)45736
TYPE DE DOCUMENT	Corrigendum
- ORIGINAL	1

AGENT(S) M. J. CURRALL, M. G. BERSCHIED

SECRETAIRE Mme [REDACTED]

BUREAU BERL 2/25

Tél. [REDACTED]

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: jeudi 9 juillet 2009 15:00
To: ADMIN MAIL B2
Subject: F-62/09 Strack c/Commission

38

Importance: High

Attachments: F62-09 STRACK rec.pdf

JUR(09)45535

Veillez trouver ci-joint le recours en objet. Je vous saurais gré de bien vouloir nous transmettre vos commentaires et le dossier de la réclamation dans les meilleurs délais.



F62-09 STRACK
rec.pdf (8 MB)

Je vous en remercie.

[REDACTED]
Secrétariat J. CURRALL
Equipe PERSONNEL - Services juridique

Tel. [REDACTED]
Fax 02/296.18.46
e-mail [REDACTED]@ec.europa.eu



Bruxelles, le 10 décembre 2009
JUR(2009)45835 JC/sm

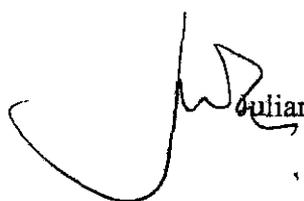
Maître Bertrand WÄGENBAUR
Cabinet d'avocats
Kemmler, Rapp, Böhlke
Rond-Point Schuman 9/9
1040 BRUXELLES

Objet: Affaires STRACK / COMMISSION
F-61/09, F-62/09, F-118/07, F-121/07 et F-132/07

Maître, *Cher Bertrand*

Je vous fais parvenir ci-joint les originaux des contrats d'assistance juridique SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 et SJ/2009/1440 établis pour les affaires en objet et signés par la Commission.

Je vous prie d'agréer, Maître, l'assurance de ma considération distinguée.

Respectueusement

Julian CURRALL

Annexes



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

41

Bruxelles, le 20 novembre 2009
JUR(2009)45794 BE/sm

Maître Bertrand WÄGENBAUR
Cabinet d'avocats
Kemmler, Rapp, Böhlke
Rond-Point Schuman 9/9
1040 BRUXELLES

Objet: Affaires STRACK / COMMISSION
F-61/09, F-62/09, F-118/07, F-121/07 et F-132/07

Maître,

Nous vous faisons parvenir ci-joint dix exemplaires originaux des contrats d'assistance juridique SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 et SJ/2009/1440 établis pour les affaires en objet. Nous vous saurions gré de bien vouloir les signer et nous les retourner dans les meilleurs délais.

Les exemplaires définitifs signés par la Commission vous seront transmis au plus tôt.

Nous vous prions d'agréer, Maître, l'assurance de notre considération distinguée.

Julian CURRALL

Annexes



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

46(1)

Bruxelles, le 21 septembre 2009
JUR(2009)45649 JC/mr

Maître B. WÄGENBAUR
Kemmler, Rapp & Böhle
Rond Point Schuman 9, boîte 9
1040 Bruxelles

Cher Maître,

Concerne : F-62/09, Strack c/Commission

Vous trouverez en annexe deux originaux du contrat d'assistance juridique SJ/2009/1412 établi pour l'affaire en objet.

Je vous saurais gré de bien vouloir signer ces deux exemplaires et nous les retourner afin qu'ils soient contresignés par l'autorité compétente à la Commission. Je vous renverrai au plus tôt la copie qui vous est destinée.

Je vous en remercie et vous prie d'agréer, cher Maître, l'assurance de ma considération distinguée.


Secrétariat J. CURRALL

Annexes

47

32

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: lundi 24 août 2009 15:16
To: 'bertrand.waegenbauer@eurojura.be'
Cc: CURRALL Julian (SJ) [REDACTED] (SJ), BERSCHIED Gerard (SJ)
Subject: Contrats Strack F-61/09 et F-62/09
Attachments: Waegenbauer-Strack F-61-09.doc; Waegenbauer-Strack F-61-09.doc

JUR(2009)45598

Maître,

Vous trouverez en annexe deux contrats relatifs aux affaires en objet. Nous vous remercions de bien vouloir nous donner votre accord au plus tard le 31 août.

Meilleures salutations.

[REDACTED]
Commission européenne - Service juridique
BERLAYMONT 2/025
B-1049 BRUXELLES
Tél. : [REDACTED]
Fax : +32 (0)2 29 61846
E-mail : [REDACTED]@ec.europa.eu

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: mardi 14 juillet 2009 9:45
To: 'bertrand.waegenbauer@eurojura.be'
Subject: F-62/09 Strack / Commission MESSAGE 1 SUR 2

Attachments: F-62-09 Strack Recours (1 sur 2).pdf



F-62-09 Strack
Recours (1 sur ...

MESSAGE 1 SUR 2

JUR(2009)45545

Maître,

Veuillez trouver ci-joint un nouveau recours introduit par M. Guido STRACK.

Nous vous saurions gré de nous informer si vous pouvez vous occuper de cette affaire et, le cas échéant, nous préciser vos prévisions d'honoraires.

Nous vous en remercions et vous prions d'agréer, Maître, nos salutations les meilleures.

[REDACTED]
Commission européenne - Service juridique
BERLAYMONT, 2/025
B-1049 BRUXELLES
Tél. [REDACTED]
Fax : +32 (0) 2 29 61845
E-mail [REDACTED]@ec.europa.eu

[REDACTED] (SJ)

From: [REDACTED] (SJ)
Sent: mardi 14 juillet 2009 9:47
To: 'bertrand.waegenbauer@eurojura.be'
Subject: F-62/09 Strack / Commission MESSAGE 2 SUR 2

Attachments: F-62-09 Strack Recours (2 sur 2).pdf



F-62-09 Strack
Recours (2 sur ...

MESSAGE 2 SUR 2

JUR(2009)45545

Maître,

Veuillez trouver ci-joint un nouveau recours introduit par M. Guido STRACK.

Nous vous saurions gré de nous informer si vous pouvez vous occuper de cette affaire et, le cas échéant, nous préciser vos prévisions d'honoraires.

Nous vous en remercions et vous prions d'agréer, Maître, nos salutations les meilleures.

[REDACTED]
Commission européenne - Service juridique
BERLAYMONT 2/025
B-1049 BRUXELLES
Tél. : [REDACTED]
Fax : +32 (0)2 29 61846
E-mail : [REDACTED]@ec.europa.eu



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

1(1)

Bruxelles, le 24 septembre 2010
 JUR (2010) 45741

NOTE D'INFORMATION

relative à une ordonnance de radiation du Président du TFP prononcée le 08 septembre 2010

Domaine PERSONNEL ET STATUT

Affaire F-62/09 RA – Guido Strack c/ Commission

Objet PROVISoire Annulation de la décision implicite de la Commission - Transposition des arrêts du TPI dans les affaires T-85/04 (Annulation du rapport d'évolution de carrière du requérant pour l'exercice d'évaluation 2001-2002) et T-394/04 (Annulation de la décision de la Commission portant attribution des points de priorité du requérant au titre de l'exercice d'évaluation 2003 ainsi que de la décision de ne pas le promouvoir pour ce même exercice) - Demande de dommages-intérêts

Mots-clés Rapport d'évolution de carrière (REC) -Arrangement à l'amiable à l'initiative du Tribunal -Radiation

Intérêt de l'arrêt:

ponctuel

Observations Désistement après arrangement à l'amiable entre parties à l'initiative du Tribunal

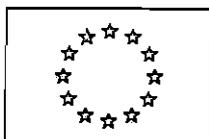
Dispositif 1. L'affaire F-62/09, Strack/Commission, est rayée du registre du Tribunal.

2. Chaque partie supporte ses propres dépens.

Juge rapporteur

Agents de la Comm BERSCHEID, CURRALL

Destinataires: Cabinet du Président
 Cabinet Kallas
 Service du porte-parole (M. Gray)
 DG HR



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

6(1)

Bruxelles, le 15 septembre 2010
JUR (2010) 45729

NOTE A L'ATTENTION DE

MADAME [REDACTED] [REDACTED] - DG HR/[REDACTED]
MONSIEUR [REDACTED] [REDACTED] - DG HR/[REDACTED]
MADAME [REDACTED] DG HR [REDACTED]
MONSIEUR [REDACTED] [REDACTED] - DG OP/[REDACTED]

Objet: F-62/09, Guido STRACK c/Commission
- non-exécution alléguée des arrêts du TPI dans les affaires T-85/04
et T-394/04

Nous vous transmettons en annexe copie de l'ordonnance du 8 septembre 2010 par laquelle le TFP ordonne la radiation de l'affaire suite à l'arrangement à l'amiable entre parties à l'initiative dudit Tribunal.

A toutes fins utiles, nous vous joignons, une nouvelle fois, en annexe copie du procès verbal dressé par le juge commissaire pour acter l'accord entre parties.

EXPUNGED

Le seul devoir à faire, mais uniquement en cas d'un retour de M. Strack dans le service actif de la Commission, est un recalcul des points de priorité selon les modalités figurant au point 4.

EXPUNGED

Enfin, chacune des parties supporte ses propres dépens.

Julian CURRALL
Agents de la Commission

Gérard BERSCHIED

Me WAGENBAUER
Avocat

Annexes: 3

Commission européenne, 1049 Bruxelles, BELGIQUE - Tél. +32 22991111
Bureau: Berl 02/019 - Tél. ligne directe +32 229-50797 - Fax +32 229-61846

<http://ec.europa.eu/>
gerard.berscheid@ec.europa.eu

BERSCHEID Gerard (SJ)

From: [redacted] (HR)
Sent: mardi 14 septembre 2010 16:34
To: 'Bertrand Wagenbauer'
Cc: CURRALL Julian (SJ); [redacted] (HR); [redacted] (HR); BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: Affaire F-62/09, Guido STRACK - arrangement à l'amiable [redacted]

Attachments: envoi 14092010.pdf; F-62/09. Punkt 5 des Protokolls der informellen Sitzung vom 6.07.2010.

Maitre,

Je vous prie de trouver ci-joint la lettre de notification et [redacted] concernant l'affaire susmentionnée. Une avant-copie de ce certificat a été envoyé via e-mail à M. Strack (voir en annexe). Les originaux lui seront envoyés par courrier recommandé et une copie sera versée à son dossier personnel.

Je vous prie de transmettre ces documents à l'avocat de M. Strack ainsi qu'au tribunal conformément aux indications données par mon collègue Gérard Berscheid.

En vous remerciant d'avance,

[redacted]



envoi 14092010.pdf (152 Ki)



F-62/09. Punkt 5 des Protokoll...

[redacted]
European Commission
 HR. [redacted]
 [redacted]
 B - 1049 Brussels
 [redacted]
 [redacted]

The views expressed are purely those of the writer and may not in any circumstances be regarded as stating an official position of the European Commission.

Please note that this message is sent for information purposes only and does not constitute a decision of the Appointing Authority (AIPN/AHCC) that could give rise to a complaint under Article 90 of the Staff Regulations.

The information in this message and/or attachments are intended solely for the attention and use of the intended recipient and may be confidential. If you are not the intended recipient of this message, you are hereby notified that you have received it in error and that any use of it is prohibited. In such a case, please delete this message and kindly notify the sender accordingly.



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

77(1)

Bruxelles, le 12 août 2010
JUR (2010) 45637

NOTE A L'ATTENTION DE:

MADAME [REDACTED], MADAME [REDACTED], MONSIEUR [REDACTED] - DG HR
MONSIEUR [REDACTED] - DG ENTR
MESSIEURS [REDACTED] - DG ESTAT
MONSIEUR [REDACTED] ET MADAME [REDACTED] - EPSO
MONSIEUR [REDACTED] - OPOCE

Objet: Affaire F-62/09, Guido STRACK c/Commission
- arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet
2010 [REDACTED]

Réf.: Notes SJ n° 45633 et 45634 du 11.08.2010

Nous référant à nos notes antérieures, vous trouverez en annexe, pour faciliter la vérification du projet remis par le requérant, une traduction de ce projet (une copie de l'original en DE a déjà été transmises par les notes précitées) vers le FR.

Nous vous prions de nous faire parvenir, ainsi qu'à la DG HR (Mme [REDACTED]), qui est en charge de la rédaction et de l'émission du [REDACTED] en cause, votre contribution au plus tard pour le 20 août 2010.

Julian CURRALL

Agents de la Commission

Gérard BERSCHEID

Annexe: 1



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

12 (1)

Bruxelles, le 12 août 2010
JUR (2010) 45636

NOTE A L'ATTENTION DE:
MONSIEUR BEARFIELD, DIRECTEUR - EPSO
MADAME [REDACTED] - EPSO

Objet: **Affaire F-62/09, Guido STRACK c/Commission**
- arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet
2010 [REDACTED]

Réf.: Notes SJ n° 45633 et 45634 du 11.08.2010

Dans le cadre de cette affaire, la Commission a accepté un arrangement à l'amiable selon lequel

EXPUNGED

Indépendamment de l'opportunité de cette mention, nous vous prions de vérifier l'exactitude matérielle de cette affirmation et de proposer la rectification appropriée.

Nous vous prions cependant d'examiner à cette fin le projet et nous faire parvenir vos commentaires, tout comme à la DG HR ([REDACTED]) pour le 20 août 2010.

Julian CURRALL

Agents de la Commission

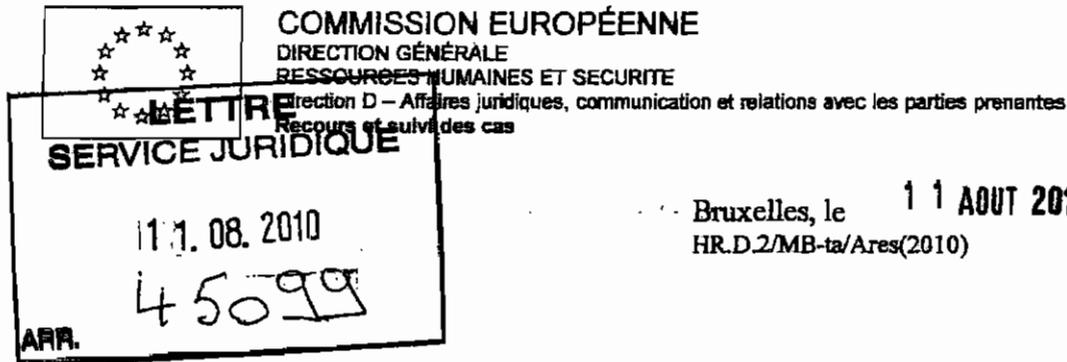
Gérard BERSCHIED

Annexe: 1

Copie: [REDACTED] (DG HR/[REDACTED])

Commission européenne, 1049 Bruxelles, BELGIQUE - Tél. +32 22981111
Bureau: Bar 02/019 - Tél. ligne directe +32 229-50797 - Fax +32 229-81848

<http://ec.europa.eu/>
gerard.berscheid@ec.europa.eu



Bruxelles, le 11 AOUT 2010
HR.D.2/MB-ta/Ares(2010)

NOTE A L'ATTENTION DE [REDACTED]
[REDACTED] PMO.

Objet : Affaire F-62/09 – Strack / Commission : arrangement à l'amiable

Faisant suite à la proposition du Tribunal de la fonction publique (TFP), une réunion informelle entre les parties s'est tenue le 6 juillet 2010, en vue de trouver une solution à l'amiable dans l'affaire sous objet.

EXPUNGED

Chef d'unité adjoint

Annexe : Note du SJ du 14 juillet 2010 (avec comme annexe le PV de la réunion informelle du 6 juillet 2010)

Cc : [REDACTED] (PMO.)
MM. J. Currall et G. Berscheid (SJ)
[REDACTED] (HR. [REDACTED])

14(1)



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 11 août 2010
JUR (2010) 45633

**NOTE A L'ATTENTION DE MONSIEUR [REDACTED]
[REDACTED] – DG ESTAT/[REDACTED]**

**Objet: Affaire F-62/09, Guido STRACK c/Commission
- arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet
2010**

Dans le cadre de cette affaire, la Commission a accepté un arrangement à l'amiable selon lequel la Commission s'est engagée.

EXPUNGED

Nous vous prions cependant d'examiner à cette fin le projet et nous faire parvenir vos commentaires, tout comme à la DG HR ([REDACTED] pour le 20 août 2010.

Les données qui concernent plus particulièrement EUROSTAT sont les données 2 et 3 que nous vous prions de vérifier.

Julian CURRALL

Agents de la Commission

Gérard BERSCHEID

Annexe: 1

Copies: [REDACTED] (DG HR/[REDACTED]
[REDACTED] (DG ESTAT/[REDACTED])

Commission européenne, 1049 Bruxelles, BELGIQUE - Tél. +32 22991111
Bureau: Berl 02/019 - Tél. ligne directe +32 229-50797 - Fax +32 229-61846

<http://ec.europa.eu/>
gerard.berscheid@ec.europa.eu



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 11 août 2010
JUR (2010) 45634

**NOTE A L'ATTENTION DE MONSIEUR [REDACTED]
[REDACTED] - DG ENTR/[REDACTED]**

**Objet: Affaire F-62/09, Guido STRACK c/Commission
- arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet
2010**

Dans le cadre de cette affaire, la Commission a accepté un arrangement à l'amiable selon lequel la Commission s'est engagée,

EXPUNGED

Nous vous prions néanmoins de vérifier le projet et de faire vos suggestions s'il y a lieu.

Nous vous prions cependant d'examiner à cette fin le projet et nous faire parvenir vos commentaires, tout comme à la DG HR ([REDACTED]) pour le 20 août 2010.

Julian CURRALL

Agents de la Commission

Gérard BERSCHIED

Annexe: 1

Copie: [REDACTED] (DG HR/[REDACTED])



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 14 juillet 2010
JUR (2010) 45562

NOTE A L'ATTENTION DE:

MONSIEUR JANSEN - DIRECTEUR - DG HR/D

MADAME [REDACTED] - DG HR/[REDACTED]

MONSIEUR [REDACTED] - DG HR/[REDACTED]

MADAME [REDACTED] - HR/[REDACTED]

MONSIEUR [REDACTED] - OPOCE/[REDACTED]

**Objet: affaire F-62/09 Strack/Commission - arrangement à l'amiable lors de
l'audience informelle du 6 juillet 2010.**

Nous vous transmettons en annexe I copie du procès verbal de l'audience informelle
qui reprend les termes de l'accord trouvé (dans la langue de procédure, soit en DE).

EXPUNGED

EXPUNGED

Comme l'arrangement à l'amiable met définitivement fin à l'affaire F-62/09, il n'y a plus rien d'autre à faire que d'exécuter l'arrangement à l'amiable dans les délais prévus.



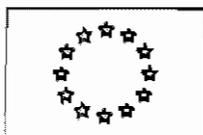
Julian CURRALI

Gérard BERSCHIED
Agents de la Commission

Me Bertrand WÄGENBAUR
Avocat

Annexes: 2

27(1)



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 1. Juli 2010
JUR (2010) 45522

An die Kanzlerin des Gerichts für
den öffentlichen Dienst der
Europäischen Union
35 A, boulevard John F. Kennedy
L – 2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache F-62/09 RA, Guido Strack c/Europäische Kommission

Sehr geehrte Frau Kanzlerin,

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben - 476 - vom 16.6.2010 äußert sich die die Beklagte zu dem Inhalt des geänderten Vergleichsvorschlages des Herrn Berichterstatters wie folgt:

EXPUNGED

Mit freundlichen Grüßen,

Julian Currall
Prozessbevollmächtigte der Kommission

Gérard Borscheid
Prozessbevollmächtigte der Kommission

Bertrand Wägenbaur LL.M.
Rechtsanwalt

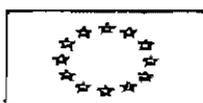
27(2)

MESSAGE CONFIRMATION

01/07/2010 13:15
ID=CECAN5010505--32

DATE	S.R-TIME	DISTANT STATION ID	MODE	PAGES	RESULT	S. C.
01/07	00'18"	00352 43034453	TX	021	OK	0000

01/07/2010 13:10 CECAN5010505--32 + TFP NO.065 000



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 1. Juli 2010
JUR (2010) 45522

An die Kanzlerin des Gerichts für
den öffentlichen Dienst der
Europäischen Union
35 A, boulevard John F. Kennedy
L - 2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache F-62/09 RA, Guido Struck c/Europäische Kommission

Sehr geehrte Frau Kanzlerin,

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben - 476 - vom 16.6.2010 äußert sich die die Beklagte zu dem Inhalt des geänderten Vergleichsvorschlages des Herrn Berichterstatters wie folgt:

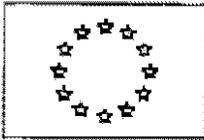
EXPUNGED

Mit freundlichen Grüßen,

Julian Curral
Prozessbevollmächtigte der Kommission

Gérard Benschaid

Bertrand Wägenbauer LL.M.
Rechtsanwalt



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 20. Mai 2010
JUR(2010) 45357

An der Frau Kanzlerin
des Gerichts für das öffentliche Dienst
der Europäischen Union
Kirchberg
L-2925 Luxembourg

Betr.: RS F-62/09 RA, Strack/Kommission der EG – Ihr Schreiben Nr. 441 vom 6. Mai 2010

Sehr geehrte Frau Kanzlerin,

Die Kommission hat die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass sie mit dem Vergleichsvorschlag des Berichterstatters mit folgenden Abänderungen einverstanden ist:

EXPUNGED

Hochachtungsvoll,

Gérard Berscheid

Julian Curral

Prozessbevollmächtigte der Kommission

Kopien: [REDACTED], GD HR. [REDACTED]
RA B Wägenbauer, Beistand

25(2)

MESSAGE CONFIRMATION

20/05/2010 09:01
ID=CECAN5010505-32

DATE	S.R-TIME	DISTANT STATION ID	MODE	PAGES	RESULT	S.C.
20/05	00'18"	00352 43034453	TX	001	OK	0000

20/05/2010 09:00 CECAN5010505-32 → TFP NO. 011 0001



EUROPÄISCHE KOMMISSION
JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 20. Mai 2010
JUR(2010) 45357

An der Frau Kanzlerin
des Gerichts für den öffentlichen Dienst
der Europäischen Union
Kirchberg
L-2925 Luxembourg

Betr.: RS F-62/09 RA, Strack/Kommission der EG – Ihr Schreiben Nr. 441 vom 6. Mai 2010

Sehr geehrte Frau Kanzlerin,

Die Kommission hat die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass sie mit dem Vergleichsvorschlag des Berichterstatters mit folgenden Änderungen einverstanden ist:

EXPUNGED

Hochachtungsvoll,

Gérard Berscheid

Prozessbevollmächtigte der Kommission

Julian Cufraill

Kopien : , GD HR.
RA B Wagenbour, Beistand



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

28(1)

Bruxelles, le 8 avril 2010
JUR (2010) 45229

NOTE A L'ATTENTION DE:

MONSIEUR	JANSEN	DIRECTEUR – DG HR/D
MADAME	[REDACTED]	DG HR/ [REDACTED]
MONSIEUR	[REDACTED]	– DG HR/ [REDACTED]
MONSIEUR	[REDACTED]	OPOCE/ [REDACTED]

Objet: Affaire F-62/09 RA, Guido STRACK c/Commission
- audience informelle en vue d'un arrangement à l'amiable éventuel

Le greffe du TFP vient de nous informer que l'audience informelle, qui se tiendra en allemand, est fixée au 12 mai 2010, à 15h00. Elle aura lieu dans la salle "V", au rez-de-chaussée de la tour "A", du bâtiment de la Cour de Justice, rue du Fort Niedergrünwald

Vous trouverez ce document en annexe ainsi que la copie des observations du requérant (en DE) au sujet de la suggestion d'un arrangement à l'amiable éventuel faite par le Tribunal qui laissait déjà entrevoir sa position.

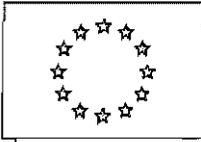
Nous vous prions de nous faire connaître, au plus tard pour le 26 avril 2010, si ce n'est pas déjà fait, votre position afin de déterminer la marge de négociation possible en la matière (voir aussi notre précédente note n° JUR(2010)45188 du 24 mars 2010 transmettant les orientations probables, mais non quantifiées, du Tribunal).

Julian CURRALL

Gérard BERSCHIED

Annexe: lettre du Greffe avec annexe

Copie: Me Wagenbaur



COMMISSION EUROPEENNE

SERVICE JURIDIQUE

30(1)

Bruxelles, le 29 mars 2010

JUR(2010)45205 GB/gm

Madame le Greffier du
Tribunal de la Fonction publique de
l'Union européenne
35, Bd John F. Kennedy
L-2925 LUXEMBOURG

Objet: Affaire F-62/09 RA, Guido Strack / Commission européenne

Madame le Greffier,

La défenderesse vous informe, en se référant à votre courrier – 423 – du 19.3.2010, qu'elle est disposée de participer à la réunion informelle en vue d'un arrangement à l'amiable de l'affaire fixée au 12 mai 2010 à 15 heures.

Du point de vue de la défenderesse cette séance peut, comme proposé par la Tribunal, être tenue en français.

Veillez agréer, Madame le Greffier, l'expression de notre considération distinguée.

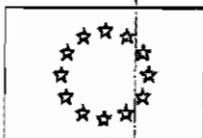
Julian Currall

Gérard Berscheid

Bertrand Wägenbaur

Agents de la Commission

Avocat



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 29. März 2010
JUR(2010)45205 GB/dmAn die Frau Kanzlerin des Gerichts
für den öffentlichen Dienst
der Europäischen Union
35, Bd John F. Kennedy
L-2925 Luxemburg**Betr.: Rechtssache F-62/09 RA, Guido Strack / Europäische Kommission**

Sehr geehrte Frau Kanzlerin,

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben - 423 - vom 19.3.2010 teilt Ihnen die Beklagte mit, dass sie bereit ist, an einer zwecks gütlicher Beilegung des Rechtsstreits auf den 12. Mai 2010 um 15.00 Uhr terminierten informellen Sitzung teilzunehmen.

Aus Sicht der Beklagten kann diese Sitzung, wie vom Gericht vorgeschlagen, auf Französisch abgehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Julian Curvall

Gérard Berscheid

Bertrand Wägenbaur

*Prozessbevollmächtigte der Kommission**Rechtsanwalt*

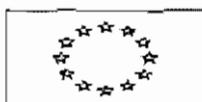
MESSAGE CONFIRMATION

29/03/2010 09:08
ID=CECAN5010505--32

DATE	S.R-TIME	DISTANT STATION ID	MODE	PAGES	RESULT	S.C.
29/03	00'32"	00352 43034453	TX	001	OK	0000

29/03/2010 09:07 CECAN5010505--32 → TFP

NO. 955 P001



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 29. März 2010
JUR(2010)45205 GB/dm

An die Frau Kanzlerin des Gerichts
für den öffentlichen Dienst
der Europäischen Union
35, Bd John F. Kennedy
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache F-62/09 RA, Guido Strack / Europäische Kommission

Sehr geehrte Frau Kanzlerin,

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben - 423 - vom 19.3.2010 teilt Ihnen die Beklagte mit, dass sie bereit ist, an einer zwecks gütlicher Beilegung des Rechtsstreits auf den 12. Mai 2010 um 15.00 Uhr terminierten informellen Sitzung teilzunehmen.

Aus Sicht der Beklagten kann diese Sitzung, wie vom Gericht vorgeschlagen, auf Französisch abgehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Julian Currall

Gérard Borscheid

Bertrand Wägenbaur

Prozessbevollmächtigte der Kommission

Rechtsanwalt



Bruxelles, le 24 mars 2010

JUR(2010)45188 GB/sm

NOTE A L'ATTENTION DE

M. JANSEN. DIRECTEUR DG HR.D

MME [REDACTED] HR. [REDACTED]

M. [REDACTED] HR. [REDACTED]

M. [REDACTED] OPOCE. [REDACTED]

Objet: affaire F-62/09 RA Strack/Commission – proposition d'arrangement à l'amiable

Vous trouverez en annexe une copie de la lettre du greffe du 19 mars 2010 dans laquelle le Tribunal nous informe de ce qu'il a chargé le juge rapporteur d'explorer avec les parties les possibilités d'un arrangement à l'amiable éventuel.

Sans vouloir préjuger de l'affaire, le Tribunal fait observer qu'il n'y a pas encore eu exécution complète des arrêts du 30 janvier 2008, Strack/Commission, T-85/04 et T-394/04 qui concernent l'exercice d'évaluation 2001/2002 et l'exercice de promotion 2003 et qu'un arrêt du Tribunal ne pourrait en tant que tel changer cet état de fait.

Comme le requérant lui-même fait remarquer que selon lui l'administration ne pourrait finaliser utilement les procédures vu le temps passé depuis et vu le fait [REDACTED]

[REDACTED]. Le Tribunal s'interroge si un arrangement à l'amiable mettant définitivement fin à l'affaire et donc à l'obligation pour le Commission de finaliser les travaux d'évaluation et de promotion en cause [REDACTED] par la Commission ne serait pas possible. Dans une telle optique le Tribunal pense que la Commission [REDACTED].

Le Tribunal invite les parties à l'informer au plus tard le 29 mars 2010 si elles acceptent le principe d'un arrangement à l'amiable. La réunion informelle serait, en cas d'accord des parties sur un tel principe, fixée au 12 mai 2010 à 15 heures.

Sinon une audience de plaidoirie sera fixée en juin 2010.

Nous vous prions dès lors de nous informer au plus tard le 26 mars 2010 si l'AIPN peut être d'accord avec le principe d'un arrangement à l'amiable éventuel. Il faudrait aussi dans un tel cas réfléchir sur nos idées sur le contenu d'un tel accord.

Julian CURRALL

Gérard BERSCHIED



Annexe: lettre du Greffe

Copie: Me Wägenbaur



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

33(1)

Brüssel, den 26. Oktober 2009
JUR(2009)45736 GB/sm

An die Kanzlerin des Gerichts für
den Öffentlichen Dienst der EU
35a, Bd John F. Kennedy
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rs. F-62/09, Strack / Kommission, Korrigendum zur Klagebeantwortung

Frau Kanzlerin,

in der Klagebeantwortung der Beklagten in obiger Rechtssache haben sich zwei Schreibfehler eingeschlichen, die hiermit berichtigt werden:

1. In der die Klageanträge wiedergebenden Randnummer 16, Ziffer 3), dritte Zeile heißt es „**mindestens 110 EUR pro Tag**“.

Richtig muss es heißen: „**mindestens 10 EUR pro Tag**“ (wie auf Seite 2, Ziffer 3), dritte Zeile der Klageschrift beantragt).

2. Die Randnummer 24, letzte Zeile lautet derzeit:

„Dabei lag es in der Natur der Sache, dass das Urteil in der Rs. T-394/04 erst im Anschluss an die Umsetzung des Urteils in der Rs. T-85/04 erfolgen konnte.“

Vollständig lautet der Satz wie folgt:

„Dabei lag es in der Natur der Sache, dass die **Umsetzung des Urteils** in der Rs. T-394/04 erst im Anschluss an die **Umsetzung des Urteils** in der Rs. T-85/04 erfolgen konnte“.

Genehmigen Sie, Frau Kanzlerin, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Julian CURRALL

Prozessbevollmächtigte

Gérard BERSCHÉID

Bertrand WÄGENBAUR LL.M.

Rechtsanwalt



COMMISSION EUROPÉENNE
DIRECTION GÉNÉRALE
PERSONNEL ET ADMINISTRATION
Direction B - Statut: politique, gestion et conseil
Recours

37
LETTRE
SERVICE JURIDIQUE

1 0. 07. 2009

LETT(09) 45060

ARR.
Bruxelles, le 9 juillet 2009
ADMIN.B.2/LN/jmt - D(09)Recart90-
546/08/17

**NOTE A L'ATTENTION DE M. JULIAN CURRALL
CONSEILLER JURIDIQUE, SERVICE JURIDIQUE**

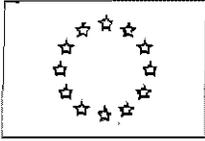
Objet : Affaire F-62/09, M. Guido STRACK

Réf. : Votre courriel n° JUR(09)45535 du 9 juillet 2009

Suite à votre note citée en référence, je n'ai pas d'observations à ajouter par rapport à celles développées dans la décision de l'AIPN en réponse à la réclamation n° R/546/08 de M. Guido STRACK.

Par ailleurs, je vous saurais gré de me faire parvenir un projet de mémoire afin de pouvoir y apporter nos commentaires éventuels.

Annexe : Dossier de la réclamation n° R/546/08 (dossier rouge)



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1412

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats Kemmler Rapp Böhlke
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-62/09 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - **Objet du contrat:**

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Gérard BERSCHIED ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 7.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED], Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

5.000 € pour la procédure écrite

2.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

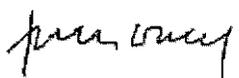
Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

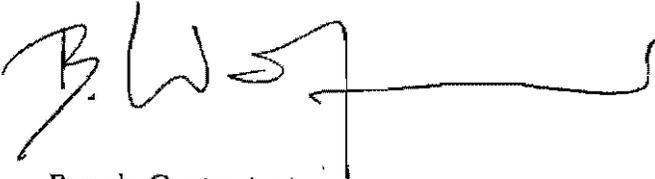
B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à Bruxelles, le 9/12/2009 et en double exemplaire


Pour la Commission


Pour le Contractant

AN

CONDITIONS GÉNÉRALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement - Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendaire suivant la date limite de paiement et la date du paiement inclus. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 - Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

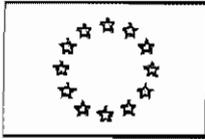
Article 10 - Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde.

Article 11 - Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.

.....



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1411

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maitre Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhle*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-61/09 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - Objet du contrat:

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, ci-après « les agents » de la Commission.

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 7.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhle) auprès de la [REDACTED], Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

5.000 € pour la procédure écrite

2.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à, le et en double exemplaire

Pour la Commission

Pour le Contractant

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement – Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 – Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 – Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 – Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1438

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maitre Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhke*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-118/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - **Objet du contrat:**

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 8.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

7.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

43

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à, le et en double exemplaire

Pour la Commission

Pour le Contractant

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE

Article 1 - Obligations du Contractant

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement - Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 - Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 - Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquantième anniversaire de la date de paiement du solde.

Article 11 - Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1440

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maitre Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats Kemmler Rapp Böhlke
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-132/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - **Objet du contrat:**

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, ci-après « les agents » de la Commission.

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 5.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED], Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

4.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à, le et en double exemplaire

Pour la Commission

Pour le Contractant

CONDITIONS GÉNÉRALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUEArticle 1 - Obligations du Contractant

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a réalisé le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement - Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 - Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 - Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde.

Article 11 - Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.



Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats Kemmler Rapp Böhlke
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-121/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - **Objet du contrat:**

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, ci-après « les agents » de la Commission.

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 4.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED] selon l'échéancier suivant:

3

3.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à, le et en double exemplaire

Pour la Commission

Pour le Contractant

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement – Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 – Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 – Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 – Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

46(2)

Contrat d'assistance juridique SJ/2009/.1412

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhlke*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-62/09 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - **Objet du contrat:**

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Gérard BERSCHIED ou toute autre personne désignée ultérieurement, ci-après « les agents » de la Commission.

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 7000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte [REDACTED], (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles [REDACTED]

3

La facturation se fait au terme de la mission.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à, le et en double exemplaire

Pour la Commission

Pour le Contractant

CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles, et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété Intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'Intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement - Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés aient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 - Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 - Contrôles

Le Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 - Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.



Brüssel, den 17. 09. 2009

VOLLMACHT

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat gemäß Artikel 19 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften

Julian CURRALL

und

Gérard BERSCHÉID

Beistand : **Me Bertrand WÄGENBAUR**
Kemmler, Rapp & Böhlke
Rond-Point Schuman 9, Bte 9
1040 Bruxelles

beauftragt, sie in dem Verfahren Nr. F-62/09

Guido Strack

gegen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

zu vertreten.

Für die Kommission,

Luis ROMERO REQUENA
Generaldirektor
des Juristischen Dienstes

SERVICE JURIDIQUE
CELLULE FINANCIÈRE

16.07.10 000557

LETT 5947

Rue des Colonies 11

B-1000 Bruxelles

b.waegenbaur@albergeiger.com

WÄGENBAUR

SPRL

53

Tel ++ 32 2 517 61 64

Fax ++ 32 2 517 65 00

GSM ++32 476 45 55 52

12 juillet 2010

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

200, Rue de la Loi

B-1049 Bruxelles

TVA : Non assujettie

FACTURE 18 / 2010

Pour mes prestations dans le cadre du contrat d'assistance juridique SJ/2009/1412 portant sur le recours dans l'affaire F-62/09, Guido Strack c/ Commission, je me permets de porter au compte de la Commission, comme suite aux réunions informelles du 4.5.2010 et du 6.7.2010 devant le TFP, les honoraires convenus pour la procédure orale,

- Procédure orale,

2.000 €

Je vous prie de bien vouloir effectuer le paiement par virement bancaire à mon compte [REDACTED] (Wägenbaur sprl) auprès de la [REDACTED] Bruxelles.



Bertrand Wägenbaur LL.M.
Rechtsanwalt (Hamburg)
Avocat (Bruxelles)

*Société civile à forme de société privée à responsabilité limitée

No. de TVA [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

KEMMLER RAPP BÖHLKE
EU LAW OFFICE

TELEPHONE +32-2-230 90 75
TELESCOPIEUR +32-2-230 14 16
E-MAIL ERB@EUROJURA.BE

SERVICE JURIDIQUE
CELLULE FINANCIERE
04.0010 000002
lett - 5502
ROND POINT SCHUMAN 9, BTE 9
B - 1040 BRUXELLES
BELGIQUE

55

Commission Européenne
Service Juridique
Berlaymont
200 rue de la Loi
1049 Bruxelles

Le 15 décembre 2009

A l'attention de
Monsieur Jürgen Grunwald
Conseiller Juridique

TVA : Néant

Note d'honoraires Nr. 2009/163

Pour nos prestations dans le cadre de l'affaire

F-62/09

Guido STRACE

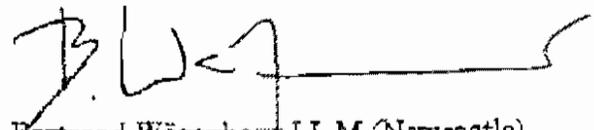
Contrat d'assistance juridique S.M/2009/1412

je me permets de porter au compte de la Commission européenne, après remise du mémoire en défense :

• un premier acompte de € 5.000,-
sur les honoraires convenus
de € 7.000,-.

Auriez-vous l'obligeance de verser ce montant au compte de notre association d'avocats Nr. [REDACTED] (Kemmler Rapp Böhlke) auprès de la [REDACTED] Bruxelles.

D'avance, nous vous en remercions.


Bertrand Wagenbaur LL.M (Newcastle)
Rechtsanwalt (Oberlandesgericht Hamburg)
Avocat associé (Barreau Français de Bruxelles)

(B(2))

From: [REDACTED]
Sent: Wednesday, August 11, 2010 3:49 PM
To: Tfp Greffe
Cc: CURRALL Julian; BERSCHEID Gerard
Subject: F-62/10, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 20

Bonjour,

Dans le cadre de l'arrangement à l'amiable dans l'affaire en objet, M. Stack a communiqué à votre Tribunal [REDACTED]
[REDACTED]

Ce document se trouve dans une annexe [REDACTED] adressé à la Commission.
Nous supposons que ce document a été traduit vers le FR, à l'attention de M. le juge-rapporteur. Si tel est bien le cas, pourriez-vous nous en envoyer une copie?

Merci d'avance.

Salutations.

G. Berscheid

SJ-M

11/08/2010

BERSCHEID Gerard (SJ)

(C)

From: [REDACTED]
Sent: mercredi 11 août 2010 16:11
To: BERSCHEID Gerard (SJ)
Cc: 'Bertrand Wägenbaur'; CURRALL Julian (SJ); [REDACTED]
Subject: RE: F-62/10, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Cher Gérard,

Ok pour la signature par [REDACTED] et, bien sûr, je mettrai Me Wägenbaur en copie.

A bientôt!

[REDACTED]

From: BERSCHEID Gerard (SJ)
Sent: Wednesday, August 11, 2010 4:05 PM
To: [REDACTED]
Cc: 'Bertrand Wägenbaur'; CURRALL Julian (SJ); [REDACTED]
Subject: RE: F-62/10, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Chère [REDACTED]

Excellent idée.

Une fois le projet de HR établi pourriez-vous aussi le mettre en copie pour notre avocat, Me Bertrand Wägenbaur, pour gagner du temps. [REDACTED]

Bien à toi!

Gérard

From: [REDACTED]
Sent: Wednesday, August 11, 2010 3:55 PM
To: BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: RE: F-62/10, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Ah, bonne idée! De mon côté, j'ai demandé à la secrétaire de taper le document (qui est en pdf, tentative de conversion ratée) en document word pour que nous puissions y intégrer les modifications en 'track changes'.

From: BERSCHEID Gerard (SJ)
Sent: Wednesday, August 11, 2010 3:51 PM
To: [REDACTED]
Subject: FW: F-62/10, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Pour info. Essayons ce que ça donne ...

From: [REDACTED]
Sent: Wednesday, August 11, 2010 3:49 PM
To: 'Tfp Greffe'
Cc: CURRALL Julian (SJ); BERSCHEID Gerard (SJ)
Subject: F-62/10, Guido STRACK c/Commission - arrangement à l'amiable lors de l'audience informelle du 6 juillet 2010

Bonjour,

Dans le cadre de l'arrangement à l'amiable dans l'affaire en objet, M. Stack a communiqué à votre Tribunal [REDACTED]

Ce document se trouve dans une annexe [REDACTED], adressé à

©

la Commission.

Nous supposons que ce document a été traduit vers le FR, à l'attention de M. le juge-rapporteur. Si tel est bien le cas, pourriez-vous nous en envoyer une copie?

Merci d'avance.

Salutations.

G. Berscheid

SJ-M

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001, Ihr Schreiben vom 04.10.2011 ARES(2011)1050519

Datum: Mon, 28 Nov 2011 12:26:16 +0100

Von: Johannes Ludwig <johannes.ludwig@haw-hamburg.de>

An: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Sehr geehrter Herr Maes,

vielen Dank für Ihr o.g. Schreiben.

Wenn ich Ihre dortigen Ausführungen richtig verstanden habe, sehen Sie nunmehr den unter Punkt 2 aufgeführten Teil meines Antrages als hinreichend bestimmt an. Wir kommen dem Ziel also näher.

Was Ihre Ausführungen zum Volumen meines Antrages angeht, so sehe ich zwar ein, dass dies einiges an Arbeit für Ihre Dienste mit sich bringen kann, andererseits scheint mir dies aber wohl kein Grund für eine Versagung, sondern allenfalls für eine gewisse Verzögerung der Behandlung meines Antrages zu sein. Ich schlage daher vor den Gesamtantrag auch weiterhin in etwas handlichere Teile zu zerlegen und diese stufenweise abzuarbeiten.

Erstens beantrage ich daher - und bitte Sie um umgehende Bestätigung der entsprechenden Registrierung - nunmehr unter Berufung auf die Verordnung 1049/2001 umgehenden vollständigen Zugang zu allen Akten und Unterlagen der Rechtsstreite F-132/07 und T-199/11P insbesondere zu der dort streitgegenständlichen CD-ROM. Insoweit bestehe ich auf der Einhaltung der gesetzlichen Bearbeitungsfristen, da dieser Antrag aus meiner Sicht kein übermäßiges Volumen hat.

Zweitens beantrage ich und bitte Sie um umgehende Bestätigung der entsprechenden Registrierung nunmehr unter Berufung auf die Verordnung 1049/2001 vollständigen Zugang zu allen Akten und Unterlagen der weiteren unter 2.f. des o.g. Schreibens gelisteten Rechtsstreite. Insoweit wäre ich mit einem einverständlichen Aufschub der gesetzlichen Bearbeitungsfristen einverstanden, wenn Sie mir binnen innerhalb jener Fristen einen Plan übermitteln innerhalb welcher Zeiträume Sie meinen Antrag abarbeiten werden. Der Gesamtbearbeitungszeitraum sollte aus meiner Sicht dabei eine Dauer von 3 Monaten nicht überschreiten und eine frühere Lieferung von Teilmengen beinhalten.

Drittens stelle ich die weiteren Antragsteile zunächst zurück, werde diese aber erneut vollständig beantragen und notfalls auch rechtlich geltend machen, falls eine Einigung im hier vorgeschlagenen Sinne nicht möglich ist oder Ihrerseits nicht beachtet werden sollte.

Was die Persönlichkeitsrechte von Herrn Strack angeht, verweise ich auf die Ausführungen in meinem Ausgangsantrag. Wenn Sie ihn vorab fragen, dürften sich viele der Schwärzungen erledigen und sich Ihr Arbeitsaufwand entsprechend reduzieren.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

--

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Von: Johannes Ludwig johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Datum: 28. November 2011 12:24

Betreff: Zweit Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001, GesDEM Nr. 2011/5070

An: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu, Catherine.Day@ec.europa.eu

Sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

hiermit stelle ich im o.g. Verfahren unter Aufrechterhaltung meines Erstantrages Zweit Antrag gegen die Entscheidung ARES (2011) 1180257 vom 07.11.2011.

Ich hatte im Rahmen des vorliegenden Antrages beantragt: Zugang zu den Dokumenten aus Verwaltungs- und Gerichtsverfahren bzgl. Herrn Guido Strack, die bereits aufgrund früherer Anträge auf Zugang zu Dokumenten verbreitet wurden. Dies umschloss nach meinem Verständnis alle Dokumente die auf Antrag des Herrn Strack selbst oder auf Anträge Dritter unter Bezug auf die Verfahren des Herrn Strack seitens der EU-Kommission vollständig oder zum Teil herausgegeben wurden.

Mein heutiger Zweit Antrag richtet sich dagegen, dass:

1. Mir nicht alle relevanten Dokumente übermittelt wurden.
2. Mir die übermittelten Dokumente z.T. nur mit Schwärzungen übermittelt wurden, ohne dass diese Schwärzungen, begründet und auf einen heute noch tauglichen Versagungsgrund gestützt wurden.

Zu 1.:

Schon aus einer von einem Ihrer Amtsvorgänger 03.06.2005 an den Europäischen Bürgerbeauftragten übermittelten Liste von Dokumentenzugangsanträgen des Herrn Strack ergibt sich, dass es viel mehr Anträge und auch mehr daraus an Herrn Strack herausgegebene Dokumente geben muss, als jene die mir übermittelt wurden. Dies wird weiter bestätigt durch einen Blick in das Amtsblatt C 297 vom 08.12.2007, Seite 46 und auch aus den Urteilen der EU-Gerichte im Fall Strack ergeben sich zahlreiche weitere Hinweise auf Dokumente die von der Kommission an Herrn Strack auf Anträge auf Dokumentenzugang hin herausgegeben wurden. Darüber hinaus erscheint es mir äußerst unwahrscheinlich, dass es keinerlei Anträge auf Zugang zu Dokumenten zu den Verfahren des Herrn Strack von Seiten Dritter gegeben haben soll. Was den Schutz evtl. Persönlichkeitsrechte, insbesondere von Herrn Strack, in diesem Zusammenhang angeht, verweise ich nochmals auf die Ausführungen in meiner Email vom 03.08.2011. Ich erlaube mir insoweit auch Herrn Strack eine Kopie dieser Email zuzusenden.

Zu 2.:

Mein vorliegender Antrag ist entstanden aus einer „Auskopplung“ meines ursprünglichen, weitergehenden Antrages und geht zurück auf die Bemerkung ihrer Dienste betroffene Dokumente nicht identifizieren zu können. Ich bin der Meinung dass ich spätestens mit meiner Email vom 26.09.2011 auch hinsichtlich des vollständigen Ursprungsantrages eine hinreichende Konkretisierung

vorgenommen habe und bitte Sie, das Verhalten Ihrer Kollegen auch insoweit und unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung einer guten Verwaltungspraxis zu überprüfen. Jedenfalls war aber der vorliegende Antragsteil hinsichtlich der betroffenen Dokumente selbst nach Ansicht Ihrer Dienste hinreichend bestimmt. Demnach hätten mir alle davon betroffenen Dokumente vollständig und ungeschwärzt herausgegeben werden müssen. Ich hatte nämlich nie eine Beschränkung nur auf die Fassung der Dokumente vorgenommen, wie sie bereits früher herausgegeben worden war. Dies belegt Punkt I.3. meiner Email vom 26.09.2011. Für alle Dokumente die mir nur teilgeschwärzt überlassen wurden, hätte die Kommission demnach eine noch heute taugliche Begründung für die Schwärzungen angeben müssen. Dies ist aber nicht erfolgt. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang noch, dass angesichts der scheinbar ja geringen Anzahl der vom vorliegenden Antrag umfassten teilgeschwärzten Dokumente, die Ausführungen von Herrn Maes in seinem Schreiben vom 04.10.2011 zumindest insoweit nicht tragfähig sind.

Im Übrigen bitte ich Sie herzlichst Kontakt mit OLAF aufzunehmen und dieses Amt um eine Beantwortung meiner diversen Emails z.B. vom 26.09.2011 und vom 03.08.2011 zu ersuchen.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35
22081 Hamburg
040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Ihr Zweiantrag auf Zugang zu Dokumenten - GestDem 2011-5070 – LUDWIG

Datum: Fri, 6 Jan 2012 16:22:06 +0100

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An: Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Sehr geehrter Herr Ludwig,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben hinsichtlich Ihres Zweiantrages auf Zugang zu Dokumenten (GestDem 2011-5070).

<<Ludwig2 - DE.pdf>>

Mit freundlichen Grüßen,

Paul SIMON

Europäische Kommission

Generalsekretariat

Referat SG.B.5 "Transparenz"



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz

Brüssel, den
SG.B.5/MKU/psi – Ares(2011)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
DE -2081 Hamburg
DEUTSCHLAND

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 - GestDem Nr. 2011/5070

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich nehme Bezug auf Ihre beiden E-Mails vom 28. November 2011, von 12:24h (im Folgenden: Ihre erste E-Mail) und von 12:26h (im Folgenden: Ihre zweite E-Mail). In Ihrer ersten E-Mail bitten Sie um eine Überprüfung des Standpunktes des Generalsekretariats in seinem Schreiben vom 7. November 2011 bezüglich Ihres Erstantrages vom 26. September 2011. Ihre zweite E-Mail betrifft den noch nicht registrierten Teil Ihres Antrags vom 3. August 2011, wie präzisiert durch Ihre E-Mails vom 15. August 2011 und 26. September 2011; in ihr präzisieren Sie diesen weiter und teilen ihn auf.

Mit dem vorliegenden Schreiben wird auf Ihre beiden E-Mails wie folgt geantwortet:

1. IHRE ERSTE E-MAIL

Wir haben am 6. Januar 2012 Ihren Zweitantrag hinsichtlich der Antwort des Generalsekretariats vom 7. November 2011 auf Ihren Antrag GestDem 2011/5070 registriert. Sie werden eine Antwort innerhalb von 15 Arbeitstagen, also bis zum 27. Januar 2012 erhalten.

Gemäß Ihrer Bitte in Ihrer ersten E-Mail haben wir Kontakt mit OLAF aufgenommen, um an die Antwort auf Ihren Erstantrag hinsichtlich der Dokumente im Besitz von OLAF zu erinnern.

2. IHRE ZWEITE E-MAIL

In Ihrer zweiten E-Mail halten Sie einerseits Ihren Erstantrag aufrecht und führen Sie andererseits die Akten auf, zu denen Sie Zugang beantragen, darunter alle Rechtsstreite hinsichtlich Herrn Strack (19 Verfahren). Sie führen jedoch aus, dass Sie zunächst Zugang zu allen Akten und Unterlagen der Rechtsstreite F-132/07 und T-199/11 P und insbesondere zu der streitgegenständlichen CD-ROM beantragen. Hinsichtlich dieses Teils Ihres Antrags bestehen Sie auf der Einhaltung der gesetzlichen Bearbeitungsfristen, da dieser Antrag aus Ihrer Sicht kein übermäßiges Volumen hat.

Hinsichtlich Ihres Antrages auf Zugang zu allen Akten und Unterlagen der anderen unter Punkt 2.f. Ihrer E-Mail vom 26. September 2011 genannten Rechtsstreite, erklären Sie sich mit einem gewissen Aufschub der gesetzlichen Bearbeitungsfristen einverstanden, unter der Bedingung, dass wir Ihnen einen Plan übermitteln, innerhalb welcher Zeiträume Ihr Antrag abgearbeitet wird. Ihrer Sicht nach sollte der Gesamtbearbeitungszeitraum eine Dauer von drei Monaten nicht überschreiten und eine frühere Lieferung von Teilmengen beinhalten.

Drittens stellen Sie die weiteren Teile Ihres Antrags zunächst zurück; Sie kündigen jedoch an, dass Sie diese erneut vollständig beantragen und notfalls auch rechtlich geltend machen werden, falls eine Einigung im von Ihnen vorgeschlagenen Sinne nicht möglich ist oder von uns nicht beachtet werden sollte.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass, wie von der Rechtsprechung anerkannt¹, die Kommission die Möglichkeit haben muss, das Interesse am Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten einerseits mit der daraus resultierenden Arbeitsbelastung andererseits abzuwägen, um in besonderen Fällen das Interesse an einer geordneten Verwaltung zu schützen. Daher muss ich Ihnen hinsichtlich Ihres Antrags zu den Akten und Unterlagen der unter Punkt 2.f. Ihrer E-Mail vom 26. September 2011 aufgelisteten Rechtsstreite (außer den Rechtsstreiten F-132/07 und T-199/11 P), mitteilen, dass dieser Antrag nicht bearbeitet werden kann, da er noch immer offenbar unverhältnismäßig ist. Dieser Teil Ihres Antrags betrifft eine offenbar übermäßige Anzahl an Rechtsstreiten und folglich Dokumenten, deren konkrete und individuelle Prüfung die Gesamtheit derjenigen Mitglieder des juristischen Dienstes, die für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zuständig sind, für eine unbestimmte Zeit auslasten und daher das Funktionieren dieses Dienstes und der Institution schwer beeinträchtigen würde.

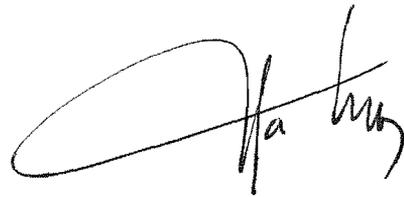
Wie bereits in unserem Schreiben vom 4. Oktober 2011 angegeben, enthalten die von Ihnen genannten Akten üblicherweise weit mehr als 100 Seiten (ohne das vorhergehende Verwaltungsverfahren), von denen ein großer Teil persönliche Daten enthält, die eine genaue Prüfung der betreffenden Dokumente erfordern.

Sie verstehen, dass bei einem solchen Umfang, die Bearbeitung Ihres Antrags einen offensichtlich unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeuten würde, und dass die Kommission in diesem Fall das Interesse an einer geordneten Verwaltung wahren muss.

¹ Urteil vom 26. Oktober 2011 in der Rechtssache T-436/09, Dufour / Europäische Zentralbank, Rn. 121

Jedoch ist die Kommission bereit, Ihren Antrag hinsichtlich der Akten der Verfahren F-132/07 und T-199/11 P zu bearbeiten, unter der Bedingung, dass der Umfang auf die von der Kommission in diesen beiden Rechtsstreiten bei Gericht eingereichten Schriftsätze ohne Anlagen beschränkt wird.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maes', with a large, sweeping initial stroke.

Marc Maes
stellv. Referatsleiter

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Von: Johannes Ludwig johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Datum: 23. Januar 2012 14:49

Betreff: Erstantrag auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001

An: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Betrifft:

Erstantrag auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001

Reaktion der Kommission auf meine E-Mail vom 28. November 2011, um 12:26 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beschäftige mich seit einiger Zeit mit dem Thema Whistleblowing und bin dabei u.a. auf den Fall des EU-Beamten Guido Strack gestoßen.

Unsere bisherigen Arbeiten dazu können Sie einsehen unter

www.ansTageslicht.de/whistleblower<<http://www.ansTageslicht.de/whistleblower>>

bzw. auch

www.ansTageslicht.de/Strack<<http://www.ansTageslicht.de/Strack>>

So weit ich in Erfahrung bringen konnte, hat Herr Strack bei Ihnen bereits einige Anträge, Verwaltungsbeschwerden und auch Klagen gegen die Kommission eingebracht, die z.T. bereits abgeschlossen, z.T. aber wohl auch noch anhängig sind.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission und auch auf Artikel 15 AEUV und Artikel 42 EU-Grundrechtscharta, möchte ich Sie hiermit um Übersendung aller bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente (jeweils einschließlich aller Anlagen) bitten. Dies sollte sowohl die Eingaben des Herrn Strack, als auch die Reaktionen und Aktionen der jeweils beteiligten Kommissionsdienststellen, als auch Stellungnahmen Dritter und alle diesbzgl. in Ihrem Hause erstellten Dokumente umfassen.

Klarstellen möchte ich, dass von meinem vorstehenden Antrag unter anderem umfasst sind:

- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356.

Von dem vorstehenden Antrag nehme ich explizit jene Dokumente aus auf, die mir im Rahmen unseres Schriftwechsels seit dem 03.08.2011 bereits übersandt wurden, sowie jene die von meinem jenem Schreiben nachfolgenden „ausgelagerten“ und spezifischeren Dokumentenzugangsanträgen erfasst wurden. D.h. letztlich geht es mir mit dem vorstehenden Antrag um all jene Dokumente die unter den Punkt „Drittens“ meiner Email vom 28. November 2011, um 12:26 Uhr fallen und hinsichtlich deren ich Ihnen in jener Email eine Zurückstellung unter bestimmten Voraussetzungen angeboten hatte.

Der vorstehende Antrag begründet sich daraus, dass jenes Angebot und das darin liegende Zugeständnis unter der einer Bedingung formuliert worden war – die anderen Anträge wie von mir vorgeschlagen nun endlich zu bescheiden - zu deren Einhaltung die Kommission zwar verpflichtet war, die sie aber dennoch nicht eingehalten hat. Somit bleibt mir leider nichts anderes übrig als den Antrag nunmehr in allen seinen Teilen, notfalls auf dem Rechtswege, weiter zu verfolgen, damit sich die offensichtliche Verzögerungsstrategie der Kommission am Ende nicht zu Lasten der Transparenz des Handelns der Europäischen Union und ihrer Organe doch noch durchsetzt. Meine Geduld insoweit ist erschöpft, da sämtliche Kooperationsbemühungen und Angebote meinerseits von der Kommission bisher nur zu weiteren Ausflüchten und Verzögerungen genutzt wurden.

Alle eventuell bei der Bearbeitung des vorstehenden Antrages noch auftretenden Bestimmbarkeitsprobleme sind aus meiner Sicht wegen der klaren Rechtspflicht der Kommission aus Art. 6 der Verordnung 1049/2001 vorrangig von Ihnen zu lösen. Ich bin gerne bereit hierbei mitzuhelfen, wenn Sie mir, unzweifelhaft identifizierbare Dokumente (z.B. all jene aus der Personalakte des Herrn Strack und aus den Akten zur Anerkennung seiner Berufskrankheit) umgehend zugänglich machen und Sie, soweit wirklich Probleme auftauchen sollten, konkrete Fragen an mich richten und dabei erkennen lassen, dass es Ihnen zumindest ab jetzt auch wirklich um die Identifikation von Dokumenten und nicht wie bisher vorrangig um das Abwimmeln meiner Anträge geht.

Was die Übermittlung der hier beantragten Dokumente angeht würde ich eine Übersendung in elektronischer Form, z.B. auf einer CD-Rom. Sollten hierbei Kosten für die öffentliche Hochschule entstehen, darf ich Sie um eine vorherige Kostenabschätzung und Rückbestätigung bitten.

Sollten Sie im Hinblick auf den vorstehenden Antrag Probleme bezüglich der Persönlichkeitsrechte von Herrn Strack oder dritten Personen sehen, so bitte ich Sie schon jetzt, deren Einverständnis mit der Herausgabe der Dokumente an mich einzuholen. Andernfalls bitte Sie darum, mir konkret mitzuteilen

wie eine entsprechende Einwilligungserklärung von Herrn Strack ausgestaltet sein müsste, falls Sie eine solche für notwendig erachten sollten.

Schließlich verweise ich darauf, dass ich alle angefragten Dokumente zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Umgangs der EU-Kommission mit Whistleblowern am Beispiel des Falls Strack zu verwenden und zu veröffentlichen gedenke und bitte, falls dies nötig sein sollte, schon jetzt um ihre Zustimmung zur nicht kommerziellen Veröffentlichung aller mir im Rahmen dieses Antrages zu überlassender Dokumente. Es ist spätestens seit der Anhörung im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments im Mai 2011 außerdem offensichtlich, dass an der o.g. Aufarbeitung auch ein erhebliches öffentliches Interesse besteht, welches im Rahmen Ihrer Bescheidungen ebenfalls zu berücksichtigen ist und aus meiner Sicht auch dazu führen muss, Dokumente selbst dann herauszugeben, wenn oder soweit sie Herrn Strack bisher verweigert wurden. Insoweit verweise ich auch auf die jüngste Rechtsprechung.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Schließlich darf ich Sie noch bitten mir den Eingang dieser Email und die Registrierung meines Antrages baldmöglichst zu bestätigen.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35
22081 Hamburg
040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Von: Johannes Ludwig johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Datum: 23. Januar 2012 14:46

Betreff: Zweit Antrag GestDem Nr. 2011/5070

An: Catherine.Day@ec.europa.eu

Cc: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Betrifft:

- 1) Bearbeitung meines Zweit Antrages auf Dokumentenzugang GestDem Nr. 2011/5070
- 2) Reaktion der Kommission auf meine E-Mail vom 28. November 2011, um 12:24 Uhr
- 3) Schreiben des Herr Maes mit Ref. Ares(2012)16952 - 06/01/2012

Sehr geehrte Frau Day,

ich darf mich für die Bestätigung der Registrierung meines Zweit Antrages vom 28.11.2011 bedanken und darauf wie folgt reagieren:

Ich sehe es als groben Verstoß gegen die Prinzipien einer guten Verwaltungspraxis an, dass mein o.g. Zweit Antrag erst am 06.01.2012 registriert wurde. Ich fordere Sie auf mir umgehend, d.h. spätestens bis zum 27.01.2012 schlüssig zu erläutern, warum eine frühere Registrierung nicht möglich war. Soweit Sie oder Ihre Dienste hierfür verantwortlich waren, fordere ich Sie außerdem zu einer formellen Entschuldigung mir gegenüber und dazu auf, mich so zu stellen, als ob die Registrierung meines Zweit Antrages im zeitlich geboten Rahmen, also innerhalb von spätestens 3 Arbeitstagen erfolgt wäre.

Wenn Sie mir bis zum 27.01.2012 nicht darlegen, dass die oben genannte Verzögerung ausschließlich auf von Ihnen und Ihren Diensten nicht zu vertretenden Umständen (höhere Gewalt) beruhte, so folgt aus jener Verzögerung für mich außerdem, dass Sie weitere Verzögerungen der Behandlung meines Antrages in jedem Falle vermeiden müssen. Demnach weise ich schon jetzt höchst vorsorglich darauf hin, dass ich einen weiteren Aufschub der Dokumentenherausgabe über den 27.01.2012 hinaus – auch in Form einer Fristverlängerung – keinesfalls akzeptieren und die ganze Angelegenheit dann einerseits öffentlich machen und andererseits zur Wahrnehmung meiner Rechte meinem Anwalt übergeben werde.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

...

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Von: Johannes Ludwig johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Datum: 23. Januar 2012 14:47

Betreff: Zweitanträge auf Dokumentenzugang

An: Catherine.Day@ec.europa.eu

Cc: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Betrifft:

Zweitanträge auf Dokumentenzugang

bzgl. der beiden Erstanträge auf Dokumentenzugang in meiner E-Mail vom 28. November 2011, um 12:26 Uhr und deren Ablehnung durch Schreiben des Herr Maes mit Ref. Ares(2012)16952 vom 06/01/2012

Sehr geehrte Frau Day,

hiermit stelle ich im hinsichtlich der zwei in meiner beigefügten E-Mail vom 28. November 2011, um 12:26 Uhr enthaltenen Erstanträge auf Dokumentenzugang nunmehr Zweitanträge auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001 und beantrage auch weiterhin Zugang zu den in jener Email unter Erstens und Zweitens bezeichneten Dokumenten.

Das Schreiben des Herrn Maes mit Ref. Ares(2012)16952 vom 06/01/2012 stellt, gerade auch angesichts des vorhergegangenen Schriftwechsels, hinsichtlich beider Erstanträge eine Ablehnung meiner Anträge dar bzw. muss zumindest rechtlich als solche behandelt werden, gegen die ich die Gelegenheit haben muss, nunmehr Zweitanträge zu stellen.

Hinsichtlich meines Erstantrages zu Erstens: Hat Herr Maes diesen abgelehnt, in dem er eine Registrierung verweigert und die Behandlung meines Antrages an eine Bedingung geknüpft hat, die rechtlich durch nichts gerechtfertigt ist. Es handelt sich um eine klar spezifizierte überschaubare Dokumentengesamtheit im Zusammenhang mit lediglich zwei Rechtssachen und es obliegt allein mir zu entscheiden, ob ich insoweit auch Zugang zu den Anlagen und der CD-ROM haben möchte (was der Fall ist) oder nicht. Auch aus dem Volumen jenes Antrages ergibt sich nichts anderes. Die von der Rechtsprechung zur Vermeidung einer nachgewiesenen drohenden Lähmung der Institutionen höchst ausnahmsweise akzeptierte, vor allem zeitliche, Sonderbehandlung setzt viel größere und ganz exzeptionelle Volumina voraus. Mit ein paar hundert oder selbst im einstelligen Tausenderbereich liegenden Seitenzahlen wird jene Schwelle angesichts der Leistungsfähigkeit einer so großen Organisation wie der Europäischen Kommission sicherlich nicht einmal annäherungsweise erreicht. Die Problematik der Prüfung etwaiger Ausnahmegründe stellt sich ohnehin immer und im vorliegenden Fall angesichts der offenbar gegebenen Einwilligungsbereitschaft des Herrn Strack wohl eher abgeschwächt, kann also ebenfalls die von der Kommission vorgeschlagene Beschränkung meines Antrages nicht legitimieren.

Hinsichtlich meines Erstantrages zu Zweitens: Hatte ich ebenfalls eindeutig einen Erstantrag formuliert und lediglich der Kommission im Hinblick auf das insoweit höhere Volumen einen entgegenkommenden Vorschlag hinsichtlich der einzuhaltenden Verfahrensfristen unterbreitet. Dieser wurde von Herrn Maes nicht angenommen, weshalb mein Antrag nunmehr ohne diese

Fristeinschränkung als gestellt gelten musste und auch so von Herrn Maes zu behandeln gewesen wäre. Ich habe damit Art. 6 der Verordnung 1049/2001 vollständig genüge getan. Mein Antrag war demnach ordnungsgemäß zu registrieren und fristgemäß zu entscheiden gewesen. Dass Herr Maes dies nun endgültig ablehnt hat, muss einem ablehnenden Erstbescheid gleichgestellt werden, da mir ansonsten jegliche Rechtsschutzmöglichkeit, die die Verordnung 1049/2001 vorsieht, genommen wäre. Die Kommission hat es auch in jeglicher Hinsicht versäumt einen aus ihrer Sicht gangbaren Weg aufzuzeigen wie meinem Grundrecht auf Dokumentenzugang letztlich genügt werden könnte. Sie kann sich auch hinsichtlich dieses Antrages daher nicht auf die von ihr zitierte Rechtsprechung berufen, die ihr genau jene Verpflichtung aufbürdet, um die Verwirklichung des Grundrechts sicherzustellen.

Hinsichtlich des Gliederungspunktes zu Drittens aus der o.g. Email werde ich, wie angekündigt, nunmehr einen neuen Erstantrag stellen.

Ich darf Sie um eine umgehende Registrierungsbestätigung dieser Zweitanträge bitten.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35

22081 Hamburg

040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15
mail@johannesludwig.de
www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

----- Original-Nachricht -----

Betreff: GESTDEM 2011/5070

Datum: Fri, 27 Jan 2012 19:58:47 +0100

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An: Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben in Antwort auf Ihre drei E-Mails vom 23. Januar 2012.

<<Ludwig3 - DE.pdf>>

Mit freundlichen Grüßen,

Carlos Remis

SG.B.5.

Transparence.

Berl. 05/329.



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz

Brüssel, den 27.01.2012
SG.B.5/MKU/rc – Ares(2012)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-22081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 - GestDem Nr. 2011/5070

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich nehme Bezug auf Ihre drei E-Mails vom 23. Januar 2012, von 14:46h (im Folgenden: Ihre erste E-Mail), von 14:48h (im Folgenden: Ihre zweite E-Mail) und von 14:49h (im Folgenden: Ihre dritte E-Mail). In Ihrer ersten E-Mail reagieren Sie auf die Registrierung Ihres Zweitanspruches im Fall GestDem 2011/5070 im ersten Teil unseres Schreibens vom 6. Januar 2012. In Ihrer zweiten E-Mail verlangen Sie die Überprüfung des Standpunktes des Generalsekretariats im zweiten Teil dieses selben Schreibens vom 6. Januar 2012 hinsichtlich des Antrags in Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h. In Ihrer dritten E-Mail stellen Sie einen neuen Erstantrag, der denjenigen Teilen entspricht, die Sie im dritten Punkt Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h zurückgestellt haben.

Mit dem vorliegenden Schreiben wird auf Ihre drei E-Mails wie folgt geantwortet:

1. IHRE ERSTE E-MAIL

In Ihrer ersten E-Mail geben Sie Ihrer Unzufriedenheit über den Umstand Ausdruck, dass Ihr mit E-Mail vom 28. November 2011, 12:24h gestellter Zweitanspruch erst am 6. Januar 2012 registriert wurde. Sie verlangen eine Erläuterung, dieser Verspätung und beantragen, so gestellt zu werden, als ob die Registrierung Ihres Zweitanspruches im zeitlich gebotenen Rahmen, also innerhalb von spätestens 3 Arbeitstagen erfolgt wäre. Weiterhin widersprechen Sie im Voraus einer möglichen Fristverlängerung über den 27. Januar 2012 hinaus.

Ich verstehe Ihre Unzufriedenheit über die verzögerte Registrierung, ich muss jedoch feststellen, dass diese in der besonderen Komplexität Ihres Antrags begründet lag, der sich aus einer Vielzahl von Teilen zusammensetzt und eine große Anzahl von Dokumenten umfasst. Er stellte daher sowohl juristische als auch praktische Probleme, die vor der Registrierung Ihres Zweitantrags gelöst werden mussten. Sie werden verstehen, dass es praktisch unmöglich ist, Sie so zu stellen, als ob die Registrierung innerhalb von spätestens 3 Arbeitstagen erfolgt wäre. Im Gegenteil muss ich sie davon informieren, dass wir nicht in der Lage waren, bis zum heutigen Tag, an dem die von Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Frist abläuft, über alle für eine abschließende Entscheidung in der Sache erforderlichen Grundlagen zu verfügen. Wir müssen daher gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung diese erste Frist um 15 Arbeitstage verlängern. Die neue Frist läuft am 17. Februar 2012 ab. Ich möchte Sie darum bitten, uns für die durch diese Fristverlängerung eventuell verursachten Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.

2. IHRE ZWEITE E-MAIL

In Ihrer zweiten E-Mail gehen Sie davon aus, dass der zweite Teil des Schreibens des Generalsekretariats vom 6. Januar 2012 als eine ablehnende Erstantwort auf Ihren in Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h gestellten Antrag auf Zugang zu Dokumenten (in seinen beiden Teilen) zu behandeln ist. Sie stellen daher einen Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung 1049/2001.

Wie allerdings im zweiten Teil des genannten Schreibens dargelegt, haben wir diesen Antrag nicht registrieren können, da er einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeuten würde. Wie in unserem Schreiben vom 6. Januar 2012 erläutert, umfasst Ihr Antrag eine offenbar übermäßige Anzahl an Rechtsstreiten und folglich Dokumenten, deren konkrete und individuelle Prüfung die Gesamtheit derjenigen Mitglieder des juristischen Dienstes, die für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zuständig sind, für eine unbestimmte Zeit auslasten und daher das Funktionieren dieses Dienstes und der Institution schwer beeinträchtigen würde.

Dagegen haben wir, um im Sinne von Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung 1049/2001 eine angemessene Lösung zu finden, vorgeschlagen, Ihren Antrag auf die Akten der Verfahren F-132/07 und T-199/11 P ohne Anlagen zu beschränken. Leider haben Sie in Ihrer zweiten E-Mail diesen Vorschlag abgelehnt.

In dieser Situation muss ich Sie darüber informieren, dass der von Ihnen in Ihrer zweiten E-Mail gestellte Zweitantrag unzulässig ist, da er sich nicht gegen eine Erstantwort auf einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten richtet. Im Hinblick auf Ihre Ablehnung unseres Vorschlags für eine angemessene Lösung kann ich daher im Moment nicht erkennen, wie ich Ihrem Antrag auf Zugang zu Dokumenten, den Sie in Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h gestellt und in Ihrer zweiten E-Mail wiederholt haben, Folge leisten kann.

3. IHRE DRITTE E-MAIL

In Ihrer dritten E-Mail verlangen Sie Zugang zu "alle[n] bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente[n]" (jeweils

einschließlich aller Anlagen)". Sie erläutern dass von diesem Antrag unter anderem umfasst sind:

"- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

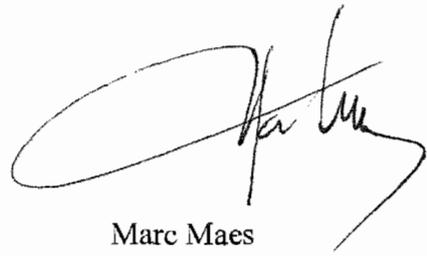
- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356".

Von diesem Antrag nehmen Sie diejenigen Dokumente aus, die Ihnen bereits im Rahmen des Schriftwechsels mit der Kommission seit dem 3. August 2011 übersandt wurden, sowie jene, die von einem spezifischeren Antrags auf Zugang zu Dokumenten im Rahmen desselben Schriftwechsels betroffen sind. Sie erläutern, dass Ihr neuer Antrag damit dem dritten Punkt Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h entspricht.

Ich stelle fest, dass dieser Antrag, außer dem Ausschluss von Dokumenten die bereits von anderen Anträgen umfasst sind, mit Ihrem ursprünglichen Antrag vom 3. August 2011 übereinstimmt. Hinsichtlich diesen Antrags haben wir jedoch bereits mit Schreiben vom 10. und 26. August mitgeteilt, dass *"im Hinblick auf die großen Zahl der Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die, wie Sie zu Recht ausführen, nicht auf die von Ihnen genannte Liste beschränkt sind und die potentiell eine Vielzahl von Kommissionsdiensten betreffen, es uns aufgrund der von Ihnen gelieferten Beschreibung nicht möglich ist, alle Dokumente zu ermitteln, die von Ihrem Antrag umfasst sein können."* Dabei haben wir Sie gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung 1049/2001 aufgefordert, Ihren Antrag zu präzisieren. Aus denselben Gründen ist auch Ihr neuer Antrag in Ihrer dritten E-Mail nicht hinreichend präzise, um es der Kommission zu ermöglichen, die von Ihnen beantragten Dokumente zu identifizieren. Aus diesem Grunde, und in Ermangelung einer Präzisierung durch Sie, kann dieser Antrag nicht registriert werden. Hinsichtlich dieser Präzisierung verweisen wir auf unseren vorgehenden Schriftwechsel seit dem 3. August 2011, in welchem Vorschläge zur Präzisierung gemacht wurden. Sollten Sie weitere Unterstützung bei der Präzisierung Ihres Antrages benötigen, zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maes', with a large, sweeping loop on the left side.

Marc Maes
stellv. Referatsleiter

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Ihr Zweiantrag auf Zugang zu Dokumenten - GestDem 2011-5070 – LUDWIG

Datum: Thu, 16 Feb 2012 08:29:58 +0100

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An: Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Sehr geehrter Herr Ludwig,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben hinsichtlich Ihres Zweiantrages auf Zugang zu Dokumenten (GestDem 2011-5070).

<<Ludwig - 2011-5070 DE.pdf>>

Mit freundlichen Grüßen,

Paul SIMON

Europäische Kommission

Generalsekretariat

Referat SG.B.5 "Transparenz"



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz

Brüssel,
SG.B.5/MKu/psi – Ares(2012)

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-22081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-
hamburg.de

**Betreff: Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung
1049/2001 (GestDem 2011/5070)**

Sehr geehrter Herr Ludwig,

ich beziehe mich auf Ihre Email vom 28. November 2011, 12:24h, in der Sie einen Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten stellen.

Am 27. Januar 2012 haben wir die Beantwortungsfrist für Ihren Antrag um fünfzehn Arbeitstage verlängert. Diese Beantwortungsfrist läuft am 17. Februar 2012 ab.

Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen hinsichtlich Ihres Antrags im Sinne der Verordnung Nr. 1049/2001 fristgerecht einen endgültigen Bescheid zuzusenden. Ein Entwurf des Antwortschreibens wurde allerdings bereits erstellt und liegt den zuständigen Stellen zur Genehmigung vor; mit dieser ist demnächst zu rechnen. Da danach nur noch die Unterzeichnung des Schreibens erforderlich ist, kann Ihnen dieses voraussichtlich bald zugestellt werden.

Bitte entschuldigen Sie durch diese weitere Verzögerung eventuell entstandene Unannehmlichkeiten. Der Bescheid wird Ihnen so bald wie möglich zugestellt werden.

Mit der Bitte um Ihr Verständnis verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Marc Maes
stellv. Referatsleiter

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Your confirmatory application for access to documents under Regulation (EC) N° 1049-2001 - GESTDEM 2011/5070

Datum: Wed, 2 May 2012 16:31:59 +0200

Von: Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An: Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Dear Mr Ludwig,

Kindly find the answer to your confirmatory application concerning your request for access to documents pursuant to Regulation (EC) NÁ° 1049/2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents (Gestdem 2011/5070).

Yours sincerely,

Carlos Remis

SG.B.5.

Transparence.

Berl. 05/329.



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Die Generalsekretärin

Brüssel, den 02.05.2012
SG.B.5/MKu/rc – sg.dsg1.b.5(2012)568034

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
D-22081 Hamburg

Par e-mail :
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Zweitantrag nach Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 - GestDem 2011/5070

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

ich nehme Bezug auf Ihre E-Mail vom 28. November 2011, 12h24, registriert am 6. Januar 2012 als Zweitantrag gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ (im Folgenden: Verordnung 1049/2001). In Ihrer E-Mail beantragen Sie eine Überprüfung des Standpunktes, den das Generalsekretariat (im Folgenden: SG) am 7. November 2011 bei der Beantwortung Ihres Erstantrages vom 26. September 2011 eingenommen hat.

1. GEGENSTAND IHRES ERSTANTRAGS

In Ihrem Erstantrag vom 26. September 2011 haben Sie Zugang zu den Dokumenten aus Verwaltungs- und Gerichtsverfahren betreffend Herrn Strack verlangt, die bereits aufgrund früherer Anträge nach Verordnung 1049/2001 verbreitet worden waren (im Folgenden: erster Teil Ihres Erstantrags).

Weiterhin haben Sie Zugang zu den folgenden Dokumenten verlangt:

- a. Hinsichtlich früherer Anträge nach Verordnung 1049/2001 bezüglich Verwaltungs- und Gerichtsverfahren betreffend Herrn Strack: *"die Erst- und ggfls. vorhandene Zweit-Anträge selbst und sämtlicher anlässlich der Beantwortung der Anträge intern oder extern geführter Schriftwechsel, inklusive des sämtlichen internen oder externen Schriftwechsel von sich auf diese Anträge beziehenden Beschwerde- oder Gerichtsverfahren, sowie auf sämtliche Dokumente zu denen mit jenen Anträgen Dokumentenzugang beantragt wurde (mit Ausnahme jener Dokumente zu*

¹ ABl. L145 vom 31.5.2001, S.43.

denen mir bereits nach I. vollständig und ungeschwärzt Zugang gewährt wird)"

- b. *"Die Personalakte des Herrn Strack (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))"*
- c. *"Die medizinische Akte des Herrn Strack (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))"*
- d. *"Die PMO-Akte zu Herrn Stracks Antrag vom 07.03.2005 auf Leistungen im Hinblick auf seine berufsbedingte Erkrankung nach Art. 73 des Beamtenstatuts (Personal-Nr.: (Personal-Nr.: 6499 (als Aktiver) bzw. 134756 (als Pensionär))Aktenzeichen: 20550855)"*
- e. *"Die Akten zu den Ombudsmann-Beschwerdeverfahren (dortige Aktenzeichen nachfolgend) des Herrn Strack und die diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen internen Verwaltungsvorgängen, insbesondere:*

*140-2004-(BB)PB
1434-2004-PB
3402-2004-PB
0144-2005-PB
3002-2005-PB
0723-2006-(WP)PB
0828-2006-WP
1213-2006-(WP)PB
3591-2006-(WP)PB
0056-2007-PB
0429-2007-PB
0672-2007-(WP)PB
1330-2007-PB
0491-2008-PB
1116-2008-PB
1821-2008-PB
2458-2009-PB
0488-2010-PB
2069-2010-PB
0267-2011-PB
0268-2011-PB"*

- f. *"Die Akten zu den Gerichtsverfahren des Herrn Strack (dortige Aktenzeichen nachfolgend) und die diesen jeweils vorgeschalteten, nachfolgenden und/oder in sonstiger Weise zugehörigen internen Verwaltungsvorgängen, insbesondere:*
*T-85/04
T-394/04*

T-4/05
T-225/05 = F-44/05
C-237/06 P
F-37/06
T-392/07
F-118/07
F-119/07
F-120/07
F-121/07
F-132/07
T-221/08
T-526/08 P
F-61/09
F-62/09
F-44/05 RENV
T-197/11 P
T-198/11 P
T-199/11 P
T-268/11 P"

(im Folgenden: zweiter Teil Ihres Erstantrags)

Schließlich haben Sie Ihren Antrag vom 3. August 2011 aufrechterhalten, der gerichtet war auf:

- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;
- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;
- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.
- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.
- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356.

(im Folgenden: dritter Teil Ihres Erstantrags)

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2011 hat das Generalsekretariat den ersten Teil Ihres Erstantrags registriert mit der Maßgabe, dass dieser Antrag die bereits freigegebenen Dokumente in der Form betrifft, wie sie freigegeben wurden.

Hinsichtlich des zweiten Teils Ihres Erstantrags hat das Generalsekretariat in demselben Schreiben ausgeführt, dass die von Ihnen genannten Akten üblicherweise weit über 100 Seiten (ohne das vorangehende Verwaltungsverfahren) enthalten, bei denen ein großer Teil persönliche Daten enthalten, die eine genaue Prüfung der betroffenen Dokumente erfordern.

Das Generalsekretariat hat sie darüber informiert, dass bei einem solchen Umfang die Bearbeitung Ihres Antrags einen offensichtlich unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeuten würde, und dass die Kommission in diesem Fall das Interesse an einer geordneten Verwaltung wahren muss.

Hinsichtlich des dritten Teils Ihres Erstantrags hat sich das Generalsekretariat auf seine vorhergehenden Schreiben vom 10. und 26. August 2011 bezogen, in denen es den Standpunkt vertreten hat, dass dieser Antrag nicht hinreichend präzise ist und in denen es Sie aufgefordert hat, diesen Antrag zu präzisieren.

2. BEWERTUNG IHRES ERSTANTRAGS

In seiner Antwort vom 7. November 2011 auf Ihren Erstantrag hat das Generalsekretariat 47 Dokumente als von Ihrem Antrag umfasst identifiziert wie folgt:

1. Freigegeben unter GestDem Nr. 2004/2748
 - a. Mitteilung des Generalsekretärs an Herrn Brüner, OLAF-Generaldirektor, vom 1. März 2004, Az. D(2004) 1908
 - b. Mitteilung des Generalsekretärs an Vizepräsident Kinnock und andere, vom 1. März 2004, Az. D(2004) 1909
2. Freigegeben unter GestDem Nr. 2006/4606
 - a. Schreiben von Herrn Peter Hustinx, Europäischer Datenschutzbeauftragter, an Herrn Strack vom 30. Oktober 2006, Az. D(2006) 1145
 - b. Schreiben von Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, an Frau Deshayes, Direktorin beim PMO, vom 15. Mai 2006, Az. D(2006) 482
 - c. Schreiben des PMO an Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, vom 2. Juni 2006, Az. D(2006) 13484
 - d. Schreiben von Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, an das PMO, vom 27. Juli 2006, Az. D(2006) 808
 - e. Schreiben des PMO an Herrn Bayo Delgado, stellvertretender Europäischer Datenschutzbeauftragter, vom 7. September 2006, Az. D(2006) 20051, sowie begleitendes Telefax

- f. Schreiben von Herrn Peter Hustinx an das PMO vom 4. Oktober 2006, Az. D(2006) 1014
- 3. Freigegeben unter GestDem Nr. 2008/0591
 - a. Mitteilung an Herrn Brüner, JUR (2005) 30124
 - b. Informationsvermerk, JUR (2006) 30384
 - c. Informationsvermerk, JUR (07) 45367
- 4. Freigegeben unter GestDem Nr. 2009/5013
 - a. E-Mailaustausch zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission hinsichtlich der Koordination der Antworten an Herrn Strack.
 - b. Interner E-Mailaustausch der Kommission hinsichtlich der Antwort auf einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten von Herrn Strack.
- 5. Freigegeben unter GestDem Nr. 2010/5520 und 2011/95 - Erstantrag: siehe Liste in Anhang 1 (30 Dokumente)
- 6. Freigegeben unter GestDem Nr. 2010/5520 und 2011/95 - Zweitantrag:
 - a. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1411
 - b. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1438
 - c. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439
 - d. Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1440

Das Generalsekretariat hat Zugang zu allen identifizierten Dokumenten gewährt, begrenzt auf den Zugang, der bei der vorhergehenden Freigabe gewährt worden war, das heißt, teilweise mit Schwärzungen.

Namentlich sind Teile geschwärzt worden in den unter Punkt 2 c und d und unter 4 a und b verbreiteten Dokumenten und in 25 der 30 unter Punkt 5 verbreiteten Dokumente (welche Gegenstand der Entscheidung unter GestDem Nr. 2010/5520 und 2011/95 waren) und in den 4 Dokumenten, die unter Punkt 6 verbreitet wurden. Alle anderen oben genannten Dokumente wurden vollständig freigegeben.

3. BEWERTUNG IHRES ZWEITANTRAGS UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

In Ihrem Zweitantrag beantragen Sie Zugang zu den geschwärzten Teilen der aufgrund Ihres Erstantrags verbreiteten Dokumente. Weiterhin sind Sie der Auffassung, dass es mehr an Herrn Strack herausgegebene Dokumente geben müsste, wie sich aus einer am 3. Juni 2005 an den Europäischen Bürgerbeauftragten übermittelten Liste ergibt. Darüber hinaus wundern Sie sich, dass keine Dokumente zu den Verfahren des Herrn Strack aufgrund von Anträgen von Seiten Dritter freigegeben wurden.

Hinsichtlich dieser Bemerkungen ist zu erläutern, dass Ihr Antrag Dokumente *aus Verfahren betreffend Herrn Strack* betrifft, die bereits freigegeben wurden, was nicht gleichbedeutend ist mit allen Dokumenten, die aufgrund eines Antrags von Herrn Strack freigegeben wurden.

Jedoch habe ich bei neuerlicher Überprüfung der von der Kommission freigegebenen Dokumente einen weiteren Antrag identifizieren können, der von dritter Seite gestellt worden war und der zur Freigabe von Dokumenten aus Verfahren betreffend Herrn Strack geführt hat, nämlich der Antrag GestDem 2008/2857. Aufgrund dieses Antrags sind die folgenden Dokumente freigegeben worden:

- JUR(08)55079
- JUR(05)45347
- JURM(05)6035
- JURM(06)9191

Von diesen sind das Dokument JURM(05)6035 teilweise und die anderen Dokumente vollständig freigegeben worden. Weiterhin sind aufgrund dieses Antrags auch die Dokumente JUR(06)30384, JUR(07)45367 und JUR(05)30124, die bereits unter GestDem 2008/0591 freigegeben worden waren, dem Antragsteller übermittelt worden.

Hinsichtlich der nur teilweise freigegebenen Dokumente bin ich aufgrund einer neuerlichen Überprüfung zur Auffassung gelangt dass die Entscheidung des Generalsekretariats, die Teile, die zuvor geschwärzt waren, nicht freizugeben, bestätigt werden muss. Hinsichtlich des Dokuments JURM(05)6035 bin ich nach Überprüfung des Dokuments zur Auffassung gelangt, dass der Zugang zu den Teilen des Dokuments, die bei der Entscheidung über den vorherigen Antrag auf Zugang zu Dokumenten nicht freigegeben worden waren, verweigert werden muss. Die Gründe für diese Entscheidung werden im Folgenden ausgeführt.

4. SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE UND DER INTEGRITÄT DES EINZELNEN

Artikel 4 Absatz 1 b) der Verordnung 1049/2001 besagt: "*Die Organe verweigern den Zugang zu einem Dokument, durch dessen Verbreitung Folgendes beeinträchtigt würde: [...] der Schutz der Privatsphäre und der Integrität des Einzelnen, insbesondere gemäß den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft über den Schutz personenbezogener Daten.*" Konkret ist die spezifisch auf die Kommission anwendbare gesetzliche Regelung die Verordnung 45/2001².

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Kommission und dem Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten gemäß Verordnung 45/2001 hat der Gerichtshof in seinem Urteil *Bavarian Lager*³ entschieden, "*dass die Bestimmungen der Verordnung Nr. 45/2001 einschließlich ihrer Art. 8 und 18 in vollem Umfang anwendbar werden, wenn ein nach der Verordnung Nr. 1049/2001*

² Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr, ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1

³ Rechtssache C 28/08 P, Kommission gegen Bavarian Lager, Slg. 2008, S. I-6055, Rn. 63.

gestellter Antrag auf die Gewährung des Zugangs zu Dokumenten gerichtet ist, die personenbezogene Daten enthalten."

Gemäß Artikel 8(b) der Verordnung 45/2001 kann die Kommission personenbezogene Daten an einen Empfänger, der der Anwendung der Richtlinie 95/46/EG unterliegt, nur übermitteln, wenn der Empfänger die Notwendigkeit dieser Datenübermittlung darlegt und wenn es keinen Grund zur Annahme gibt, dass die berechtigten Interessen der Betroffenen beeinträchtigt werden könnten.

Gemäß diesen Bestimmungen wurden persönliche Daten in den in Abschnitt 2 dieser Antwort unter Punkt 2c, 2d, 4a und 4b genannten Dokumenten und in den folgenden Dokumenten der Liste in Anhang 1 geschwärzt:

- Dokument Nr. 1(2): Überschrift, *From*
- Dokument Nr. 6(1): Überschrift
- Dokument Nr. 6(2): Überschrift, *From, To*
- Dokument Nr. 9(1): *From, Cc*, Unterschrift, Fußzeile
- Dokument Nr. 11(1): Überschrift, erste Schwärzung im zweiten Absatz des Textes
- Dokument Nr. 11(3): Überschrift, *From, To*
- Dokument Nr. 12(1): Überschrift, Schwärzung im letzten Absatz, *Copie*
- Dokument Nr. 12(3): Überschrift, *From, To, Tracking*
- Dokument Nr. 13: Überschrift, Unterschrift, *Cc*
- Dokument Nr. 14(1): Überschrift, Schwärzung im vorletzten Absatz, *Copies*
- Dokument Nr. 14(3): Überschrift, *From, To, Cc, Tracking*
- Dokument Nr. 15(1): Überschrift, letzter Absatz, *Copie*
- Dokument Nr. 15(3): Überschrift, *From, To, Cc, Tracking*
- Dokument Nr. 18(1): Überschrift
- Dokument Nr. 18(3): Überschrift, *From, To*
- Dokument Nr. 21(3): Überschrift, *From*
- Dokument Nr. 21(4): *secrétaire*
- Dokument Nr. 25(1): Kopien
- Dokument Nr. 25(2): Kopien
- Dokument Nr. 25(3): *secrétaire*
- Dokument Nr. 28(1): Überschrift
- Dokument Nr. 28(2): Überschrift, *From, To*
- Dokument Nr. 30(3): *secrétaire*
- Dokument Nr. 31: Überschrift
- Dokument Nr. 33(2): *secrétaire*

- Dokument Nr. 37: Unterschrift, Fußzeile
- Dokument Nr. 38: Überschrift, *From*, Unterschrift
- Dokument Nr. 41: Unterschrift
- Dokument Nr. 46(1): Unterschrift
- Dokument Nr. 47: Überschrift, *From*, *Cc*, Unterschrift
- Dokument Nr. 48: Überschrift, *From*, Unterschrift
- Dokument Nr. 49: Überschrift, *From*, Unterschrift
- Dokument B(2): *From*
- Dokument C: Schwärzungen bei *From*, *To* und *Cc*, Schwärzungen in der ersten Email und erste Schwärzung in der zweiten Email.

Ebenfalls wurden die Kontonummern in den 4 unter Punkt 6 des Abschnitts 2 dieser Antwort genannten Dokumenten geschwärzt.

Da Sie keinerlei ausdrückliche rechtliche Begründung gegeben und kein überzeugendes Argument vorgetragen haben, um die Notwendigkeit der Übermittlung dieser personenbezogenen Daten darzutun, war es mir nicht möglich, die verschiedenen Interessen der Beteiligten gegeneinander abzuwägen⁴. Weiterhin kann ich nicht ausschließen, dass ein Grund besteht, anzunehmen, dass durch diese Übertragung die berechtigten Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt werden könnten.

Im Übrigen ist es, da Sie die Notwendigkeit dieser Übertragung nicht dartun, nicht erforderlich, die betroffenen Personen zu konsultieren. Auch die am 28. November 2011 von Herrn Strack erhaltene E-Mail, dessen persönliche Daten in einem Teil der betreffenden Dokumente geschützt sind, ändert nichts an dieser Feststellung, da er nicht seine Zustimmung mit der Freigabe erklärt hat, sondern sich im Wesentlichen darauf beschränkt hat, die Kommission aufzufordern, ihn zu konsultieren.

Daher muss der Zugang zu den oben identifizierten persönlichen Daten gemäß der Ausnahmeregelung des Artikels 4 Absatz 1, Buchstabe b) der Verordnung 1049/2001 verweigert werden.

5. SCHUTZ GESCHÄFTLICHER INTERESSEN

Artikel 4 Absatz 2, erster Gedankenstrich der Verordnung 1049/2001 bestimmt, dass "[d]ie Organe den Zugang zu einem Dokument [verweigern], durch dessen Verbreitung Folgendes beeinträchtigt würde: [...] der Schutz der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person, einschließlich des geistigen Eigentums [...]".

⁴ Urteil in der Rechtssache *Bavarian Lager*, Rn. 78.

Im Dokument JURM(05)6035 wurde der Name des Unternehmens geschwärzt, dessen Tätigkeit von Herrn Strack beanstandet wurde. Da das betreffende Dokument deutlich eine behauptete schwere Verletzung seiner Vertragspflichten durch dieses Unternehmen darstellt, würde eine solche Unterstellung, deren Berechtigung nie bewiesen wurde, noch immer ein Element darstellen, welches geeignet wäre, den guten Ruf des betreffenden Unternehmens in Frage zu stellen, und folglich seinen geschäftlichen Interessen zu schaden.

Ich schließe daraus, dass der Name des fraglichen Unternehmens nicht freigegeben werden kann, da er durch die Ausnahmeregelung des Artikels 4 Absatz 2, erster Gedankenstrich der Verordnung 1049/2001 geschützt ist.

6. SCHUTZ DES ENTSCHEIDUNGSPROZESSES

Artikels 4, Absatz 3, zweiter Unterabsatz der Verordnung 1049/2001 bestimmt, dass *"[d]er Zugang zu einem Dokument mit Stellungnahmen zum internen Gebrauch im Rahmen von Beratungen und Vorgesprächen innerhalb des betreffenden Organs auch dann, wenn der Beschluss gefasst worden ist, verweigert [wird], wenn die Verbreitung des Dokuments den Entscheidungsprozess des Organs ernstlich beeinträchtigen würde, es sei denn, es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verbreitung"*.

Dies betrifft die Diskussion über den Inhalt der gütlichen Einigung im Fall F-62/09, welche in den folgenden Dokumenten in Anlage I der vorliegenden Antwort geschwärzt wurde:

- Dokument Nr. 6(1): dritter, vierter und sechster Absatz
- Dokument Nr. 9(1): Schwärzung im ersten Absatz des Texts der Email
- Dokument Nr. 11(1): Schwärzung im Betreff und zweite Schwärzung im zweiten Absatz
- Dokument Nr. 12(1): Schwärzungen im Betreff und Schwärzung des zweiten Teils des ersten Absatzes sowie des zweiten und dritten Absatzes
- Dokument Nr. 13: Schwärzung des zweiten Teils des ersten Absatzes und Schwärzung des zweiten und dritten Absatzes
- Dokument Nr. 14(1): Schwärzung des zweiten Teils des ersten Absatzes und Schwärzung des zweiten und dritten Absatzes
- Dokument Nr. 15(1): Schwärzung des zweiten Teils des ersten Absatzes, Schwärzung des zweiten und dritten Absatzes und Schwärzung des ersten Teils des vierten Absatzes
- Dokument Nr. 18(1): Schwärzung aller Absätze außer dem ersten und dem letzten
- Dokumente 21(1) und 21(2): Alle Schwärzungen in diesen Dokumenten
- Dokumente 25(1) and 25(2): Schwärzung des zweiten Teils des ersten Absatzes
- Dokument Nr. 31: zweite und dritte Schwärzung im dritten Absatz
- Dokument B(2): Schwärzungen im ersten und zweiten Absatz des Texts der Email

– Dokument C: Schwärzungen im Text der zweiten und fünften Email

Der Inhalt der gütlichen Einigung wurde im Beschluss des Gerichts vom 8. September 2010, durch welchen die Rechtssache F-62/09 im Prozessregister des Gerichts gestrichen wurde, nicht dargelegt, weil weder Kläger noch Beklagter dies gemäß Artikel 69 Absatz 1, dritter Unterabsatz der Verfahrensordnung des Gerichts⁵ beantragt haben.

Angesichts dieses Umstandes bin ich der Auffassung, dass eine Verbreitung des Inhalts dieser Einigung den Entscheidungsprozess der Kommission beeinträchtigen würde. Eine gütliche Einigung ist von Natur aus eine heikle Angelegenheit, bei welcher die Kommission auf einen Teil dessen verzichtet, was sie als ihre Rechtsstellung betrachtet, um eine pragmatische Lösung in einem individuellen Rechtsstreit zu ermöglichen. Die Aushandlung einer solchen gütlichen Einigung erfordert eingehende interne Diskussion und Bewertung der Erfolgsaussichten der fraglichen Rechtssache. Obwohl die endgültige Entscheidung über die gütliche Einigung in der Rechtssache F-62/09 getroffen worden ist, könnten Diskussionen über mögliche zukünftige gütliche Einigungen nicht mehr so offen und ehrlich geführt werden wie zuvor, wenn der Inhalt dieses Meinungs-austausches verbreitet würde.

Außerdem ist zu unterstreichen, dass die Zustimmung zur gütlichen Einigung nicht bedeutet, dass die Kommission ihre Position zu den in Rechtssache F-62/09 aufgeworfenen Rechtsfragen aufgegeben hätte, welche sie vielmehr im Grundsatz in zukünftigen Gerichtsverfahren weiter verteidigen wird. Die Verbreitung der internen Diskussion über den Inhalt der gütlichen Einigung im Fall F-62/09 würde daher die Position der Kommission in anderen derartigen Rechtsstreiten beeinträchtigen.

Der besondere Schutz, den der Inhalt einer gütlichen Einigung benötigt, ist auch in Artikel 69 Absatz 1, dritter Unterabsatz und Artikel 70 der Verfahrensordnung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der EU anerkannt.

Insbesondere stellt die Tatsache, dass gemäß Artikel 69 Absatz 1, dritter Unterabsatz dieser Verfahrensordnung der Inhalt der Vereinbarung nur auf Antrag des Klägers und des Beklagten im Beschluss festgestellt wird, eine Gewährleistung ihrer Vertraulichkeit dar. Diese Vertraulichkeit ist weiter bestätigt und bestärkt durch den Schutz des Verfahrens hinsichtlich einer gütlichen Beilegung des Rechtsstreits in Artikel 70. Es ist zu unterstreichen, dass der Inhalt der gütlichen Einigung im Beschluss des Gerichts nur auf Antrag von Kläger und Beklagtem festgestellt wird.

Dieser besondere Schutz von gütlichen Vereinbarungen ist zu berücksichtigen, wenn interne Kommissionsdokumente in Vorbereitung einer solchen gütlichen Vereinbarung gemäß Artikel 4 Absatz 3, 2. Unterabsatz der Verordnung 1049/2001 bewertet werden.

⁵ Abl. C 177, 2.7.2010, S. 71.

Bereits im Fall *Schweden gegen API und Kommission*⁶ hat der Gerichtshof die Ausnahmeregelungen der Verordnung 1049/2001 im Lichte seiner Verfahrensordnung interpretiert. In dieser Entscheidung⁷ hat der Gerichtshof ausgeführt, dass die durch die Verordnung 1049/2001 den Institutionen auferlegten Pflichten "*im Rahmen anhängiger Gerichtsverfahren jedoch nicht zur Folge haben [können], dass die verfahrensrechtliche Stellung der Organe hinsichtlich des Grundsatzes der Waffengleichheit beeinträchtigt wird.*" Die Verbreitung des Inhalts einer gütlichen Einigung, welcher im Beschluss gemäß Artikel 69 Absatz 1, 3. Unterabsatz der Verfahrensordnung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der EU nicht festgestellt wurde, würde dieser Regel widersprechen und die Verteidigungsrechte der Kommission beeinträchtigen. Umso mehr müssen auch die vorbereitenden Beratungen der Kommissionsdienste im Hinblick auf eine gütliche Einigung gemäß Artikel 4 Absatz 3, 2. Unterabsatz der Verordnung 1049/2001 geschützt sein.

Aus all diesen Gründen muss der Zugang zu den oben erwähnten Dokumenten oder Dokumentteilen aufgrund von Artikel 4, Absatz 3, zweiter Unterabsatz der Verordnung 1049/2001 verweigert werden.

7. ÜBERWIEGENDES ÖFFENTLICHES INTERESSE AN DER VERBREITUNG

Ich stelle fest, dass die geschwärzten Teile der oben unter Punkt 4 genannten Dokumente von der Ausnahmeregelung des Artikels 4 Absatz 1, Buchstabe b) der Verordnung 1049/2001 geschützt sind, also von einer absoluten Ausnahmeregelung.

Insoweit der Zugang zu den Dokumenten auf Grundlage des Artikels 4 Absatz 2, erster Spiegelstrich und des Artikels 4 Absatz 3, zweiter Unterabsatz verweigert wurde, sind folgende Bemerkungen zu machen:

Gemäß Artikel 4 Absätze 2 und 3 der Verordnung 1049/2001 ist der Zugang zu verweigern, "*es sei denn, es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verbreitung.*" Ein derartiges Interesse muss erstens öffentlich sein und zweitens schwerer wiegen als die durch Artikel 4 Absatz 2, erster Spiegelstrich, und Absatz 3, zweiter Unterabsatz der Verordnung 1049/2001 geschützten Interessen.

In Ihrem Zweitantrag erwähnen Sie nichts, was geeignet wäre, das Vorliegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses darzulegen. Ich kann ebenfalls kein solches überwiegendes öffentliches Interesse erkennen, welches die Beeinträchtigung der geschäftlichen Interessen des betreffenden Unternehmens und des Entscheidungsprozesses der Kommission rechtfertigen würde. Insbesondere bin ich der Auffassung, dass ein mögliches öffentliches Interesse daran, über die Ereignisse betreffend Herrn Strack informiert zu werden, es nicht erforderlich macht, den Namen des betreffenden Unternehmens freizugeben, noch die internen Überlegungen der Kommission, die zum Schutz ihres Entscheidungsprozesses geschwärzt wurden.

⁶ Urteil vom 21. September 2010 in den verbundenen Rechtssachen C-514/07 P, C-528/07 P und C-532/07 P, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht.

⁷ Rn. 91

Aus diesen Gründen bin ich der Auffassung, dass kein überwiegendes öffentliches Interesse an der Freigabe besteht, welches das Interesse am Schutz der geschäftlichen Interessen des betreffenden Unternehmens sowie des Entscheidungsprozesses der Kommission überwiegen würde.

8. RECHTSBEHELFE

Abschließend möchte ich Sie auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hinweisen, soweit sie eine Zugangsverweigerung enthält. Sie können gemäß Artikel 263 AEUV beim Europäischen Gerichtshof Klage erheben oder gemäß Artikel 228 AEUV Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten einreichen.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Catherine Day', with a stylized flourish at the end.

Catherine Day

Anlagen (5)

GESTDEM 2011/0095 - Freigegeben aufgrund Erstantrags

Nr. gemäß Antrag	Aktenzeichen	Datum	Bezeichnung
1(1)	JUR(2010)45741	24.9.2010	Informationsvermerk
1(2)	siehe oben		E-Mail vom 30.9.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die Mailbox des Juristischen Dienstes "SJ NOTE INFO ARRET" als Anschreiben für Dokument Nr. 1(1)
6(1)	JUR(2010)45729	15.9.2010	Vermerk an GD HR und GD OP
6(2)	siehe oben		E-Mail vom 16.9.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD HR und das Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 6(1)
9(1)	KEINE	14.9.2010	E-Mail der GD HR " <i>Rechtssache F-62/09, Guido Strack - gütliche Beilegung (Anfertigung eines Ad-hoc-Arbeitszeugnisses)</i> "
11(1)	JUR(2010)45637	12.8.2010	Vermerk an GD HR, GD ENTR, GD ESTAT, EPSO und Amt für Veröffentlichungen
11(3)	siehe oben		E-Mail vom 16.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an GD HR, GD ENTR, EUROSTAT, EPSO und das Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 11(1)
12(1)	JUR(2010)45636	12.8.2010	Vermerk an EPSO
12(3)	siehe oben		E-Mail vom 13.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an EPSO als Anschreiben für Dokument Nr. 12(1)
13	Ares(2010)506034 / LETT(2010)45099	11.8.2010	Vermerk an PMO
14(1)	JUR(2010)45633	11.8.2010	Vermerk an GD ESTAT
14(3)	siehe oben		E-Mail vom 11.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an EUROSTAT als Anschreiben für Dokument Nr. 14(1)
15(1)	JUR(2010)45634	11.8.2010	Vermerk an GD ENTR
15(3)	siehe oben		E-Mail vom 11.8.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD ENTR als Anschreiben für Dokument Nr. 15(1)
18(1)	JUR(2010)45562	14.7.2010	Vermerk an GD HR und Amt für Veröffentlichungen
18(3)	siehe oben		E-Mail vom 15.7.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD HR und das Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 18(1)
21(1)	JUR(2010)45522	1.7.2010	Schreiben betrifft " <i>Rechtssache F-62/09 RA Guido Strack gegen Europäische Kommission</i> "
21(2)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument JUR(2010)45522 per Fax am 1.7.2010
21(3)	siehe oben		E-Mail vom 1.7.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an Herrn Wägenbaur als Anschreiben für Dokument Nr. 21(1)
21(4)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument JUR(2010)45522 nach Luxemburg am 1.7.2010
25(1)	JUR(2010)45357	20.5.2010	Brief betrifft " <i>RS F-62/09 RA Strack/Kommission der EG - Ihr Schreiben Nr. 441 vom 6. Mai 2010</i> "
25(2)	siehe oben		Bestätigung über den Versand von Dokument JUR(2010)45357 per Fax am 20.5.2010
25(3)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument 25(1) nach Luxemburg am 21.5.2010
28(1)	JUR(2010)45229	8.4.2010	Vermerk an GD HR und Amt für Veröffentlichungen
28(2)	siehe oben		E-Mail vom 8.4.2010 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die GD HR und Amt für Veröffentlichungen als Anschreiben für Dokument Nr. 28(1)
30(1)	JUR(2010)45205	29.3.2010	Brief betrifft " <i>Rechtssache F-62/09 RA Guido Strack/Europäische Kommission</i> " (deutsche und französische Fassung)
30(2)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument JUR(2010)45205 per Fax
30(3)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument Nr. 30(1) nach Luxemburg am 29.3.2010
31	JUR(2010)45188	24.3.2010	Vermerk an GD HR und Amt für Veröffentlichungen
33(1)	JUR(2009)45736	26.10.2009	Brief betrifft " <i>Rs. F-62/09, Strack / Kommission, Korrigendum zur Klagebeantwortung</i> " (deutsche und französische Fassung)
33(2)	siehe oben		Bestätigung des Versands von Dokument Nr. 33(1) nach Luxemburg am 26.10.2009
37	LETT(2009)45060	9.7.2009	Vermerk an den Juristischen Dienst, Az.: ADMMIN.B.2/LN/jmt- D(09)Recart90-546/08/17
38	JUR(2009)45535	9.7.2009	E-mail vom 9.7.2009 vom Sekretariat der Handlungsbevollmächtigten an die Mailbox "ADMIN MAIL B2" mit dem Antrag von Herrn Strack in der Rechtssache " <i>F-62/09 Guido Strack gegen Kommission</i> "
39	JUR(2009)45835	10.12.2009	Anschreiben für die " <i>Unterzeichneten Verträge über Rechtsberatung SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1440 und SJ/2009/1439</i> ", die vom Juristischen Dienst an Herrn Wägenbaur gesandt wurden
40	JUR(2009)45838	9.12.2009	<i>Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1412</i>

Nr. gemäß Antrag	Aktenzeichen	Datum	Bezeichnung
41	JUR(2009)45794	20.11.2009	Anschreiben für "Verträge über Rechtsberatung SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1440 und SJ/2009/1439", die vom Juristischen Dienst an Herrn Wägenbaur gesandt wurden
42	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1411 (nicht unterzeichnet)
43	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1438 (nicht unterzeichnet)
44	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1440 (nicht unterzeichnet)
45	KEINE	20.11.2009	Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1439 (nicht unterzeichnet)
46(1)	JUR(2009)45649	21.9.2009	Anschreiben für den "Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1412" , der vom Juristischen Dienst an Herrn Wägenbaur gesandt wurde
46(2)	siehe oben		Vertrag über Rechtsberatung SJ/2009/1412
47	JUR(2009)45598	24.8.2009	E-Mail des Juristischen Dienstes an Herrn Wägenbaur zur Übermittlung von zwei Entwürfen der "Verträge Strack F-61/09 und F-62/09" zur Genehmigung
48	JUR(2009)45545	14.7.2009	E-Mail des Juristischen Dienstes an Herrn Wägenbaur zur Übermittlung des Antrags von Herrn Strack in der Rechtssache "F-62/09, Strack / Commission MESSAGE 1 SUR 2" mit der Frage, ob er den Fall übernehmen könne
49	JUR(2009)45545	14.7.2009	E-Mail des Juristischen Dienstes an Herrn Wägenbaur zur Übermittlung des Antrags von Herrn Strack in der Rechtssache "F-62/09, Strack / Commission MESSAGE 2 SUR 2" mit der Frage, ob er den Fall übernehmen könne
50	JUR(2009)000636	17.9.2009	Vollmacht
53	LETT(2010)005947	12.7.2010	Rechnung 18/2010
55	LETT(2010)05502	15.12.2009	Gebührenrechnung Nr. 2009/163
B (2)		11.8.2010	E-Mail betreffend "Rechtssache F-62/09 Guido Strack gegen Kommission - gütliche Beilegung bei der informellen Sitzung vom 6. Juli 2010"
C		11.8.2010	Austausch von fünf E-Mails betreffend "Rechtssache F-62/09 Guido Strack gegen Kommission - gütliche Beilegung bei der informellen Sitzung vom 6. Juli 2010 "



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 21. April 2005
JUR(200) 45347

An den Herrn Kanzler des
Gerichts 1. Instanz der
Europäischen Gemeinschaften
rue du Fort Niedergrünwald
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache T-4/05, Guido STRACK / KOMMISSION.

Sehr geehrter Herr Kanzler,

Die Frist zur Einreichung der Klagebeantwortung läuft am 4. Mai 2005 ab.

Die Vollmacht, durch die wir zu Prozessbevollmächtigten der Kommission bestellt werden, wird Ihnen in wenigen Tagen zugehen. Gleichwohl erlauben wir uns bereits jetzt aufgrund unserer Arbeitsbelastung und der bevorstehenden Feiertage eine Verlängerung der Frist bis zum 6. Juli 2005 zu beantragen.

Hochachtungsvoll

Clemens LADENBURGER

Hannes KRAEMER



EUROPEAN COMMISSION

LEGAL SERVICE
The Acting Director-General

Brussels, 15. 07. 2008
JUR(2008)55079

By e-mail

Mr Ries Baeten
riesbaeten@hotmail.com

Subject: Request for access to documents

Ref.: Your e-mail dated and registered on 4 June 2008 - GESTDEM 2857/2008

Dear Mr Baeten,

I refer to your e-mail mentioned above requesting a copy of "*the complete dossiers available at the European Commission in relation to the Court cases T-4/05 and C-237/06P excluding the final decisions of the Courts in each of these cases*".

The part of your request concerning the inquiry opened by the OLAF and the application by virtue of Article 90 of the Staff Regulation has been attributed to the OLAF. The Legal Service will respond as to the documents and pieces of procedure relating directly to the cases before the Courts.

Regulation (EC) N° 1049/2001 of the European Parliament and of the Council of 30 May 2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents¹ lays down the rules on the right of public access to documents.

COMMISSION'S SUBMISSIONS AND OTHER DOCUMENTS

The documents contained in the Legal Service's files are the following :

Case T-4/05

1. JUR(2005)30124 Letter of 14 April 2005
2. JUR(2005)45347 Letter of 21 April 2005
3. JURM(2005)6035 Preliminary exception as to inadmissibility
4. JUR(2006)30384 "Note d'information" of 17 July 2006

¹ OJ L 145, 31.05.2001, page 43.

Case C-237/06P

5. JURM(2006)9191 Response
6. JUR(2007)45367 "Note d'information" of 22 May 2007

In accordance with Regulation 1049/2001, I am pleased to inform you that full access can be granted to documents under references 1, 2, 4, 5 and 6. Accordingly, please find enclosed a copy of these documents.

Concerning document under reference 3, I am also pleased to inform you that it can be disclosed in accordance with the Regulation with the exception of name of the company to which the contract was awarded. Pursuant to Article 4(6) of the Regulation, this information has been removed because it is covered by article 4(2), 1st indent, of the Regulation (protection of commercial interests of a natural or legal person). In this respect, I have to point out that this data was not mentioned in the Order of the President of the Court of First Instance of 22 March 2006.

Accordingly, please find enclosed a copy of documents 1, 2, 4, 5 and 6 (disclosure in full) as well as a copy of document JURM(2005)6035 in its expunged form.

I must however remind you that these documents cannot be reproduced or disseminated for commercial purposes unless the Commission has first been consulted.

If you want the position regarding the information refused to be reconsidered, you should write to the Commission's Secretary-General at the address below, confirming your initial application, within fifteen working days from receipt of this letter, after which your initial application will be deemed to have been withdrawn.

The Secretary-General will inform you of the result of this review within 15 working days from the date of registration of your request. You will either be given access or your request will be rejected in which case you will be informed of how you can take further action.

All correspondence should be sent to the following address:

The Secretary-General
European Commission
B-1049 BRUSSELS

APPLICANT'S SUBMISSIONS

As regards the submissions lodged by the Applicant, the Commission considers that these documents do not fall within the scope of the Regulation 1049/2001. In fact, these submissions were not addressed to the Commission but, rather, to the Court of Justice and to the Court of First Instance. The Commission received a copy of these pleadings only by virtue of its quality as party to the proceedings.

Pursuant to Article 20 of the Protocol on the Statute of the Court of Justice, which is also applicable to the Court of First Instance by virtue of Article 53 of the Statute, written submissions are only communicated to the parties and to the institutions whose decisions are in dispute.

Moreover, the Rules of Procedure of the Court of Justice foresee in Article 16(5)², the possibility that "*Persons having an interest may consult the register at the Registry and may obtain copies or extracts on payment of a charge on a scale fixed by the Court on a proposal from the Registrar. The parties to a case may on payment of the appropriate charge also obtain copies of pleadings and authenticated copies of judgments and orders*".

Similarly, Article 5(7) of the Instructions to the Registrar of the Court of First Instance³ states that: "*[N]o third party, private or public, may have access to the case file or to the procedural documents without the express authorization of the President [...] after the parties have been heard. That authorisation may be granted only upon written request accompanied by a detailed explanation of the third party's legitimate interest in inspecting the file*".

Consequently, the Commission takes the view that, as far as court proceedings are concerned, the scope of the Regulation 1049/2001 should be limited to the institution's own submissions. Otherwise, the institutions would be in a position where they would be forced to disclose documents from third parties which will not be accessible under the Rules of Procedure of the Courts themselves.

In the light of the foregoing, I regret to inform you that the submissions lodged by the Applicant in cases T-4/05 and C-237/06P cannot be made available to you.

Yours sincerely,



Claire-Françoise DURAND

² Available in the web site of the Court : <http://curia.europa.eu/fr/instit/txtdocfr/index.htm>.

³ OJ L 232, 04.09.2004, page 1.



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 4. Juli 2005
JURM (2005) 6035 CL/sm**AN DEN PRÄSIDENTEN UND DIE MITGLIEDER****DES GERICHTS ERSTER INSTANZ DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN****EINREDE DER UNZULÄSSIGKEIT**

gemäß Artikel 114 § 1 der Verfahrensordnung des Gerichts erster Instanz, erhoben von der KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN vertreten durch ihre Bevollmächtigten, Herrn Hannes KRÄMER und Herrn Clemens LADENBURGER, Mitglieder ihres Juristischen Dienstes, Zustellungsanschrift: Herr Luis ESCOBAR GUERRERO, gleichfalls Mitglied ihres Juristischen Dienstes, Centre Wagner, Kirchberg, Luxemburg

in der Rechtssache T-4/05

Guido Strack**gegen****Kommission der Europäischen Gemeinschaften**

wegen einer Klage auf Aufhebung der Entscheidung vom 5.2.2004 über die Einstellung der OLAF-Untersuchung OF/2002/0356 und des dieser zu Grunde liegenden „Final Case Reports“ (d.h. des Untersuchungsberichts) Nr. NT/sr D(2003)-AC-19723-01687 (05.02.2004) sowie auf Wiederaufnahme dieser Untersuchung und Erstellung eines neuen Untersuchungsberichts.

Die Kommission erhebt hiermit die Einrede der Unzulässigkeit nach Art. 114 Absatz 1 der Verfahrensordnung des Gerichts und begründet diese wie folgt:

A. SACHVERHALT

1. Der Kläger ist seit dem 1.9.1995 Lebenszeitbeamter bei den Europäischen Gemeinschaften. Er war seit 1999 beim Amt für Amtliche Veröffentlichungen der EG (OPOCE) für die Neukonzeption der Massenproduktion konsolidierter Rechtstexte zuständig. Im Rahmen dieser Neukonzeption wurde am 15.06.2000 ein Vertrag mit der externen Firma [REDACTED] zur Durchführung der Konsolidierungsarbeiten abgeschlossen, der jedoch nach Auffassung des Klägers von [REDACTED] nicht zufrieden stellend ausgeführt wurde. Nach einer Diskussion über die Auslegung von Bestimmungen dieses Vertrags wurde am 2.5.2001 zwischen [REDACTED] und dem OPOCE ein Kompromiss vereinbart. Nach Ansicht des Klägers perpetuierte sich jedoch die von ihm behauptete Schlechtleistung von [REDACTED] weshalb er seinen Vorgesetzten vorschlug, zur Verhängung von Vertragsstrafen überzugehen. Dies geschah nicht. Dagegen wurde eine Vertragsergänzung zwischen dem OPOCE und [REDACTED] vereinbart, die das Preissystem modifizierte, was nach der Ansicht des Klägers zu unbegründeten Gewinnsteigerungen für [REDACTED] führte. Die Vorgesetzten des Klägers teilten dessen Kritik an der Vertragsdurchführung durch [REDACTED] nicht. Ab dem 1.4.2002 wechselte der Kläger zur GD ENTR, Referat C4.
2. Am 30.7.2002 teilte der Kläger per E-mail an den Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), Herrn Brüner, den obigen Sachverhalt aus seiner Sicht mit. OLAF leitete eine interne Untersuchung (OF/2002/0356) ein und unterrichtete den Kläger hierüber am 11.11.2002.
3. Mit E-Mail vom 2.12.2003 verlangte der Kläger unter Verweis auf Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Beschlusses der Kommission K(2002)845¹, ihm bis zum 2.1.2004 den Untersuchungsbericht zuzuleiten oder einen Termin für die Zuleitung dieses

¹ Anhang A7 der Klageschrift.

Berichts zu nennen. Nach Ablauf dieser vom Kläger gesetzten Frist teilte der Kläger am 7.1.2004 den Präsidenten des Rates, des Parlaments, des Rechnungshofes und dem Europäischen Bürgerbeauftragten den oben genannten Sachverhalt aus seiner Sicht mit. Letzterer leitete ein Beschwerdeverfahren ein und schloss dieses inzwischen durch Entscheidung vom 6.6.2005 ab. In dieser Entscheidung verneinte er unter Berufung auf das anhängige Verfahren T-4/05 seine Zuständigkeit hinsichtlich der Beschwerdepunkte, die auch Gegenstand der vorliegenden Klage sind, und nahm hinsichtlich eines weiteren Beschwerdepunktes, der außerhalb des Streitstoffs des vorliegenden Verfahrens liegt, eine kritische Bemerkung vor.

4. Am 1.3.2004 wurde der Kläger von OLAF informiert, dass OLAF die Untersuchung am 5.2.2004 ohne Follow-up abgeschlossen habe. Auf Aufforderung des Klägers vom 3.3.2004 erhielt er am 25.3.2004 Auszüge aus dem Untersuchungsbericht.
5. Am 19.5.2004 hat der Kläger gemäß Artikel 90a des Beamtenstatuts eine Beschwerde gegen die Einstellung der Untersuchungen durch OLAF und den Untersuchungsbericht eingelegt und deren Nichtigerklärung und die Neuaufnahme der Ermittlungen gefordert. Die Beschwerde wurde durch den OLAF-Generaldirektor mit Schreiben vom 4.10.2004 als unzulässig zurückgewiesen. Am 4. 1. 2005 hat der Kläger die vorliegende Klage erhoben. Er beantragt,
 - die Entscheidung vom 5.2.2004 über die Einstellung der Untersuchungen durch OLAF und den dieser Entscheidung zugrundeliegenden Untersuchungsbericht für nichtig zu erklären sowie
 - die Beklagte zur Wiederaufnahme der Untersuchung und zur Erstellung eines neuen Untersuchungsberichts zu verurteilen.

B. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

6. Der Kläger stützt seine Klage auf Artikel 91 Nr. 1 i.V.m. Artikel 90a Satz 2 und 90 Absatz 2 des Beamtenstatuts. Nach Ansicht der Kommission kann offen bleiben, ob diese Vorschriften des Beamtenstatuts in Verbindung mit Artikel 236 EGV hier überhaupt einschlägig sind. Wie die Kommission im folgenden darlegen wird, genügt die Klage weder den Anforderungen von Artikel 91 Nr. 1 i.V.m. Artikel 90a

Satz 2 und 90 Absatz 2 des Beamtenstatuts noch denen von Artikel 230 Abs. 4 EGV und muss daher in jedem Fall als unzulässig abgewiesen werden.

7. Soweit die Klage nach Artikel 91 Nr. 1 i.V.m. Artikel 90a Satz 2 und 90 Absatz 2 des Beamtenstatuts zu behandeln ist, muss sie als unzulässig abgewiesen werden, da sie sich nicht gegen eine *den Kläger beschwerende Maßnahme* richtet.
8. Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs kann ein Kläger im Verfahren nach Artikel 91 des Statuts nur solche Akte angreifen, die „*ihm gegenüber verbindliche Rechtswirkungen*“ erzeugen, welche „*seine Interessen durch einen erheblichen Eingriff in seine Rechtsstellung beeinträchtigen*“.² Er kann „*nicht im Interesse des Gesetzgebers oder der Organe tätig werden*“ und daher zur Begründung seiner Klage „*nur Beschwerdepunkte geltend machen, die ihn persönlich betreffen*“³.
9. An einer solchen persönlichen Betroffenheit bzw. einem Eingriff in die Rechtsstellung des Klägers fehlt es hier. Denn der Untersuchungsbericht entfaltet dem Kläger gegenüber keinerlei verbindliche Rechtswirkungen. Dieser ist auch nicht etwa in dem Sinne durch den Inhalt des Untersuchungsberichts belastet, dass ihm darin rechtswidriges Verhalten vorgeworfen würde. Vielmehr hat der Kläger lediglich als „Whistleblower“ OLAF Hinweise über etwaiges rechtswidriges Handeln gegeben.
10. Untersuchungen von OLAF dienen jedoch ausschließlich dem allgemeinen Interesse der Europäischen Gemeinschaften an der Bekämpfung von Betrug und anderen rechtswidrigen Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Gemeinschaften. Sie dienen nicht etwa dem Individualinteresse eines „Whistleblowers“ wie etwa dessen ideellem Interesse an der vollständigen Aufklärung eines bestimmten Sachverhalts. Ein solches eigenes Interesse schützen weder die Verordnung N° 1073/99 über die Untersuchungen des europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) noch das Statut. Dies wird deutlich aus der durchgehenden Bezugnahme auf die „finanziellen Interessen der Gemeinschaften“ in der VO 1073/99, ferner insbesondere aus Erwägungsgrund 5 dieser Verordnung und

² EuGH v. 14.2.1989, Bossi/Kommission, 346/87, Slg. S. 303, Abschn. 23; EuG v. 6.6.1996, Baiwir/Kommission, T-391/94, Slg. FP S. I-A-269 et II-787, Abschn. 34.

³ EuGH v. 30.6.1983, Schlöb/Rat, Rs. 85/82, Slg. S. 2105 Rn.14.

Erwägungsgrund 6 des Beschlusses der Kommission zur Errichtung von OLAF, die als Zuständigkeit von OLAF die „*Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen gegenüber rechtswidrigen Handlungen, die verwaltungs- oder strafrechtlich geahndet werden könnten*“ nennen, ebenso wie aus der entsprechenden Bezugnahme auf die „Interessen der Gemeinschaften“ aus Artikel 22 a des Statuts.

11. Auch aus der Tatsache, dass in Artikel 22 a und 22 b des Statuts eingehend Pflichten und Rechte von Beamten geregelt werden, die Kenntnis von möglichen Fällen von Betrug oder anderen rechtswidrigen Handlungen haben und diese an OLAF weitergeben, folgt nichts anderes. So statuiert Artikel 22 a lediglich eine – ausschließlich im allgemeinen Interesse bestehende – Pflicht des Beamten zur Weitergabe solcher Kenntnisse. Artikel 22 a Abs. 3 und unter bestimmten Voraussetzungen auch Artikel 22 b schützen zwar den „Whistleblower“ vor *nachteiligen Auswirkungen seitens seines Organs*. Dies ist aber der einzige individualschützende Gehalt der Norm. Keineswegs kann auf Artikel 22 b ein individuelles, rechtlich geschütztes Interesse des „Whistleblowers“ daran entnommen werden, dass auf seinen Hinweis hin eine etwaige rechtswidrige Handlung aufgeklärt wird.
12. Auch wenn der Antrag auf Aufhebung des Beschlusses zur Einstellung der Untersuchung und des Untersuchungsbericht nach Artikel 230 Abs. 4 EGV zu behandeln wäre, wäre er als unzulässig abzuweisen.
13. Dabei kann in diesem Fall offen bleiben, ob Untersuchungsberichte von OLAF – zumal solche, die keinerlei straf- oder disziplinarrechtliche Verantwortlichkeit einzelner feststellen und keine weiteren Maßnahmen empfehlen – überhaupt Akte mit verbindlichen Rechtswirkungen gegenüber irgendjemand darstellen und damit nach Artikel 230 Abs. 4 EGV anfechtbar sein können.⁴
14. Jedenfalls fehlt es vorliegend an jeglicher individueller Betroffenheit des Klägers in seiner Rechtsstellung, wie sie nach Artikel 230 Absatz 4 EGV vorausgesetzt wird. Die individuelle Betroffenheit durch eine negative verfahrensbeendende

⁴ Dazu die Beschl. d. EuG v. 18.12.2003 in Rs. T-215/02, Gómez Reino/Kommission, Slg.FP S. II-1685, sowie v. 13.7.2004 in Rs. T-29/03, Andalucía/Kommission (noch nicht veröffentlicht) sowie der Beschluss des Präsidenten des EuG v. 15.10. 2004, Rs. T-193/04 R Tillack/Kommission, bestätigt mit Beschluss des Präsidenten des EuGH v. 19.4. 2005, Rs. C-521/04 P(R) (noch nicht veröffentlicht).

Entscheidung setzt entweder voraus, dass der Kläger eine eigene Rechtsstellung in einem Verwaltungsverfahren hat, das seine Interessen berührt, oder aber dass er durch den verfahrensbeendende Entscheidung in seinen eigenen Interessen substantiell betroffen ist.

15. An einer hinreichenden Verfahrensstellung gegenüber OLAF fehlt es dem Kläger jedoch hier. Seine Stellung ist vergleichbar der eines Beschwerdeführers in einem Vertragsverletzungsverfahren. Auch dieser kann zwar versuchen, durch seine Eingaben die Kommission zur Einleitung solcher Verfahren gemäß Artikel 226 EGV zu bewegen, jedoch die Entscheidung der Kommission, ein solches – rein dem objektiven Interesse der Allgemeinheit dienenden - Verfahren einzustellen oder nicht einzuleiten, nicht gemäß Artikel 230 EGV anfechten.⁵
16. Die substantielle faktische Betroffenheit ist nur dann gegeben, wenn eine verfahrensabschließende Entscheidung spezifische Individualinteressen des Klägers beeinträchtigt, so zum Beispiel dessen Marktstellung⁶. Wie bereits oben dargelegt, hat der Kläger kein rechtlich geschütztes eigenes Interesse an der Durchführung einer Untersuchung durch OLAF.
17. Der Kläger versucht, eine persönliche Betroffenheit aus sechs Argumentationslinien herzuleiten, die aber alle nicht überzeugen.
18. Erstens behauptet der Kläger (Abschnitte 48 ff. der Klageschrift), dass ihm mit dem Abschluss der Untersuchung seine Rechtsstellung als „Whistleblower“ gemäß dem Beschluss der Kommission KOM(2002)845 bzw. jetzt Artikel 22 b des Statuts wieder entzogen worden sei. Diese Behauptung ist unzutreffend. Der durch diese Bestimmungen gewährte Schutz von „Whistleblowern“ vor jeglicher Benachteiligung aufgrund der Weitergabe von Informationen besteht auch nach Ende einer aufgrund dieser Informationen eingeleiteten OLAF-Untersuchung und unabhängig von ihren Ergebnissen fort.
19. Zweitens trägt der Kläger vor (Abschnitte 55 ff. der Klageschrift), dass der Ausgang der OLAF-Untersuchung von seiner Anstellungsbehörde als relevant für ein

⁵ Zur ständigen Rechtsprechung vgl. nur EuGH v. 23.5.1990, *Asia Motor France*, Rs. C-72/90, Rn. 10.

⁶ EuGH v. 28.1.1986, *Cofaz/Kommission*, Rs. 169/84, Rn.28.

laufendes, ihn betreffendes Beurteilungs- und Beförderungsverfahren bezeichnet wurde. Es trifft zwar zu, dass die Anstellungsbehörde in ihrer Entscheidung vom 24. 11. 2003 über die vom Kläger gegen seine Beurteilung für den Zeitraum von Juli 2001 bis Dezember 2002 erhobene Beschwerde (N° R/432/03)⁷ folgendes ausgeführt hat : „Sollte die von OLAF auf Veranlassung [des Klägers] eingeleitete Untersuchung Fakten zu Tage bringen, die die Rechtsgültigkeit der Massnahme, die Gegenstand dieser Beschwerde ist, in Zweifel ziehen, so könnte sich die Anstellungsbehörde veranlasst sehen, die vorliegende Entscheidung zu überprüfen oder geeignete Massnahmen zu treffen, um die Auswirkungen der betreffenden Massnahme auszugleichen“. Hieraus ergibt sich jedoch entgegen der Auffassung des Klägers keine Klagebefugnis im vorliegenden Verfahren gegen den Abschlussbericht von OLAF. Allenfalls könnte der Kläger aufgrund der zitierten Passage die Möglichkeit haben, nach Art. 90 Absatz 1 des Statuts einen Antrag auf erneute Überprüfung seiner Beurteilung für den Zeitraum Juli 2001 bis Dezember 2002 zu stellen. In diesem Rahmen hätte er Gelegenheit, die behaupteten Mängel der von OLAF durchgeführten Untersuchung vorzutragen.

20. Drittens (Abschnitte 62 ff. der Klageschrift) versucht der Kläger aus der Fürsorgepflicht der Kommission gegenüber ihren Bediensteten ein Recht des „Whistleblowers“ zur gerichtlichen Überprüfung der von OLAF auf seine Informationen hin vorgenommenen Handlungen herzuleiten. Diese Argumentation ist abwegig. Das Statut regelt die Rechte und Pflichten von „Whistleblowern“ eingehend in den Artikeln 22 a und 22 b. Als Gegenstück zur Hinweispflicht schützt es den Beamten, der dieser Pflicht in Treu und Glauben nachkommt, vor jeder Benachteiligung seitens des Organs (Artikel 22 a Abs. 3 und Artikel 22 b); damit ist die vom Kläger geforderte „Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten“ des Whistleblowers vollauf gewahrt. Im vorliegenden Verfahren geht es aber nicht um vom Statut verbotene Benachteiligungen des Klägers, sondern um ein behauptetes Recht des Klägers, weitere OLAF-Ermittlungen zu erzwingen. Hierfür liefert die Fürsorgepflicht keinerlei Grundlage. Der Kläger räumt selbst ein, dass auch nach nationalem Strafverfahrensrecht der Anzeigerstatter, der nicht selbst Verletzter der

⁷ Gegen diese Entscheidung hat der Kläger vor dem Gericht Klage erhoben (Rechtssache T-85/04).

behaupteten Straftat ist, nicht erzwingen kann, dass auf seine Anzeige hin Ermittlungen angestellt werden.

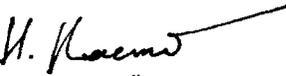
21. Viertens (Abschnitte 74 ff. der Klageschrift) argumentiert der Kläger, er müsse die Aufhebung des OLAF-Berichts deshalb beantragen können, weil dieser Bericht seine Aussagen falsch und verzerrend dargestellt und damit seine Ehre verletzt habe. Selbst wenn dem so wäre, so würden daraus jedoch keine „verbindliche Rechtswirkungen“ des Berichts gegenüber dem Kläger folgen. Wenn sich der Kläger durch einen nicht rechtsverbindlichen Bericht von OLAF in seiner Ehre verletzt fühlt, mag er eine Klage auf Schadensersatz erheben (sei es gemäß Artikel 91 des Statuts nach Stellung eines Antrags auf Schadensersatz nach Artikel 90 Abs. 1 oder gemäß Artikel 236 und 288 EGV). Eine solche Klage auf Schadensersatz hat er aber ausdrücklich gerade nicht erhoben; sondern er „behält“ sie sich „explizit vor“ und hat „hierauf bisher bewusst verzichtet“ (s. Abschnitt 81 der Klage).
22. Hinsichtlich des fünften Arguments des Klägers (Abschnitte 80 – 82 der Klageschrift), mit dem er auf die ihm angeblich zugefügten psychischen Schäden hinweist, gilt in gleicher Weise das soeben Gesagte: dem Kläger steht es frei, diesbezüglich eine Schadensersatzklage zu erheben, was er nicht getan hat.
23. Soweit schließlich sechstens (Abschnitte 83-86 der Klageschrift) der Kläger eine Diskriminierung rügt, weil OLAF seinen Hinweis weniger ernsthaft als die anderer „Whistleblower“ verfolgt habe, genügt der erneute Hinweis darauf, dass ein „Whistleblower“ kein rechtlich geschütztes eigenes Interesse an die Durchführung einer Untersuchung durch OLAF hat, weil OLAF-Untersuchungen ausschließlich im objektiven Interesse der Gemeinschaft durchgeführt werden. Die Rechtsstellung des Klägers ist also durch die behauptete „Ungleichbehandlung“ in keiner Weise betroffen.
24. Der Antrag des Klägers auf Aufhebung des Beschlusses vom 5.2.2004 über die Einstellung der OLAF-Untersuchung OF/2002/0356 und des dieser zu Grunde liegenden Untersuchungsberichts ist nach allem unzulässig.
25. Der weitere Antrag des Klägers auf „Wiederaufnahme dieser Untersuchung und Erstellung eines neuen Untersuchungsberichts“ ist schon deshalb unzulässig, weil

nach ständiger Rechtsprechung die Gemeinschaftsgerichte keine Befugnis haben, den Organen Anordnungen zu erteilen.⁸

C. ANTRÄGE

Aus den genannten Gründen beantragt die Kommission,:

1. die Klage als unzulässig abzuweisen;
2. dem Kläger die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.


Hannes KRÄMER


Clemens LADENBURGER

Bevollmächtigte der Kommission

⁸ Vgl. nur EuG v. 11.6. 1996, Ouzounoff Popoff/Kommission, T-111/94, Slg. FP S. II-819, Abschn. 40.



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 20. Juli 2006
JURM(2006)9191

**AN DEN PRÄSIDENTEN UND DIE MITGLIEDER
DES GERICHTHOFS DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

RECHTSMITTELBEANTWORTUNG

In der Rechtssache **C-237/06 P**

betreffend ein Rechtsmittel nach Artikel 56 der Satzung des Gerichtshofes, eingelegt am 28. Mai 2006,

Guido STRACK, vertreten durch Rechtsanwalt Lukas FÜLLKRUG,

Rechtsmittelführer und Kläger im ersten Rechtszug,

andere Verfahrensbeteiligte:

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, vertreten durch ihre Bevollmächtigten, Herrn Hannes KRAEMER und Herrn Clemens LADENBURGER, Mitglieder ihres Juristischen Dienstes, Zustellungsanschrift: Herr Luis ESCOBAR GUERRERO, gleichfalls Mitglied ihres Juristischen Dienstes, Centre Wagner, Kirchberg, Luxemburg,

Beklagte im ersten Rechtszug

1. Mit seinem Rechtsmittel beantragt der Rechtsmittelführer die Aufhebung des Beschlusses des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften vom 22. März 2006 in der Rechtssache T-4/05, Guido Strack/Kommission, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht (im Folgenden: „angefochtener Beschluss“), mit dem das Gericht die Klage wegen Aufhebung der Entscheidung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (im Folgenden: „OLAF“) vom 5. Februar 2004 über die Einstellung der Untersuchung OF/2002/0356 (im Folgenden: „streitige

Entscheidung“) und des ihr zugrunde liegenden Untersuchungsberichts Nr. NT/sr D(2003)-AC-19723-01687 vom 5. Februar 2004 (im Folgenden: „Final Case Report“) sowie wegen Verurteilung der Beklagten zur Wiederaufnahme dieser Untersuchung und Erstellung eines neuen Final Case Report als unzulässig abgewiesen hat.

Rechtlicher Rahmen

2. Artikel 22a Absatz 1 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden: Statut) sieht im Titel über die Rechte und Pflichten des Beamten vor, dass ein Beamter, der im Rahmen seines Dienstes Kenntnis von einer möglichen rechtswidrigen Handlung zum Nachteil der Interessen der Gemeinschaften oder von Verhaltensweisen im Zusammenhang mit der Ausübung dienstlicher Pflichten erhält, die eine schwerwiegende Verletzung der Dienstpflichten der Beamten der Gemeinschaften darstellen können (im Folgenden: mögliches Fehlverhalten), unverzüglich seinen Vorgesetzten oder direkt das OLAF zu unterrichten hat. Artikel 22a Absatz 3 des Statuts stellt klar, dass der Beamte, der nach Treu und Glauben gehandelt hat, nicht von der Verwaltung bestraft werden darf, weil er ein mögliches Fehlverhalten angezeigt hat.

3. Artikel 22b Absatz 1 des Statuts bestimmt:

„Dem Beamten, der Informationen gemäß Artikel 22a an den Präsidenten der Kommission, den Präsidenten des Rechnungshofes, den Präsidenten des Rates, den Präsidenten des Europäischen Parlaments oder an den Europäischen Bürgerbeauftragten weitergegeben hat, dürfen keine nachteiligen Auswirkungen seitens des Organs erwachsen, sofern die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Der Beamte hält die weitergegebenen Informationen und jede darin enthaltene Anschuldigung nach Treu und Glauben für im Wesentlichen wahr und

b) er hat zuvor die gleichen Informationen dem [OLAF] oder seinem Organ übermittelt und abgewartet, bis das [OLAF] bzw. Organ binnen der Frist, die es in Anbetracht der Komplexität des Falles festgelegt hat, geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Über diese Frist wird der Beamte binnen 60 Tagen ordnungsgemäß unterrichtet.“

4. Die vorgenannten Bestimmungen sind durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 723/2004 des Rates vom 22. März 2004 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die

sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. L 124, S. 1) in das Statut eingefügt worden. Sie sind am 1. Mai 2004 in Kraft getreten.

5. Vor diesem Zeitpunkt hatte die Kommission mit ihrer Entscheidung K (2002) 845 vom 4. April 2002 ähnliche Bestimmungen für ihre Beamten und sonstigen Bediensteten erlassen.
6. Außerdem kann nach Artikel 90a Satz 2 des Statuts sich jede Person, auf die das Statut Anwendung findet, mit einer Beschwerde gemäß Artikel 90 Absatz 2 des Statuts an den Direktor des OLAF wenden, wenn im Zusammenhang mit einer Untersuchung des OLAF eine sie beschwerende Maßnahme ergangen ist. Auch diese Bestimmung ist durch die Verordnung Nr. 723/2004 in das Statut eingefügt worden und am 1. Mai 2004 in Kraft getreten.
7. Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136, S. 1) lautet wie folgt:

„Einleitung der Untersuchungen

[...]

Die Einleitung interner Untersuchungen wird vom Direktor des Amtes von sich aus oder auf Ersuchen des Organs, der Einrichtung oder des Amtes oder der Agentur, bei dem bzw. der die Untersuchung durchgeführt werden soll, beschlossen.“

8. Bis zum 1. Mai 2004 bestimmte Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999:

„In Erwartung der Änderung des Statuts kann jeder Beamte ... der Europäischen Gemeinschaften beim Direktor des [OLAF] nach den in Artikel 90 Absatz 2 des Statuts vorgesehenen Modalitäten Beschwerde gegen eine ihn beschwerende Maßnahme einlegen, die das [OLAF] im Rahmen einer internen Untersuchung ergriffen hat. Artikel 91 des Statuts findet auf die im Zusammenhang mit der Beschwerde ergehenden Entscheidungen Anwendung.“

9. Das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (im Folgenden: „EGÖD“) ist durch Artikel 1 des Beschluss des Rates vom 2. November 2004 zur Errichtung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (2004/752/EG, Euratom) (ABl. Nr. L 333, S. 7; im Folgenden: „EGÖD-Errichtungsbeschluss“) errichtet worden.

10. Durch Artikel 2 Absatz 2 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses wurde dem Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs ein Anhang I, der im Anhang dieses Beschlusses enthalten ist, hinzugefügt. Nach Artikel 1 des Anhangs I der Satzung des Gerichtshofs ist das EGÖD im ersten Rechtszug für Streitsachen zwischen den Gemeinschaften und deren Bediensteten gemäß Artikel 236 EG-Vertrag und Artikel 152 EAG-Vertrag zuständig, einschließlich der Streitsachen zwischen den Einrichtungen sowie Ämtern und Agenturen und deren Bediensteten, für die der Gerichtshof zuständig ist.

11. Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses bestimmt folgendes:

„Die in Artikel 1 des Anhangs I der Satzung des Gerichtshofs genannten Rechtssachen, die am Tag des Inkrafttretens dieses Artikels beim Gericht erster Instanz anhängig sind und in denen das schriftliche Verfahren noch nicht entsprechend Artikel 52 der Verfahrensordnung des Gerichts beendet worden ist, werden an das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union verwiesen.“

12. Nach Artikel 4 Absatz 2 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses tritt Artikel 1 des Anhangs I der Satzung des Gerichtshofs an dem Tag in Kraft, an dem die Feststellung des Präsidenten des Gerichtshofs, dass das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union ordnungsgemäß konstituiert ist, im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird. Diese Feststellung ist am 12. Dezember 2005 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden (ABl. Nr. L 325, S. 1).

Sachverhalt, streitige Entscheidung und Verfahren bis zur Klageerhebung

13. Der Sachverhalt in der Rechtssache, die zum angefochtenen Beschluss führte, ist in Rdnrn. 7 bis 13 des angefochtenen Beschlusses dargestellt.
14. Mit der streitigen Entscheidung beschloss das OLAF, die Untersuchung OF/2002/0356 einzustellen.
15. Mit Schreiben vom 25. März 2004 übermittelte das OLAF dem Kläger die Kopie einer nicht vertraulichen Fassung des Untersuchungsberichts. In diesem Bericht wurde festgestellt, dass die interne Untersuchung des OLAF keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten ergeben habe und daher einzustellen sei.

16. Am 19. Mai 2004 reichte der Kläger beim Direktor des OLAF nach Artikel 90a des Statuts eine Beschwerde gegen die streitige Entscheidung und gegen den Final Case Report ein. Er beantragte die Aufhebung dieser Maßnahmen und die Wiederaufnahme der Untersuchung.
17. Mit Schreiben vom 4. Oktober 2004 wies der Direktor des OLAF die Beschwerde als unzulässig zurück, da die streitige Entscheidung den Kläger nicht im Sinne von Artikel 90a Satz 2 des Statuts beschweren könne, weil er sich als Informant an das OLAF gewandt habe und nicht Gegenstand einer Untersuchung des OLAF sei.

Das Verfahren vor dem Gericht erster Instanz und der angefochtene Beschluss

18. Mit Klageschrift, die am 4. Januar 2005 bei der Kanzlei des Gerichts einging, erhob der Kläger Klage auf Nichtigerklärung der streitigen Entscheidung sowie des dieser zugrundeliegenden Final Case Report sowie auf Verurteilung der Beklagten zur Wiederaufnahme der Untersuchung und zur Erstellung eines neuen Final Case Report.
19. Die Kommission hat mit am 4. Juli 2005 eingereichtem Schriftsatz nach Artikel 114 § 1 der Verfahrensordnung des Gerichts eine Einrede der Unzulässigkeit erhoben. Der Kläger hat am 2. September 2005 zu dieser Einrede Stellung genommen und beantragt, diese zu verwerfen.
20. Zu seiner sachlichen Zuständigkeit hat das Gericht in Rdnr. 20 des angefochtenen Beschlusses festgestellt, dass die Entscheidung, die Klage als unzulässig abzuweisen, am 22. November 2005 vom Spruchkörper getroffen worden sei, weshalb es die Rechtssache nicht an das EGÖD verwiesen habe.
21. Den Aufhebungsantrag hat das Gericht für unzulässig erklärt. Es hat hierzu im wesentlichen die Ansicht vertreten, dass die Entscheidung des OLAF über die Einstellung der Untersuchung OF/2002/0356 und der Final Case Report des OLAF, auf dessen Grundlage diese Entscheidung ergangen ist, dem Kläger gegenüber keine verbindlichen Rechtswirkungen entfaltet und daher keine beschwerenden Maßnahmen im Sinne der Artikel 90 Absatz 2 und 91 Absatz 1 des Statuts darstellten. Dem Kläger werde nämlich weder im Untersuchungsbericht noch in der Einstellungsentscheidung irgendein rechtswidriges Verhalten vorgeworfen. Ebenso

habe er als jemand, der ein etwaiges Fehlverhalten anzeigt, lediglich Informationen an das OLAF weitergegeben, die die Einleitung einer Untersuchung ermöglichten. Die vom Kläger angefochtenen Handlungen beeinträchtigten also in keiner Weise seine persönliche Rechtsstellung.

22. Den Antrag, die Beklagte zur Wiederaufnahme der Untersuchung des OLAF und zur Erstellung eines neuen Final Case Report zu verurteilen. hat das Gericht gleichfalls für unzulässig erklärt. Es hat hierzu festgestellt, dass es nach ständiger Rechtsprechung nicht befugt ist, den Organen Anordnungen zu erteilen oder sich an ihre Stelle zu setzen (Rdnrn. 53 bis 56 des angefochtenen Beschlusses).
23. Das Gericht hat daher die Klage in vollem Umfang als unzulässig abgewiesen.

Das Rechtsmittel

24. Der Kläger stützt sein Rechtsmittel auf vier Gründe. Mit dem ersten Rechtsmittelgrund rügt er die Unzuständigkeit des Gerichts nach Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses. Mit dem zweiten Rechtsmittelgrund macht er eine unzureichende Begründung des angefochtenen Beschlusses geltend. Der dritte Rechtsmittelgrund wird aus einer Verletzung von Artikel 90 Absatz 2 und 90 a des Statuts durch eine fehlerhafte Auslegung und Anwendung des Begriffs der „beschwerenden Maßnahme“ sowie aus einer Verletzung des Gebots der Garantie effektiven Rechtsschutzes abgeleitet. Mit dem vierten Rechtsmittelgrund werden Verfahrensfehler des Gerichts gerügt, die darin bestehen sollen, dass das Gericht falsche Tatsachenfeststellungen und -bewertungen vorgenommen sowie hierauf bezogene unlogische Ausführungen gemacht habe.

Zum ersten Rechtsmittelgrund

25. Mit seinem ersten Rechtsmittelgrund wirft der Rechtsmittelführer dem Gericht vor, Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses dadurch verletzt zu haben, dass es die Rechtssache nicht an das EGÖD verwiesen hat. Das Gericht habe seine sachliche Zuständigkeit zur Entscheidung der dem angefochtenen Beschluss zugrunde liegenden Rechtssache am 12. Dezember 2005 verloren. Dass sich der Spruchkörper bereits am 22. November 2005 darauf verständigt habe, die Klage als unzulässig abzuweisen, sei in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung, da eine solche rein interne Entscheidung keine Rechtswirkungen entfalten könne.

26. Die Kommission ist der Auffassung, dass das Gericht nicht verpflichtet war, die Rechtssache an das EGÖD zu verweisen.
27. Sie erinnert daran, dass sie - als Beklagte im ersten Rechtszug - mit am 4. Juli 2005 eingereichtem Schriftsatz nach Artikel 114 § 1 der Verfahrensordnung des Gerichts eine Einrede der Unzulässigkeit erhoben hat und dass der Kläger am 2. September 2005 zu dieser Einrede Stellung genommen hat (vgl. oben Rdnr. 19).
28. Dies bedeutet aber, dass im Rahmen des durch die Einrede der Unzulässigkeit eröffneten Zwischenstreits das schriftliche Verfahren am 12. Dezember 2005 bereits beendet war.
29. Allerdings knüpft Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses seinem Wortlaut nach an die Beendigung des schriftlichen Verfahrens „entsprechend Artikel 52 der Verfahrensordnung des Gerichts“ an. Die dort genannten Beendigungstatbestände beziehen sich aber lediglich auf das Verfahren in der Hauptsache.
30. Gleichwohl ist die Kommission der Auffassung, dass die sachliche Zuständigkeit auch in solchen Fällen nicht vom Gericht erster Instanz auf das EGÖD übergeht, in denen das schriftliche Verfahren zwar nicht im Rahmen des Verfahrens in der Hauptsache, wohl aber im Rahmen eines - durch die Einrede der Unzulässigkeit oder eine andere Einrede nach Artikel 114 § 1 der Verfahrensordnung des Gerichts - eröffneten Zwischenstreits beendet ist.
31. Die *ratio legis* der in Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses getroffenen Regelung besteht in Erwägungen der Verfahrensbeschleunigung und der Verfahrensökonomie. Dies ergibt sich auch aus dem 9. Erwägungsgrund des EGÖD-Errichtungsbeschlusses, wonach „[i]n diesem Beschluss [...] geeignete Übergangsbestimmungen festgelegt werden [sollen], damit die gerichtliche Kammer ihre Aufgaben ab dem Zeitpunkt ihrer Errichtung ausüben kann“.
32. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass der Gesetzgeber in bezug auf die Behandlung der im Zeitpunkt des Eintritts der Funktionsfähigkeit des EGÖD beim Gericht erster Instanz anhängen Rechtssachen im Prinzip drei Möglichkeiten hatte: Er hätte *erstens* vorsehen können, die sachliche Zuständigkeit für sämtliche dieser Rechtssachen beim Gericht erster Instanz zu belassen. *Zweitens* hätte er vorsehen

können, die sachliche Zuständigkeit für sämtliche dieser Rechtssachen auf das EGÖD übergehen zu lassen. Die *dritte* Option - die der Gesetzgeber tatsächlich gewählt hat - bestand darin, die sachliche Zuständigkeit für solche Rechtssachen beim Gericht erster Instanz zu belassen, die ein bestimmtes Verfahrensstadium erreicht haben, die übrigen Rechtssachen aber auf das EGÖD zu übertragen.

33. Die erste dieser Optionen hätte den Nachteil gehabt, dass die durch die Errichtung des EGÖD geschaffenen zusätzlichen Entscheidungsressourcen in der Anfangsphase - d. h. bis zum Abschluss des schriftlichen Verfahrens in den beim EGÖD eingereichten neuen Klagen - teilweise ungenutzt geblieben wären, was der Verfahrensbeschleunigung Abbruch getan hätte. Der Nachteil der zweiten Option hätte darin bestanden, dass damit auch solche Rechtssachen auf das EGÖD übertragen worden wären, bei denen das Gericht erster Instanz bereits in eine vertiefte Sachbefassung eingetreten ist, was der Verfahrensökonomie widersprechen würde.
34. Der Gesetzgeber hat daher zu Recht die in Rdnr. 32 beschriebene *dritte* Option gewählt. Das für den Übergang der sachlichen Zuständigkeit maßgebliche Verfahrensstadium – die Beendigung des schriftlichen Verfahrens – gewährleistet dabei, dass im Prinzip von der Übertragung auf das EGÖD nur solche Rechtssachen betroffen sind, bei denen das Gericht erster Instanz noch nicht in eine vertiefte Sachbefassung eingetreten ist. Denn der Zeitpunkt, ab dem davon auszugehen ist, dass das Gericht erster Instanz - jedenfalls potentiell - bereits in eine vertiefte Sachbefassung eingetreten ist - wie sie sich im Falle des Verfahrens in der Hauptsache im Vorbericht des Berichterstatters nach Art. 52 der Verfahrensordnung des Gerichts manifestiert -, ist derjenige der Beendigung des schriftlichen Verfahrens.
35. Diese Erwägungen gelten aber nicht nur für das Verfahren in der Hauptsache sondern gleichermaßen für einen Zwischenstreit. Auch hier würde es der Verfahrensökonomie widersprechen, wenn auch solche Rechtssachen auf das EGÖD übertragen worden wären, bei denen das Gericht erster Instanz bereits in eine vertiefte Sachbefassung eingetreten ist. Aus Artikel 114 § 3 der Verfahrensordnung des Gerichts ergibt sich, dass das Gericht, nachdem die andere Partei zur Einrede der Unzulässigkeit Stellung genommen hat, entweder eine mündliche Verhandlung abhält oder - wie in dem Verfahren, das zu dem angefochtenen Beschluss geführt

hat - direkt über die Einrede der Unzulässigkeit entscheidet. Für die Konstellation des Zwischenstreits ist somit der Zeitpunkt, ab dem davon auszugehen ist, dass das Gericht erster Instanz - jedenfalls potentiell - bereits in eine vertiefte Sachbefassung eingetreten ist derjenige des Eingangs der Stellungnahme der anderen Partei zur Einrede der Unzulässigkeit.

36. Auch dann, wenn - wie im vorliegenden Fall - durch die den Zwischenstreit beendende Entscheidung - nämlich die Abweisung der Klage als unzulässig - zugleich das Verfahren in der Hauptsache beendet wird, ändert sich an dieser Beurteilung nichts. Denn der Zweck eines eigenständigen Zwischenstreits - beispielsweise über die Zulässigkeit der Klage - besteht gerade darin, das beschleunigt entschieden werden kann, ob ein Hauptsacheverfahren möglicherweise entbehrlich ist.
37. Für die hier vertretene Gleichsetzung des Zwischenstreits mit dem Verfahren in der Hauptsache spricht im übrigen - in systematischer Hinsicht - weiterhin, dass nach Artikel 56 der Satzung des Gerichtshofes auch die einen Zwischenstreit beendenden gerichtlichen Entscheidungen den Gegenstand eines Rechtsmittels zum Gerichtshof bilden können, wie dies im vorliegenden Rechtsmittelverfahren der Fall ist.
38. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck dieser Vorschrift so auszulegen ist, dass die Zuständigkeit des Gerichts erster Instanz nicht nur in den Fällen besteht, in denen das schriftliche Verfahren in der Hauptsache – und demgemäß „entsprechend Artikel 52 der Verfahrensordnung des Gerichts“ - beendet ist, sondern auch dann, wenn die Stellungnahme der anderen Partei zu einer Einrede der Unzulässigkeit bereits vorliegt und damit das schriftliche Verfahren im Zwischenstreit über diese Einrede als abgeschlossen gelten muss.
39. Somit hat das Gericht Artikel 3 Absatz 3 des EGÖD-Errichtungsbeschlusses nicht dadurch verletzt, dass es die Rechtssache nicht an das EGÖD verwiesen hat. Selbst wenn daher die Auffassung des Rechtsmittelführers zutreffen sollte, wonach es - entgegen den Ausführungen in Rdnr. 20 des angefochtenen Beschlusses - auf die interne Entscheidung des Spruchkörpers vom 22. November 2005, die Klage als unzulässig abzuweisen, nicht ankomme, so kann dies doch nicht zur Aufhebung des angefochtenen Beschlusses führen. Denn auch wenn die Gründe der

erstinstanzlichen Entscheidung einen Rechtsfehler erkennen lassen, deren Tenor sich aber aus anderen Rechtsgründen als richtig darstellt, kommt eine Aufhebung nicht in Betracht (Urteile des Gerichtshofs vom 30. 9. 2003, Biret/Rat, C-93/02 P, Slg. S. I-10497, Rn. 60 sowie vom 9. 6. 1991, Lestelle/Kommission, C-30/91 P, Slg. S. I-3755, Rn. 28).

40. Nach Ansicht der Kommission ist der erste Rechtsmittelgrund daher zurückzuweisen.

Zum zweiten Rechtsmittelgrund

41. Mit seinem zweiten Rechtsmittelgrund rügt der Rechtsmittelführer eine unzureichende Begründung des angefochtenen Beschlusses. Er trägt vor, dass das Gericht bestimmte Argumente nicht behandelt habe, die geeignet seien, das den Charakter der streitigen Entscheidung als einer „beschwerenden Maßnahme“ darzutun. Dabei bezieht sich der Rechtsmittelführer auf seinen Vortrag im erstinstanzlichen Verfahren wonach durch den Erlass der streitigen Entscheidung erstens ihm seine „*Rechtsstellung*“ als Anzeigerstatter („*whistleblower*“) entzogen, zweitens der Grundsatz des Vertrauensschutzes, die Artikel 24 und 12 a des Statuts sowie die Fürsorgepflicht verletzt und drittens ihm die Möglichkeit einer positiven Berücksichtigung der Weitergabe von Informationen über mögliches Fehlverhalten im Sinne von Artikel 22a de Statuts (im Folgenden: „*whistleblowing*“) in einem künftigen Beförderungsverfahren genommen worden seien.
42. Die Kommission weist zunächst allgemein darauf hin, dass sich aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs ergibt (Urteil vom 6. März 2001, Connolly/Kommission, Rechtssache C-274/99 P, Slg. S. I-1611, Rdnr. 121), dass die Verpflichtung des Gerichts, seine Entscheidungen zu begründen, nicht bedeutet, dass es sich detailliert mit jedem vom Kläger vorgebrachten Argument hätte befassen müssen, insbesondere dann, wenn es nicht hinreichend klar und bestimmt war und sich nicht auf geeignete Beweismittel stützte.
43. Sodann geht die Begründung des angefochtenen Beschlusses nach Auffassung der Kommission in Anbetracht der Umstände des vorliegenden Falles ordnungsgemäß auf das Vorbringen des Rechtsmittelführers ein, und reicht daher völlig aus, um dem Gerichtshof die Wahrnehmung seiner richterlichen Kontrollaufgabe zu ermöglichen.

44. Erstens hat das Gericht das Vorbringen des Rechtsmittelführers zu seiner „*Rechtsstellung*“ als Anzeigerstatter der Sache nach behandelt, in dem es in Rdnrn. 42 bis 47 des angefochtenen Beschlusses ausführlich begründet hat, warum der dem Informanten durch die Artikel 22a und 22b des Statuts gewährte Schutz nicht die Annahme erlaubt, dass die persönliche Rechtsstellung des Klägers durch die angefochtenen Handlungen unmittelbar und sofort beeinträchtigt wird. Soweit sich der Rechtsmittelführer in Rdnr. 9 der Rechtsmittelschrift auf Artikel 3 Absatz 3 der Allgemeinen Durchführungsbestimmungen zu Artikel 43 des Statuts als einer Rechtsnorm zur Ausgestaltung der „*Rechtsstellung*“ als Anzeigerstatter beruft, weist die Kommission darauf hin, dass sich der Rechtsmittelführer als Kläger im erstinstanzlichen Verfahren nicht besonders auf die genannte Bestimmung berufen hat. Im übrigen stellt diese ohnehin nur eine Konkretisierung des in Artikel 22a Absatz 3 des Statuts enthaltenen Benachteiligungsverbots dar.
45. Was zweitens das Vorbringen des Rechtsmittelführers in bezug auf den Grundsatz des Vertrauensschutzes, die Artikel 24 und 12 a des Statuts sowie die Fürsorgepflicht betrifft, so leitet dieser daraus im wesentlichen ein Recht auf „*Durchführung eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens durch OLAF*“ (vgl. Rdnr. 11 der Rechtsmittelschrift, ähnlich Rdnrn. 13 und 15 ebd.) ab.
46. Das Gericht hat indes dieses Vorbringen des Rechtsmittelführers behandelt, indem es in Rdnrn. 40 und 41 des angefochtenen Beschlusses ausführlich die Erwägungen dargelegt hat, aus denen es zu dem Schluss gekommen ist, „*dass entgegen dem Vorbringen des Klägers der Final Case Report vom 5. Februar 2004 am Ende einer gründlichen Untersuchung und einer detaillierten Analyse des fraglichen Sachverhalts erstellt worden ist*“. Dass der Rechtsmittelführer im Rahmen seines vierten Rechtsmittelgrundes die in Rdnrn. 40 und 41 des angefochtenen Beschlusses enthaltenen Feststellungen angreift, ist im vorliegenden Zusammenhang – in dem es lediglich die Frage einer hinreichenden Begründungsdichte des angefochtenen Beschlusses geht – ohne Belang.
47. Drittens geht - hinsichtlich des Aspekts der Berücksichtigung des „*whistleblowing*“ in einem künftigen Beförderungsverfahren - aus den Randnummer 49 des angefochtenen Beschlusses hervor, dass das Gericht auch dieses Vorbringen des Rechtsmittelführers sehr wohl behandelt hat. Es hat dort nämlich folgendes ausgeführt:

„ Im Übrigen ist festzustellen, dass die Argumente, die der Kläger zur Begründung der Zulässigkeit seines Aufhebungsantrags vorgebracht hat, im Wesentlichen auf den schädlichen Folgen beruhen, die die angefochtenen Handlungen nach seiner Ansicht für seine Laufbahn [...] haben könnten. Der Kläger hat jedoch die Möglichkeit, die Maßnahmen der Verwaltung in Bezug auf die Entwicklung seiner Laufbahn anzufechten, falls ihm damit übelgenommen wird, dass er das OLAF oder die in Artikel 22b Absatz 1 des Statuts genannten Personen über ein Verhalten unterrichtet hat, von dem er nach Treu und Glauben annahm, dass es ein Fehlverhalten sei, oder er hat die Möglichkeit, Schadensersatz zu erlangen.“

48. Da der angefochtene Beschluss somit hinreichend begründet war, ist der zweite Rechtsmittelgrund nach Auffassung der Kommission ebenfalls zurückzuweisen.

Zum dritten Rechtsmittelgrund

Erste Rüge

49. Mit der ersten Rüge im Rahmen seines dritten Rechtsmittelgrundes macht der Rechtsmittelführer geltend, das Gericht habe Artikel 90 Absatz 2 und 90 a des Statuts dadurch verletzt, dass es in Rdnr. 35 des angefochtenen Beschlusses den Begriff der „beschwerenden Maßnahme“ zu eng ausgelegt habe. Dem Rechtsmittelführer zufolge unterfallen diesem Begriff - entgegen der Auffassung des Gerichts - nicht nur verbindliche Rechtswirkungen entfaltende Maßnahmen, die die Interessen des Klägers dadurch unmittelbar und sofort beeinträchtigen können, dass sie seine Rechtsstellung in qualifizierter Weise verändern, sondern auch bestimmte andere Maßnahmen.
50. Die Kommission hält diese Rüge für unbegründet.
51. Das Gericht hat seiner Entscheidung die ständige Rechtsprechung des Gerichtshofs zugrundegelegt, nach der nur solche Maßnahmen, die die Rechtsstellung der Betroffenen unmittelbar und individuell betreffen, als beschwerende Maßnahmen angesehen werden können (vgl. Beschluß vom 31. Dezember 1992 in der Rechtssache C-32/92, Moat/Kommission, Slg. S. 6379, Rdnr. 9 und vom 16. Juni 1988 in der Rechtssache 372/87, Progoulis/Kommission, Slg. S. 3091, und Urteil vom 21. Januar 1987 in der Rechtssache 204/85, Strogili/Rechnungshof, Slg. S. 389).

52. Zu Unrecht beruft sich der Kläger demgegenüber auf die Urteile des Gerichtshofs vom 22. Mai 1980 in der Rechtssache 142/79, Fonti/Parlament, Slg. S. 1617 und des Gerichts vom 6. November 1997 in der Rechtssache T-223/95, Ronchi/Kommission, SlgÖD S. I-A-321, II-879. Beiden Rechtssachen lagen Sachverhalte zugrunde, in denen die Kläger einen Antrag an die Verwaltung gerichtet hatten, der darauf gerichtet war, die Verwaltung möge ihnen selbst gegenüber tätig werden. In der Rechtssache Fonti/Parlament hatte die Klägerin beantragt, ihr das Tagegeld sowie die Erstattung der Umzugskosten zu gewähren. In der Rechtssache Ronchi/Kommission hatte der vom Kläger gestellte Antrag zum Ziel, die Verwaltung möge die zur Wiederherstellung der Ehre und des guten Rufs des Klägers notwendigen Maßnahmen ergreifen (vgl. Rdn. 3 des vorgenannten Urteils in der Rechtssache Ronchi/Kommission).
53. Dagegen hat der Rechtsmittelführer als Kläger in der Rechtssache die zum Erlass des angefochtenen Beschlusses geführt hat, die Durchführung einer Untersuchung des OLAF begehrt. Derartige Untersuchungen liegen aber, wie das Gericht in Rdnr. 38 des angefochtenen Beschlusses zutreffend ausgeführt hat, ausschließlich im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft an der Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen zum Nachteil ihrer finanziellen Interessen, nicht aber in seinem Individualinteresse, etwa dem ideellen Interesse an der vollständigen Aufklärung eines bestimmten Sachverhalts. Denn nach Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung Nr. 1073/1999 ist das OLAF zur Durchführung von administrativen Untersuchungen errichtet worden, die dazu dienen, Betrug, Korruption und sonstige rechtswidrige Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Gemeinschaft zu bekämpfen und zu diesem Zweck schwerwiegende Handlungen im Zusammenhang mit der Ausübung der beruflichen Tätigkeit aufzudecken, die eine Verletzung der Verpflichtungen der Beamten darstellen können, die disziplinarisch und gegebenenfalls strafrechtlich geahndet werden kann. Dies wird deutlich aus der durchgehenden Bezugnahme auf die „finanziellen Interessen der Gemeinschaften“ in der VO 1073/99, ferner insbesondere aus Erwägungsgrund 5 dieser Verordnung und Erwägungsgrund 6 des Beschlusses der Kommission zur Errichtung von OLAF, die als Zuständigkeit von OLAF die *„Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen gegenüber rechtswidrigen Handlungen, die verwaltungs- oder strafrechtlich geahndet werden könnten“*

nennen, ebenso wie aus der entsprechenden Bezugnahme auf die „Interessen der Gemeinschaften“ aus Artikel 22 a des Statuts.

54. Aus den gleichen Gründen sind die Hinweise des Rechtsmittelführers auf die in den Fußnoten 11 und 12 zu Rdnr. 21 der Rechtsmittelschrift genannten Urteile unbehelflich. Diese betreffen nämlich allesamt Versetzungsentscheidungen (Urteile des Gerichtshofes vom 27. Juni 1973 in der Rechtssache 35/72, Kley/Kommission, Slg., 679, 687 ff., vom 29. Oktober 1981 in der Rechtssache 125/80, Arning/Kommission, Slg., 2539, 2554, vom 24. Februar 1981 in den verbundenen Rechtssachen 161/80 und 162/80, Carbognani und Coda Zabetta/Kommission, Slg., 543 sowie vom 21. Mai 1981 in der Rechtssache 60/80, Slg., 1329; Urteil des Gerichts vom 19. Juni 1997, Forcat Icardo/Kommission, T-73/96, SlgÖD S. IA-159, II-485). Im Gegensatz zu der streitigen Entscheidung berühren die in den genannten Verfahren angefochtenen Versetzungsentscheidungen die Rechtssphäre des Klägers, und zwar in der Weise, dass sie seine Amtspflichten verändern, nämlich entweder hinsichtlich des Inhalts seiner dienstlichen Aufgaben oder hinsichtlich des Orts, an dem diese zu erbringen sind und der Beamte sich nach Artikel 20 des Status niederzulassen hat.
55. Das Gericht hat somit keinen Rechtsfehler begangen habe, als es in Rdnr. 35 des angefochtenen Beschlusses den Begriff der „beschwerenden Maßnahme“ dahingehend ausgelegt habe, dass diesem Begriff nur solche Maßnahmen unterfallen, die verbindliche Rechtswirkungen entfalten, die die Interessen des Klägers dadurch unmittelbar und sofort beeinträchtigen können, dass sie seine Rechtsstellung in qualifizierter Weise verändern.

Zweite Rüge

56. Mit seiner zweiten Rüge macht der Rechtsmittelführer geltend, das Gericht habe Artikel 90 Absatz 2 und 90 a des Statuts dadurch verletzt, dass es die streitige Entscheidung - selbst unter Zugrundlegung der in Rdnr. 35 des angefochtenen Beschlusses vorgenommenen Auslegung des Begriffs der „beschwerenden Maßnahme“ - nicht als solche qualifiziert habe. Nach Auffassung des Rechtsmittelführers entfaltet die streitige Entscheidung - entgegen der in Rdnr. 36 des angefochtenen Beschlusses zum Ausdruck kommenden Beurteilung des Gerichts - verbindliche Rechtswirkungen, die seine Interessen dadurch unmittelbar

und sofort beeinträchtigen können, dass sie seine Rechtsstellung in qualifizierter Weise verändern.

57. Hierzu trägt der Rechtsmittelführer zunächst vor (Rdnrn. 26 - 58 der Rechtsmittelschrift), der Charakter der streitigen Entscheidung als einer „beschwerenden Maßnahme“ ergebe sich aus den Artikeln 22a und 22b des Statuts in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999.
58. Im Rahmen einer ersten Argumentationslinie (Rdnrn. 29 - 35 der Rechtsmittelschrift) beruft sich der Rechtsmittelführer auf das öffentliche Interesse an einem „whistleblowing“, das es im Sinne des *effet utile* gebiete, eine Entscheidung, durch die das OLAF eine Untersuchung einstelle, als eine den Anzeigerstatter beschwerende Maßnahme zu qualifizieren.
59. Die Kommission verweist darauf, dass der Rechtsmittelführer damit über die ständige Rechtsprechung hinweggeht, wonach ein Beamter nicht im Interesse des Gesetzgebers oder der Organe tätig werden und für seine Klage nur Beschwerdepunkte geltend machen kann, die ihn persönlich betreffen (Urteil des Gerichtshofs vom 30. Juni 1983, Schloh/Rat, Rs. 85/82, Slg. S. 2105, Rdnr. 14). Er tut nämlich gerade nicht dar, dass die streitige Entscheidung seine eigene Rechtsstellung tatsächlich unmittelbar und individuell betreffe (was nicht der Fall ist, vgl. oben Rdnr. 53), sondern postuliert statt dessen eine Klagebefugnis des Anzeigerstatters lediglich zur besseren Durchsetzung der den Regelungen über das „whistleblowing“ zugrunde liegenden öffentlichen Interessen.
60. Die zweite Argumentationslinie des Rechtsmittelführers (Rdnrn. 36 - 42 der Rechtsmittelschrift) betrifft die Informationspflicht nach Artikel 22b Absatz 1 lit. b) des Statuts, deren Verletzung - wie im vorliegenden Fall - eine beschwerende Maßnahme darstelle.
61. Nach Auffassung der Kommission liegt in einer – unterstellten - Verletzung der Informationspflicht durch das OLAF keine Maßnahme mit verbindlichen Rechtswirkungen. Eine derartiges Unterlassen einer – rein faktischen – Handlung kann allenfalls zur Folge haben, dass ein Beamter nach dem Ablauf der 60 Tage - und ohne irgendeine weitere Frist abwarten zu müssen - die Informationen über mögliches Fehlverhalten an eine der in Artikel 22b Absatz 1 des Statuts genannten

Stellen weitergeben darf, ohne dass ihm daraus Nachteile erwachsen dürften. Anders als der Rechtsmittelführer dies behauptet (Rdnr. 42 der Rechtsmittelschrift) stellt aber die angebliche „Nichtinformation“ durch OLAF eine bloße Unterlassung und keineswegs selbst eine „Maßnahme zur Vorbereitung“ einer die Untersuchung einstellenden Entscheidung dar.

62. Die dritte Argumentationslinie des Rechtsmittelführers (Rdnrn. 43 - 46 der Rechtsmittelschrift) bezieht sich auf den in Artikel 22b Absatz 1 lit. b) des Statuts verwendeten Begriff „geeignete Maßnahmen“. Der Rechtsmittelführer leitet hieraus ab, dass ein Anzeigerstatter über die Möglichkeit verfügen müsse, gerichtlich klären zu lassen, ob das OLAF auf die Anzeige hin tatsächlich „geeignete Maßnahmen“ ergriffen hat.
63. Die Kommission ist der Auffassung, dass dieses Argument unbehelflich ist. Denn selbst wenn daher der Rechtsmittelführer mit seiner Behauptung recht hätte, dass die von OLAF durchgeführte Untersuchung wegen bestimmter Mängel keine „geeignete Maßnahme“ im Sinne von Artikel 22b Absatz 1 lit. b) des Statuts darstelle, so würde daraus keineswegs ein Charakter der streitigen Entscheidung als den „whistleblower“ beschwerende und von ihm gerichtliche anfechtbare Maßnahme folgen. Vielmehr würde sich aus einer fehlenden „Eignung“ der Untersuchung nach der Logik von Artikel 22 b des Status als einzige Rechtsfolge ergeben, dass der whistleblower dann eben berechtigt wäre, ungeachtet der von OLAF ergriffenen Maßnahmen Informationen an die Präsidenten der in Absatz 1 genannten Organe und den Bürgerbeauftragten weiterzugeben.
64. Im Rahmen seiner vierten Argumentationslinie (Rdnrn. 47 - 55 der Rechtsmittelschrift) behauptet der Rechtsmittelführer, der Sache nach, die streitige Entscheidung habe für ihn in zweifacher Hinsicht nachteilige Auswirkungen gehabt. Erstens gingen von der streitige Entscheidung selbst wegen ihrer angeblichen Rechtswidrigkeit und ihrer angeblichen Auswirkungen auf seine psychische Gesundheit derartige nachteilige Auswirkungen aus. Zweitens entstehe durch sie öffentlich der Eindruck, er habe Dritte zu Unrecht beschuldigt.
65. Was den ersten Aspekt betrifft, so bemerkt die Kommission, dass weder aus der - unterstellten - Rechtswidrigkeit einer Maßnahme noch aus deren - unterstellten - nachteiligen Auswirkungen für einen Beamten - etwa in bezug auf dessen

psychische Gesundheit - folgt, dass diese Maßnahme verbindliche Rechtswirkungen aufweist und somit als „beschwerende Maßnahme“ im Sinne der Artikel 90 bis 91 des Statuts zu qualifizieren ist.

66. Im übrigen ist ein Zusammenhang zwischen der streitigen Entscheidung und einer angeblichen Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit des Rechtsmittelführers nicht plausibel. Vielmehr steht hinter den diesbezüglichen Argumenten des Rechtsmittelführers in Wahrheit dessen ideelles Interesse an der vollständigen Aufklärung des den Gegenstand seiner Anzeige an OLAF bildenden Sachverhalts, das aber, wie oben in Rdnr. 53 dargelegt, nicht schutzwürdig ist.
67. In Hinblick auf den zweiten Aspekt ist zu entgegnen, dass die Tatsache, dass OLAF eine Untersuchung eingestellt, weil sich das vom Anzeigerstatter behauptete Fehlverhalten nicht nachweisen lässt, zu den möglichen Entwicklungen gehört, die jeder Anzeige inhärent sind. Entscheidend ist aber, wie das Gericht in Rdnr. 48 des angefochtenen Beschlusses zutreffend ausgeführt hat, dass eine solche Einstellung als solche nicht die Annahme erlaubt, dass der Anzeigerstatter nicht nach Treu und Glauben im Sinne der Artikel 22a und 22b des Statuts gehandelt habe. Im übrigen ist die streitige Entscheidung - wie auch die dieser zugrunde liegende Anzeige des Rechtsmittelführers - nur OLAF sowie bestimmten hiermit befassten Dienststellen der Kommission zur Kenntnis gelangt, so dass nicht von der Schaffung eines öffentlichen Eindrucks in bezug auf das Verhalten des Rechtsmittelführers die Rede sein kann.
68. Die fünfte Argumentationslinie des Rechtsmittelführers (Rdnrn. 56 - 58 der Rechtsmittelschrift) stellt auf angebliche Verfahrensfehler von seiten des OLAF im Zusammenhang im dem Erlass der streitigen Entscheidung ab.
69. Wiederum ist hierzu nach Ansicht der Kommission zu entgegnen, dass sich aus einer - unterstellten - angeblichen Rechtswidrigkeit einer Maßnahme deren Charakter als einer „beschwerende Maßnahme“ im Sinne der Artikel 90 bis 91 des Statuts ergibt. Daher gab es für das Gericht auch keinen Anlass, im angefochtenen Beschluss auf die im Abschnitt „Begründetheit“ der Klageschrift (Randnrn. 112 ff.) genannten angeblichen Verfahrensfehler des OLAF einzugehen.

70. Sodann trägt der Rechtsmittelführer vor (Rdnrn. 59 - 65 Rechtsmittelschrift), dass der Ausgang der OLAF-Untersuchung von seiner Anstellungsbehörde als relevant für ein laufendes, ihn betreffendes Beurteilungsverfahren bezeichnet wurde, da die Anstellungsbehörde in ihrer Entscheidung vom 24. 11. 2003 über die vom Kläger gegen seine Beurteilung für den Zeitraum von Juli 2001 bis Dezember 2002 erhobene Beschwerde (N° R/432/03)¹ folgendes ausgeführt hat : *„Sollte die von OLAF auf Veranlassung [des Klägers] eingeleitete Untersuchung Fakten zu Tage bringen, die die Rechtsgültigkeit der Maßnahme, die Gegenstand dieser Beschwerde ist, in Zweifel ziehen, so könnte sich die Anstellungsbehörde veranlasst sehen, die vorliegende Entscheidung zu überprüfen oder geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Auswirkungen der betreffenden Maßnahme auszugleichen“*.
71. Aus der zitierten Passage der Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 24. 11. 2003 ergibt sich jedoch nach Auffassung der Kommission jedoch nicht, dass die streitige Entscheidung als solche eine beschwerende Maßnahme darstellen würde. Allenfalls könnte der Kläger aufgrund dieser Passage die Möglichkeit haben, nach Art. 90 Absatz 1 des Statuts einen Antrag auf erneute Überprüfung seiner Beurteilung für den Zeitraum Juli 2001 bis Dezember 2002 zu stellen. In diesem Rahmen hätte er Gelegenheit, die behaupteten Mängel der von OLAF durchgeführten Untersuchung vorzutragen.
72. Schließlich trägt der Rechtsmittelführer vor (Rdnrn. 66 - 72 Rechtsmittelschrift), dass die streitigen Entscheidungen nachteilige Auswirkungen auf seine psychische Gesundheit hätten.
73. Die Kommission verweist hierzu auf ihre obigen Ausführungen in Rdnrn. 64 – 66.
74. Zusammenfassend ist die Kommission somit der Auffassung, dass das Gericht Artikel 90 Absatz 2 und 90 a des Statuts nicht dadurch verletzt hat, dass es die streitige Entscheidung nicht als „beschwerende Maßnahme“ qualifiziert hat.

Dritte Rüge

75. Drittens rügt der Rechtsmittelführer, das Gericht habe das Gebot der Garantie effektiven Rechtsschutzes verletzt, indem es die streitige Entscheidung nicht als eine

¹ Gegen diese Entscheidung hat der Kläger vor dem Gericht Klage erhoben (Rechtssache T-85/04).

„beschwerende Maßnahme“ qualifiziert habe (Rdnrn. 74 - 79 der Rechtsmittelschrift).

76. Diese Rüge wendet sich somit gegen Rdnrn. 49 und 50 des angefochtene Beschlusses, in den das Gericht folgendes ausgeführt hat:

„Auch was das Vorbringen hinsichtlich der Verschlechterung seiner psychischen Gesundheit angeht, so verfügt der Kläger über Rechtsbehelfe, um seine Rechte zu schützen. Vertritt der Kläger insoweit die Auffassung, dass die Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 24. November 2003, mit der seine Beschwerde gegen seine Beurteilung für den Zeitraum von Juli 2001 bis Dezember 2002 beschieden wurde, geeignet ist, ihm infolge seiner Anzeige beim OLAF einen Schaden zuzufügen, so hat er die Möglichkeit, diese Entscheidung im Rahmen der Klage zu beanstanden, die er gegen die Beurteilung seiner beruflichen Entwicklung für den Beurteilungszeitraum 2001–2002 erhoben hat (gegenwärtig beim Gericht anhängige Rechtssache T-85/04, in der sich der Kläger und die Kommission gegenüberstehen). Denn in einem solchen Fall ist der geeignete Rechtsbehelf eine Klage gegen die Maßnahme, die den Kläger unmittelbar beschwert, und nicht eine Klage, die wie im vorliegenden Fall gegen Handlungen erhoben wird, mit denen er nicht beschuldigt wird.“

77. Die Kommission verweist allgemein darauf, dass die einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen der verschiedenen Klagearten zwar im Licht des Grundsatzes eines effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes unter Berücksichtigung der verschiedenen Umstände, die einen Kläger individualisieren können, auszulegen sind, dass dies aber nicht zum Wegfall einer bestimmten ausdrücklich vorgesehenen Zulässigkeitsvoraussetzung führen kann (in diesem Sinne Urteile des Gerichtshofs vom 25. Juli 2002, Unión de Pequeños Agricultores/Rat, Rs.C-50/00, Randnr. 44 und vom 1. April 2004, Kommission/Jégo-Quééré et Cie, Rs. C-263/02 P, Rdnr. 36).
78. Hieraus folgt, dass der Rechtsmittelführer unter dem Gesichtspunkt des Grundsatzes eines effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes keinen Anspruch darauf hat, dass die Frage der Rechtmäßigkeit der streitigen Entscheidung „abstrakt“ als Vorfrage für weitere gerichtliche Verfahren, die andere Entscheidungen zum Gegenstand haben - gewissermaßen nach Art eines Feststellungsrechtsstreits - geklärt wird.

79. Weiterhin hat der Rechtsmittelführer nicht hinreichend dargetan, dass und in welcher Weise die Frage der Rechtmäßigkeit der streitigen Entscheidung überhaupt für andere gerichtliche Verfahren entscheidungserheblich ist.
80. Nach Auffassung der Kommission hat das Gericht somit das Gebot der Garantie effektiven Rechtsschutzes nicht verletzt, als es die streitige Entscheidung nicht als eine „beschwerende Maßnahme“ qualifiziert hat.
81. Auch der dritte Rechtsmittelgrund ist daher in allen seinen Rügen zurückzuweisen.

Zum vierten Rechtsmittelgrund

82. Mit seinem vierten Rechtsmittelgrund (Rdnrn. 80 - 89 der Rechtsmittelschrift) wendet sich der Rechtsmittelführer gegen die Randnummern 40 und 41 des angefochtenen Beschlusses. Das Gericht hat dort folgendes ausgeführt:

„Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass entgegen dem Vorbringen des Klägers der Final Case Report vom 5. Februar 2004 am Ende einer gründlichen Untersuchung und einer detaillierten Analyse des fraglichen Sachverhalts erstellt worden ist. So werden in diesem Bericht die verschiedenen Anschuldigungen, die der Kläger beim OLAF vorgebracht hat, klar dargelegt und die Ermittlungsmaßnahmen des OLAF in der Zeit vom 18. Oktober 2002 bis 5. Februar 2004 im Einzelnen angegeben. Im Rahmen dieser Ermittlungen benutzte das OLAF die Datenbank Sysper, um Informationen über die genannten Beamten einzuholen, es organisierte – im November 2002 und dann im September und Dezember 2003 – mehrere Unterredungen zwischen dem Kläger und Mitgliedern des OLAF oder seinem Generaldirektor, und es prüfte die Unterlagen in Bezug auf den streitigen Vertrag. Am Ende dieser detaillierten Prüfung gelangte das OLAF zu dem Ergebnis, dass mit den Vorgängen, die Gegenstand der Untersuchung waren, die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Amt für Veröffentlichungen und seinem externen Dienstleister geordnet werden sollten, dass es keine Unregelmäßigkeiten seitens der Beamten des Amtes für Veröffentlichungen gegeben habe und dass folglich die Untersuchung einzustellen sei. Zu Unrecht und im Widerspruch zu den offenkundigen Tatsachen wirft also der Kläger dem OLAF vor, es habe seine Verpflichtungen auf dem Gebiet der Untersuchung nicht erfüllt, behauptet er, die von ihm erteilten Informationen seien nicht ordnungsgemäß weiterverfolgt, sondern vertuscht worden, und trägt er vor, die Kommission habe ermessensfehlerhaft und willkürlich gehandelt. Die These des Klägers, dass eine ordnungsgemäße Durchführung der Untersuchung die Feststellung einer erheblichen Rechtsverletzung ermöglicht hätte, entbehrt jeder Grundlage und jeder Rationalität. Dies würde bedeuten, dass das Ergebnis der Untersuchung dadurch vorweggenommen würde, dass die Anschuldigungen des Klägers für berechtigt gehalten würden, ohne die Ermessensbefugnisse des OLAF im Rahmen der internen Untersuchung zu berücksichtigen.“

83. Die Kommission weist erstens darauf hin, dass die zitierte Passage des angefochtenen Beschlusses in der Tat - wie der Rechtsmittelführer dies selbst in Rdnr. 88 der Rechtsmittelschrift erwägt - den Charakter eines *obiter dictum* aufweist. Denn das Gericht hat damit der Sache nach bestimmte Aspekte der Rechtmäßigkeit der streitigen Entscheidung geprüft. Diese Ausführungen tragen aber nicht den Tenor des angefochtenen Beschlusses, der sich darauf beschränkt, die Klage als unzulässig abzuweisen.
84. Anders als der Rechtsmittelführer meint (vgl. Rdnr. 88 der Rechtsmittelschrift), erhält die zitierte Passage des angefochtenen Beschlusses auch nicht etwa dadurch den Charakter tragender Gründe, dass das Gericht ohne diese Ausführungen „für die Zwecke der Zulässigkeitsprüfung jeweils [...] von der Rechtswidrigkeit [der streitigen Entscheidung] hätte ausgehen müssen und dann sicherlich auch zu andern Ergebnissen hinsichtlich der Zulässigkeitsprüfung gelangt wäre“. Denn wie bereits ausgeführt (oben Rdnr. 64), folgt auch aus der - unterstellten - Rechtswidrigkeit einer Maßnahme keineswegs, dass diese Maßnahme verbindliche Rechtswirkungen aufweist und somit als „beschwerende Maßnahme“ im Sinne der Artikel 90 bis 91 des Statuts zu qualifizieren ist.
85. Zweitens ergibt sich aus der Analyse der vom Rechtsmittelführer vorgebrachten Argumente, dass diese im wesentlichen die Feststellung oder Würdigung von Tatsachen durch das Gericht betreffen, die nicht der Kontrolle durch den Gerichtshof im Rahmen eines Rechtsmittels unterliegt.
86. Hieraus folgt, dass der vierte Rechtsmittelgrund unzulässig ist.

Ergebnis

87. Da keinem der vom Rechtsmittelführer zur Stützung seines Rechtsmittels vorgetragenen Gründe gefolgt werden kann, ist dieses zurückzuweisen.

Kosten

88. Nach Artikel 69 § 2 der Verfahrensordnung, der nach Artikel 118 der Verfahrensordnung auf das Rechtsmittelverfahren entsprechende Anwendung findet, ist die unterliegende Partei auf Antrag zur Tragung der Kosten zu verurteilen.

Nach Auffassung der Kommission ist es in der vorliegenden Rechtssache nicht im Sinne von Artikel 122, 2. Unterabsatz, 2. Spiegelstrich der Verfahrensordnung aus Gründen der Billigkeit geboten, die Kosten zwischen den Parteien teilen. Der Rechtsmittelführer sollte daher zur Tragung der Kosten verurteilt werden.

Aus den genannten Gründen beantragt die Kommission:

1. Das Rechtsmittel zurückzuweisen.
2. Dem Rechtsmittelführer die Kosten aufzuerlegen.



Hannes KRAEMER



Clemens LADENBURGER

Bevollmächtigte der Kommission

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Betr: Zweitantrag auf Dokumentenzugang nach Erstantrag vom 23.01.2012

Datum: Tue, 12 Jun 2012 11:26:41 +0200

Von: Johannes Ludwig <johannes.ludwig@haw-hamburg.de>

An: Catherine.Day@ec.europa.eu

CC: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Sehr geehrte Frau Day,

mit nachstehender Email hatte ich am 23.01.2012 einen Erstantrag auf Zugang zu Dokumenten gestellt (siehe Anhang unten - vor der signature). Leider habe ich hierauf von Ihren Diensten bisher keinerlei Reaktion und auch weder eine Eingangs- noch eine Registrierungsbestätigung erhalten. Auch in ihrem letzten Schreiben an mich vom 02.05.2012 gehen Sie auf diesen Antrag mit keinem Wort ein.

Mit dieser Email möchte ich Ihnen nochmals die Gelegenheit geben meinen Antrag zu beantworten und stelle daher insoweit nunmehr formell einen Zweitantrag auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001 hinsichtlich aller von meinem Erstantrag vom 23.01.2012 umfassten Dokumente. Ich darf Sie um eine umgehende Bestätigung der Registrierung dieses Antrages bitten.

Sollte ich bis zum 15.07.2012 auch weiterhin keine Reaktion Ihrerseits erhalten haben, gehe ich davon aus, dass Sie meinen vorliegenden Zweitantrag stillschweigend ablehnen und werde sodann ohne weitere Mitteilung von den mir aus der Verordnung 1049/2001 zustehenden Rechten Gebrauch machen.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

+++++

email vom 23.1.12:

Von: Johannes Ludwig johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Datum: 23. Januar 2012 14:49

Betreff: Erstantrag auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001

An: SG-ACC-DOC@ec.europa.eu

Betrifft:

Erstantrag auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001

Reaktion der Kommission auf meine E-Mail vom 28. November 2011, um 12:26 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beschäftige mich seit einiger Zeit mit dem Thema Whistleblowing und bin dabei u.a. auf den Fall des EU-Beamten Guido Strack gestoßen.

Unsere bisherigen Arbeiten dazu können Sie einsehen unter

www.ansTageslicht.de/whistleblower<<http://www.anstageslicht.de/whistleblower>>

bzw. auch

www.ansTageslicht.de/Strack<<http://www.ansTageslicht.de/Strack>>

So weit ich in Erfahrung bringen konnte, hat Herr Strack bei Ihnen bereits einige Anträge, Verwaltungsbeschwerden und auch Klagen gegen die Kommission eingebracht, die z.T. bereits abgeschlossen, z.T. aber wohl auch noch anhängig sind.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission und auch auf Artikel 15 AEUV und Artikel 42 EU-Grundrechtscharta, möchte ich Sie hiermit um Übersendung aller bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente (jeweils einschließlich aller Anlagen) bitten. Dies sollte sowohl die Eingaben des Herrn Strack, als auch die Reaktionen und Aktionen der jeweils beteiligten Kommissionsdienststellen, als auch Stellungnahmen Dritter und alle diesbzgl. in Ihrem Hause erstellten Dokumente umfassen.

Klarstellen möchte ich, dass von meinem vorstehenden Antrag unter anderem umfasst sind:

- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitansprüche sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;
- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;
- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.
- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.
- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356.

Von dem vorstehenden Antrag nehme ich explizit jene Dokumente aus auf, die mir im Rahmen unseres Schriftwechsels seit dem 03.08.2011 bereits übersandt wurden, sowie jene die von meinen jenem Schreiben nachfolgenden „ausgelagerten“ und spezifischeren Dokumentenzugangsanträgen erfasst wurden. D.h. letztlich geht es mir mit dem vorstehenden Antrag um all jene Dokumente die unter den Punkt „Drittens“ meiner Email vom 28. November 2011, um 12:26 Uhr fallen und hinsichtlich deren ich Ihnen in jener Email eine Zurückstellung unter bestimmten Voraussetzungen angeboten hatte.

Der vorstehende Antrag begründet sich daraus, dass jenes Angebot und das darin liegende Zugeständnis unter der einer Bedingung formuliert worden war – die anderen Anträge wie von mir vorgeschlagen nun endlich zu bescheiden - zu deren Einhaltung die Kommission zwar verpflichtet war, die sie aber dennoch nicht eingehalten hat. Somit bleibt mir leider nichts anderes übrig als den Antrag nunmehr in allen seinen Teilen, notfalls auf dem Rechtswege, weiter zu verfolgen, damit sich die offensichtliche Verzögerungsstrategie der Kommission am Ende nicht zu Lasten der Transparenz des Handelns der Europäischen Union und ihrer Organe doch noch durchsetzt. Meine Geduld insoweit ist erschöpft, da sämtliche

Kooperationsbemühungen und Angebote meinerseits von der Kommission bisher nur zu weiteren Ausflüchten und Verzögerungen genutzt wurden.

Alle eventuell bei der Bearbeitung des vorstehenden Antrages noch auftretenden Bestimmbarkeitsprobleme sind aus meiner Sicht wegen der klaren Rechtspflicht der Kommission aus Art. 6 der Verordnung 1049/2001 vorrangig von Ihnen zu lösen. Ich bin gerne bereit hierbei mitzuhelfen, wenn Sie mir, unzweifelhaft identifizierbare Dokumente (z.B. all jene aus der Personalakte des Herrn Strack und aus den Akten zur Anerkennung seiner Berufskrankheit) umgehend zugänglich machen und Sie, soweit wirklich Probleme auftauchen sollten, konkrete Fragen an mich richten und dabei erkennen lassen, dass es Ihnen zumindest ab jetzt auch wirklich um die Identifikation von Dokumenten und nicht wie bisher vorrangig um das Abwimmeln meiner Anträge geht.

Was die Übermittlung der hier beantragten Dokumente angeht würde ich eine Übersendung in elektronischer Form, z.B. auf einer CD-Rom. Sollten hierbei Kosten für die öffentliche Hochschule entstehen, darf ich Sie um eine vorherige Kostenabschätzung und Rückbestätigung bitten.

Sollten Sie im Hinblick auf den vorstehenden Antrag Probleme bezüglich der Persönlichkeitsrechte von Herrn Strack oder dritten Personen sehen, so bitte ich Sie schon jetzt, deren Einverständnis mit der Herausgabe der Dokumente an mich einzuholen.

Andernfalls bitte Sie darum, mir konkret mitzuteilen wie eine entsprechende Einwilligungserklärung von Herrn Strack ausgestaltet sein müsste, falls Sie eine solche für notwendig erachten sollten.

Schließlich verweise ich darauf, dass ich alle angefragten Dokumente zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Umgangs der EU-Kommission mit Whistleblowern am Beispiel des Falls Strack zu verwenden und zu veröffentlichen gedenke und bitte, falls dies nötig sein sollte, schon jetzt um ihre Zustimmung zur nicht kommerziellen Veröffentlichung aller mir im Rahmen dieses Antrages zu überlassender Dokumente. Es ist spätestens seit der Anhörung im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments im Mai 2011 außerdem offensichtlich, dass an der o.g. Aufarbeitung auch ein erhebliches öffentliches Interesse besteht, welches im Rahmen Ihrer Bescheidungen ebenfalls zu berücksichtigen ist und aus meiner Sicht auch dazu führen muss, Dokumente selbst dann herauszugeben, wenn oder soweit sie Herrn Strack bisher verweigert wurden. Insoweit verweise ich auch auf die jüngste Rechtsprechung.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Schließlich darf ich Sie noch bitten mir den Eingang dieser Email und die Registrierung meines Antrages baldmöglichst zu bestätigen.

Mit freundlichem Gruß

Prof. Dr. Johannes Ludwig

--

Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg
Fakultät Design - Medien - Information (DMI)
Finkenau 35
22081 Hamburg
040 - 428 75 - 76 11

Mobil: 0176 - 52 00 69 15

mail@johannesludwig.de

www.johannesludwig.de

privat in Berlin (bzw. 120 Meter davor):
Keplerstr. 13, 15831 Mahlow-Waldblick
03379 - 31 38 77

skype: Ludwig_Waldblick

----- Original-Nachricht -----

Betreff:RE: Betr: Zweit Antrag auf Dokumentenzugang nach Erstantrag vom 23.01.2012 - GestDem 2011-5070 - LUDWIG

Datum:Fri, 3 Aug 2012 08:31:53 +0200

Von:Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu <Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu>

An:Ludwig, Johannes <Johannes.Ludwig@haw-hamburg.de>

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Anliegend übersende ich Ihnen eine Schreiben in Antwort auf Ihre E-Mail vom 12. Juni 2012.

Mit freundlichen Grüßen,

Paul SIMON

Commission européenne - Secrétariat général

Unité SG.B.5, Transparence



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B

Brüssel, den
SG.B.5/MKU/psi – sg.dsg1.b.5(2012)1109115

Herrn
Prof. Dr. Johannes Ludwig
Hochschule für angewandte
Wissenschaften
Finkenau 35
DE - 22081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 - GestDem Nr. 2011/5070

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich nehme Bezug auf Ihre E-Mail vom 12. Juni 2012, in der Sie die fehlende Registrierung und Beantwortung Ihres Erstantrages vom 23. Januar 2012, 14:49h monieren und aufgrund dessen Nichtbeantwortung einen Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten nach Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 stellen.

In letzterer E-Mail hatten Sie Ihren Antrag, den Sie unter Punkt "Drittens" Ihrer E-Mail vom 28. November 2012, 12:26h zunächst zurückgestellt hatten, wieder aufgegriffen, und als Erstantrag auf Zugang zu "*alle[n] bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente[n] (jeweils einschließlich aller Anlagen)*" gestellt. Weiterhin erläutern Sie in der genannten E-Mail vom 23. Januar 2012, 14:49h, dass von diesem Antrag unter anderem umfasst sind:

"- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgebener Dokumente;

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356".

Von diesem Antrag haben Sie in Ihrer E-Mail vom 23. Januar 2012, 14:49h diejenigen Dokumente ausgenommen, die Ihnen bereits im Rahmen des Schriftwechsels mit der Kommission seit dem 3. August 2011 übersandt wurden, sowie jene, die von einem spezifischeren Antrags auf Zugang zu Dokumenten im Rahmen desselben Schriftwechsels betroffen sind. Sie erläutern in der genannten E-Mail vom 23. Januar 2012, 14:49h, dass dieser Erstantrag damit dem dritten Punkt Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h entspricht.

Jedoch ist es nicht zutreffend, dass Sie, wie sie in Ihrer E-Mail vom 12. Juni 2012 darstellen, bisher keinerlei Reaktion auf diesen Erstantrag erhalten haben. Vielmehr ist Ihr Antrag Gegenstand des Punkts 3 unseres Schreibens vom 27. Januar 2012 (Referenz: Ares(2012)99773), von dem Sie eine Kopie in Anlage zu diesem Schreiben finden.

Unter Punkt 3 dieses Schreibens vom 27. Januar 2012 hatten wir festgestellt, dass der Erstantrag in Ihrer E-Mail vom 23. Januar 2012, 14:49h, außer dem Ausschluss von Dokumenten, die bereits von anderen Anträgen umfasst sind, mit Ihrem ursprünglichen Antrag vom 3. August 2011 übereinstimmt. Hinsichtlich dieses Antrags haben wir jedoch bereits mit Schreiben vom 10. und 26. August mitgeteilt, dass *"im Hinblick auf die großen Zahl der Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die, wie Sie zu Recht ausführen, nicht auf die von Ihnen genannte Liste beschränkt sind und die potentiell eine Vielzahl von Kommissionsdiensten betreffen, es uns aufgrund der von Ihnen gelieferten Beschreibung nicht möglich ist, alle Dokumente zu ermitteln, die von Ihrem Antrag umfasst sein können."* Dabei hatten wir Sie gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung 1049/2001 aufgefordert, Ihren Antrag zu präzisieren. Folglich haben wir Sie unter Punkt 3 unseres Schreibens vom 27. Januar 2012 darüber informiert, dass aus denselben Gründen auch Ihr neuer Antrag in Ihrer E-Mail vom 23. Januar 2012, 14:49h nicht hinreichend präzise ist, um es der Kommission zu ermöglichen, die von Ihnen beantragten Dokumente zu identifizieren. Aus diesem Grunde, und in Ermangelung einer Präzisierung durch Sie, haben wir Ihnen weiterhin unter Punkt 3 unseres Schreibens vom 27. Januar 2012 mitgeteilt, dass dieser Antrag nicht registriert werden kann. Hinsichtlich einer Präzisierung Ihres Antrags haben wir auf unseren vorgehenden Schriftwechsel seit dem 3. August 2011 verwiesen, in welchem Vorschläge zur Präzisierung gemacht wurden. Schließlich haben wir Ihnen angeboten, uns zu kontaktieren, sollten Sie weitere Unterstützung bei der Präzisierung Ihres Antrages benötigen.

Ich stelle fest, dass trotz dieser Aufforderung zur Präzisierung Ihres Antrags in unserem Schreiben vom 27. Januar 2012 Ihre E-Mail vom 12. Juni 2012 keine weitere Präzisierung Ihres Erstantrags vom 23. Januar, 14:49h enthält, welche uns ermöglichen würde, die gewünschten Dokumente zu identifizieren. Daher muss ich bestätigen, dass die Ausführungen unter Punkt 3 unseres Schreibens vom 27. Januar 2012, in denen wir umfassend dargelegt haben, warum wir Ihren Erstantrag in der E-Mail vom 23. Januar 2012, 14:49h, nicht registrieren und bearbeiten konnten, immer noch gültig sind und dass Ihr Antrag nicht als Erstantrag registriert werden kann. Darüber hinaus ist in Ermangelung eines registrierungsfähigen Erstantrages auch Ihr Zweit Antrag in Ihrer E-Mail vom 12. Juni 2012 unzulässig und kann nicht registriert werden.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized initial 'H' followed by a long horizontal line that ends in a small dot.

Hubert Szlaszewski
Direktor

Anlage (1)



EUROPÄISCHE KOMMISSION
 GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
 Transparenz

Brüssel, den 27.01.2012
 SG.B.5/MKU/rc – Ares(2012)

Herrn
 Prof. Dr. Johannes Ludwig
 Hochschule für angewandte
 Wissenschaften
 Finkenau 35
 D-22081 Hamburg

Per E-Mail:
johannes.ludwig@haw-hamburg.de

Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 - GestDem Nr. 2011/5070

Sehr geehrter Herr Prof. Ludwig,

Ich nehme Bezug auf Ihre drei E-Mails vom 23. Januar 2012, von 14:46h (im Folgenden: Ihre erste E-Mail), von 14:48h (im Folgenden: Ihre zweite E-Mail) und von 14:49h (im Folgenden: Ihre dritte E-Mail). In Ihrer ersten E-Mail reagieren Sie auf die Registrierung Ihres Zweitanspruches im Fall GestDem 2011/5070 im ersten Teil unseres Schreibens vom 6. Januar 2012. In Ihrer zweiten E-Mail verlangen Sie die Überprüfung des Standpunktes des Generalsekretariats im zweiten Teil dieses selben Schreibens vom 6. Januar 2012 hinsichtlich des Antrags in Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h. In Ihrer dritten E-Mail stellen Sie einen neuen Erstantrag, der denjenigen Teilen entspricht, die Sie im dritten Punkt Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h zurückgestellt haben.

Mit dem vorliegenden Schreiben wird auf Ihre drei E-Mails wie folgt geantwortet:

1. IHRE ERSTE E-MAIL

In Ihrer ersten E-Mail geben Sie Ihrer Unzufriedenheit über den Umstand Ausdruck, dass Ihr mit E-Mail vom 28. November 2011, 12:24h gestellter Zweitanspruch erst am 6. Januar 2012 registriert wurde. Sie verlangen eine Erläuterung, dieser Verspätung und beantragen, so gestellt zu werden, als ob die Registrierung Ihres Zweitanspruches im zeitlich gebotenen Rahmen, also innerhalb von spätestens 3 Arbeitstagen erfolgt wäre. Weiterhin widersprechen Sie im Voraus einer möglichen Fristverlängerung über den 27. Januar 2012 hinaus.

Ich verstehe Ihre Unzufriedenheit über die verzögerte Registrierung, ich muss jedoch feststellen, dass diese in der besonderen Komplexität Ihres Antrags begründet lag, der sich aus einer Vielzahl von Teilen zusammensetzt und eine große Anzahl von Dokumenten umfasst. Er stellte daher sowohl juristische als auch praktische Probleme, die vor der Registrierung Ihres Zweitantrags gelöst werden mussten. Sie werden verstehen, dass es praktisch unmöglich ist, Sie so zu stellen, als ob die Registrierung innerhalb von spätestens 3 Arbeitstagen erfolgt wäre. Im Gegenteil muss ich sie davon informieren, dass wir nicht in der Lage waren, bis zum heutigen Tag, an dem die von Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Frist abläuft, über alle für eine abschließende Entscheidung in der Sache erforderlichen Grundlagen zu verfügen. Wir müssen daher gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung diese erste Frist um 15 Arbeitstage verlängern. Die neue Frist läuft am 17. Februar 2012 ab. Ich möchte Sie darum bitten, uns für die durch diese Fristverlängerung eventuell verursachten Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.

2. IHRE ZWEITE E-MAIL

In Ihrer zweiten E-Mail gehen Sie davon aus, dass der zweite Teil des Schreibens des Generalsekretariats vom 6. Januar 2012 als eine ablehnende Erstantwort auf Ihren in Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h gestellten Antrag auf Zugang zu Dokumenten (in seinen beiden Teilen) zu behandeln ist. Sie stellen daher einen Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung 1049/2001.

Wie allerdings im zweiten Teil des genannten Schreibens dargelegt, haben wir diesen Antrag nicht registrieren können, da er einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeuten würde. Wie in unserem Schreiben vom 6. Januar 2012 erläutert, umfasst Ihr Antrag eine offenbar übermäßige Anzahl an Rechtsstreiten und folglich Dokumenten, deren konkrete und individuelle Prüfung die Gesamtheit derjenigen Mitglieder des juristischen Dienstes, die für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zuständig sind, für eine unbestimmte Zeit auslasten und daher das Funktionieren dieses Dienstes und der Institution schwer beeinträchtigen würde.

Dagegen haben wir, um im Sinne von Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung 1049/2001 eine angemessene Lösung zu finden, vorgeschlagen, Ihren Antrag auf die Akten der Verfahren F-132/07 und T-199/11 P ohne Anlagen zu beschränken. Leider haben Sie in Ihrer zweiten E-Mail diesen Vorschlag abgelehnt.

In dieser Situation muss ich Sie darüber informieren, dass der von Ihnen in Ihrer zweiten E-Mail gestellte Zweitantrag unzulässig ist, da er sich nicht gegen eine Erstantwort auf einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten richtet. Im Hinblick auf Ihre Ablehnung unseres Vorschlags für eine angemessene Lösung kann ich daher im Moment nicht erkennen, wie ich Ihrem Antrag auf Zugang zu Dokumenten, den Sie in Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h gestellt und in Ihrer zweiten E-Mail wiederholt haben, Folge leisten kann.

3. IHRE DRITTE E-MAIL

In Ihrer dritten E-Mail verlangen Sie Zugang zu "alle[n] bei Ihnen im Zusammenhang mit allen Verfahren des Herrn Guido Strack vorhandenen Dokumente[n]" (jeweils

einschließlich aller Anlagen)". Sie erläutern dass von diesem Antrag unter anderem umfasst sind:

"- alle Dokumentenzugangsanträge, gleichgültig auf welche Rechtsgrundlage diese gestützt wurden, von Herrn Strack an die EU-Kommission oder ihre Dienststellen inklusive der jeweiligen Anträge (Erst- und Zweitanträge sowie weiterer Schriftwechsel), sämtlicher Bescheidungen und sämtlicher in diesem Zusammenhang an Herrn Strack herausgegebener oder auch nicht oder nur teilweise herausgegebener Dokumente;

- alle Verwaltungsanträge des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 1 des EU-Beamtenstatuts und alle Verwaltungsbeschwerden des Herrn Strack nach Artikel 90 Absatz 2 des EU-Beamtenstatuts inklusive aller Anlagen, allen dazu mit Herrn Strack oder Dritten geführten Schriftwechsels und aller daraufhin ergangenen Entscheidungen und intern dazu abgefassten Entwürfe;

- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten Verfahren beim Europäischen Bürgerbeauftragten entstanden sind oder verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

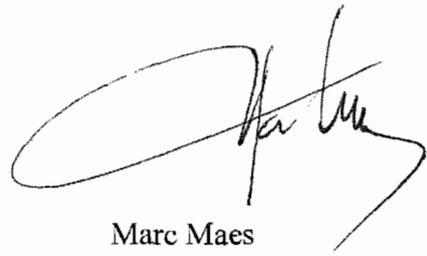
- sämtliche Dokumente inklusive aller Anlagen, die im Rahmen der zwischen Herrn Strack und der Kommission geführten gerichtlichen Verfahren entstanden sind oder von einer der Parteien verwendet wurden sowie sämtliche anderen bei der Kommission in Bezug auf jene Verfahren vorhandenen Dokumente.

- sämtlicher Schriftwechsel zwischen der Kommission und OLAF und zwischen der Kommission und Dritten mit einem wie auch immer gearteten Bezug auf das OLAF Ermittlungsverfahren OF/2002/0356".

Von diesem Antrag nehmen Sie diejenigen Dokumente aus, die Ihnen bereits im Rahmen des Schriftwechsels mit der Kommission seit dem 3. August 2011 übersandt wurden, sowie jene, die von einem spezifischeren Antrags auf Zugang zu Dokumenten im Rahmen desselben Schriftwechsels betroffen sind. Sie erläutern, dass Ihr neuer Antrag damit dem dritten Punkt Ihrer E-Mail vom 28. November 2011, 12:26h entspricht.

Ich stelle fest, dass dieser Antrag, außer dem Ausschluss von Dokumenten die bereits von anderen Anträgen umfasst sind, mit Ihrem ursprünglichen Antrag vom 3. August 2011 übereinstimmt. Hinsichtlich diesen Antrags haben wir jedoch bereits mit Schreiben vom 10. und 26. August mitgeteilt, dass *"im Hinblick auf die großen Zahl der Herrn Strack betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die, wie Sie zu Recht ausführen, nicht auf die von Ihnen genannte Liste beschränkt sind und die potentiell eine Vielzahl von Kommissionsdiensten betreffen, es uns aufgrund der von Ihnen gelieferten Beschreibung nicht möglich ist, alle Dokumente zu ermitteln, die von Ihrem Antrag umfasst sein können."* Dabei haben wir Sie gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung 1049/2001 aufgefordert, Ihren Antrag zu präzisieren. Aus denselben Gründen ist auch Ihr neuer Antrag in Ihrer dritten E-Mail nicht hinreichend präzise, um es der Kommission zu ermöglichen, die von Ihnen beantragten Dokumente zu identifizieren. Aus diesem Grunde, und in Ermangelung einer Präzisierung durch Sie, kann dieser Antrag nicht registriert werden. Hinsichtlich dieser Präzisierung verweisen wir auf unseren vorgehenden Schriftwechsel seit dem 3. August 2011, in welchem Vorschläge zur Präzisierung gemacht wurden. Sollten Sie weitere Unterstützung bei der Präzisierung Ihres Antrages benötigen, zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maes', with a large, sweeping flourish on the left side.

Marc Maes
stellv. Referatsleiter